

MAGAZIN FÜR  
MENSCHENRECHTE

03/24  
MAI / JUNI

# AMNESTY JOURNAL

WWW.AMNESTY.DE/JOURNAL

## Fischen für die Menschenrechte

Umwelt- und Klimaaktivismus in Amerika



### Nomad\*innen in Nepal

Die Raute zwischen Unabhängigkeit  
und staatlichen Zuwendungen

### Das Preisschild der Freiheit

Aleksandra Skochilenkos Kunst  
aus dem russischen Gefängnis

AMNESTY  
INTERNATIONAL



# INHALT

## TITEL: UMWELTAKTIVISMUS IN AMERIKA

- Kolumbien:** Amnesty-Menschenrechtspreis für FEDEPESAN 12
- Gewalt gegen Indigene:** Widerstand in Gefahr 17
- Schutz für Aktivist\*innen:** »Jede Woche werden zwei Menschenrechtsverteidiger\*innen ermordet« 18
- Graphic Report:** Klimaschutz in Amerika 20
- Honduras:** Wird der Mord an Berta Cáceres noch aufgeklärt? 22
- Analyse:** Raus aus dem Kreislauf 24
- Kanada:** Kriminalisiert, weil sie ihr Land schützen 26
- Brasilien:** Firmen plündern Amazonas-Regenwald 27

## POLITIK & GESELLSCHAFT

- Letzte Nomad\*innen Nepals:** Die Raute 30
- Amnesty-Report:** Rückfall in alte Zeiten 34
- Menschenrechte und deutsche Außenpolitik:** Auf Spurensuche im Amnesty-Archiv 36
- Colonia Dignidad:** Aufarbeitung ist anderswo 40
- Frauenrechte I:** Die Anwältin Asha Hedayati über Gewalt gegen Frauen in Deutschland 44
- Frauenrechte II:** Gesundheitszentrum in Ägypten 46
- Philippinen:** Prekäre Bedingungen in der KI-Branche 48
- Israel/Gaza:** Yonatan Zeigen – »Mein Schmerz wird nicht durch Krieg gelindert« 50
- Menschenrechte digital:** Klicken kann klug machen 52

## KULTUR

- Inhaftierte russische Künstlerin:** So malt Sascha Skochilenko 56
- Berlinale:** Amnesty-Filmpreis für »The Strangers' Case« 60
- Dichterin Zahra Mandgar:** Frauenbuchklub in Afghanistan 62
- Kinderrechte in Südafrika:** Lutz van Dijk – »Ich möchte Kinderliteratur dekolonisieren« 64
- Serious Games:** Spielen für eine bessere Welt 66
- Buch:** »Bone Black« von bell hooks 68
- Film:** Stammeln für Macron 70

## RUBRIKEN

- Panorama **04** Einsatz mit Erfolg **08** Spotlight: Bangladesch **38**  
Was tun **42** Porträt: Omar Al Shogre **54** Dranbleiben **55**  
Rezensionen: Bücher **69** Rezensionen: Film & Musik **71**  
Briefe gegen das Vergessen **72** Aktiv für Amnesty **74**  
Kolumne: Auf den Punkt **75** Impressum **75**

### Wasser bedeutet Leben.

Die Erdölförderung in der kolumbianischen Stadt Barrancabermeja vergiftet die Gewässer und gefährdet eine ganze Region, mahnt Yuly Velásquez. Für ihr Engagement erhält die Präsidentin der Organisation FEDEPESAN den Menschenrechtspreis von Amnesty Deutschland.



12



27

### Gegen den Goldrausch.

Unter dem rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro wurde in Brasilien der Druck auf die indigene Aktivistin Alessandra Korap so groß, dass sie untertauchen musste. Unter seinem Nachfolger ist es besser, doch viele Probleme bleiben.



44

### »Männliche Gewalt gegen Frauen ist nicht naturgegeben.«

Die Familienrechtsanwältin Asha Hedayati vertritt Frauen, die von Gewalt in der Partnerschaft betroffen sind. Sie kritisiert, dass der Staat die Frauen alleinlässt.

### Das Preisschild der Freiheit.

Die russische Künstlerin Aleksandra Skochilenko ersetzte in einem Supermarkt Preisschilder durch Informationen über den Krieg gegen die Ukraine und wurde dafür inhaftiert. Auch im Gefängnis zeichnet sie weiter. Einige Werke stellte sie dem Amnesty Journal exklusiv zur Verfügung.



56



62

### Widerstand durch Worte.

Die Dichterin Zahra Mandgar gründete einen geheimen Bücherklub für Mädchen in Kabul. Sie lebt jetzt im niederländischen Exil und versucht von dort aus, ihre Arbeit fortzusetzen.

**22**

**Schritt für Schritt zur Aufklärung.** Im März 2016 wurde die Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres in Honduras ermordet. Die Hintergründe des Mordkomplotts wurden nie vollständig aufgeklärt. Doch gibt es Hinweise, dass eine Überweisung der niederländischen Entwicklungsbank FMO eine Rolle spielte.

**Kultur am Boden.**

Zwischen staatlichen Zuwendungen und nomadischer Freiheit: Die letzten nicht sesshaften Indigenen Nepals wenden sich immer mehr von ihren Traditionen ab.

**30****48**

**Künstliche Intelligenz lässt schuffen.** Auf der philippinischen Insel Mindanao bereiten mehrere Zehntausend IT-Beschäftigte Milliarden von Daten für KI-Anwendungen auf – unter prekären Arbeitsbedingungen.

**Empathisches Kino der Menschenrechte.**

Bei den Berliner Filmfestspielen hat das Fluchtdrama »The Strangers' Case« den Filmpreis von Amnesty International gewonnen. Zwei lobende Erwähnungen vergab die Jury an die Filme »Intercepted« und »Raíz«.

**60**

Titelbild: Die kolumbianische Organisation FEDEPESAN erhält den Amnesty-Menschenrechtspreis. Präsidentin Yuly Velásquez posiert in Barrancabermeja vor der Figur »El Cristo Petrolero«.  
Foto: Luca Zanetti

# EDITORIAL

## WO AKTUALITÄT ENDET

Bis zum letzten Moment arbeiten wir am Journal. Hier wird noch ein Bild ausgetauscht, dort noch ein Text aktualisiert oder ein Fehler korrigiert. Doch irgendwann folgt der Moment, an dem alles gemacht ist und das Heft in den Druck geht. Zwischen Druck und Auslieferung vergehen einige Tage. Dasselbe gilt für die Fertigstellung des E-Papers und seinen Versand als Newsletter. Und genau in diesen Zeitraum fiel Ende Februar/Anfang März die erneute Inhaftierung der iranischen Frauenrechtlerin Nahid Taghavi, über die in der Ausgabe 02/2024 zu lesen war, sie habe derzeit Hafturlaub. Amnesty International wird ihre Situation weiter genau beobachten und fordert ihre bedingungslose Freilassung.

Fast sechs Monate ist es her, dass ich erste Gespräche mit unserem Mittelamerika-Reporter Knut Henkel über den Fischereiverband FEDEPESAN in Kolumbien führte. Wir sprachen darüber, dass diese Organisation vielleicht bald den Menschenrechtspreis von Amnesty International Deutschland bekommen könnte und überlegten, wie eine Reportage über den Gewässerschutz vor Ort aussehen könnte. Anfang Juni ist es nun so weit: Die FEDEPESAN-Präsidentin Yuly Velásquez wird den Preis in Berlin entgegennehmen. Die Reportage finden sie auf den Seiten 12 bis 16. Wir gratulieren der Preisträgerin ganz herzlich!

Das Amnesty Journal möchte sich in Zukunft noch stärker an den Interessen seiner Leser\*innen ausrichten. Wir werden deshalb in diesem und im kommenden Jahr unsere publizistischen Angebote anpassen. Dazu gehört, dass unsere App für Tablet-Computer ab der kommenden Ausgabe eingestellt wird. App-Leser\*innen, die keine Menschenrechtsthemen verpassen und das Journal künftig als E-Paper oder als gedrucktes Heft bekommen möchten, senden bitte eine E-Mail an [journal-newsletter@amnesty.de](mailto:journal-newsletter@amnesty.de), in der sie uns mitteilen, in welcher Form sie das Journal künftig erhalten wollen. Wir bedanken uns für die Treue und wünschen weiterhin eine gute Lektüre.



Maik Söhler  
ist verantwortlicher Redakteur  
des Amnesty Journals.  
Foto: Gordon Welters

## KATASTROPHALE HUMANITÄRE LAGE IN GAZA

Knapp sieben Monate nach dem 7. Oktober, als die Hamas mehr als 1.000 überwiegend israelische Zivilpersonen tötete und rund 245 als Geiseln nahm, führt die israelische Armee noch immer massive Militäraktionen im Gazastreifen durch. Anfang April kamen dabei sieben Mitarbeiter\*innen der Hilfsorganisation World Central Kitchen (WCK) ums Leben. Die israelische Armee räumte einen schweren Fehler ein, WCK stellte die Arbeit vor Ort ein. Das wirkte sich auf die ohnehin katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen aus. Zeitweise befanden sich laut UN mehr als 90 Prozent der dort lebenden 2,4 Millionen Menschen am Rande einer Hungersnot, die Zahl der Todesfälle durch Unterernährung und Krankheiten ist nach wie vor hoch. Allein in Rafah im Süden des Gazastreifens drängten sich Ende April rund 1,4 Millionen Menschen, die versorgt werden müssen. Die EU und die USA brachten im März und April Hilfslieferungen über einen Seekorridor in das besetzte Gebiet und warfen auch Güter aus der Luft ab. Im Bild: Ein zerstörtes Fahrzeug von World Central Kitchen.

Foto: Ashraf Amra/Anadolu/pa







## KEINE BILDUNG FÜR MÄDCHEN

In Afghanistan hat im März das neue Schuljahr begonnen. Aber nicht für alle. Denn Mädchen wird ein Schulbesuch nach der Grundschule verwehrt. Hilfsorganisationen warnen, dass vielen Mädchen deshalb eine frühe Verheiratung droht. Außerdem steigt damit ihr Risiko, Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt zu sein. Seit die Taliban im August 2021 die Macht übernahmen, werden die Rechte von Frauen und Mädchen in Afghanistan systematisch verletzt. Zahlreiche Verbote hindern sie daran, ihre grundlegenden Rechte auf freie Meinungsäußerung, Arbeit und Bildung wahrzunehmen. Afghan\*innen, die friedlich für ihre Rechte protestieren, werden bedroht, inhaftiert, gefoltert und Opfer des Verschwindenlassens. Für die afghanische Gesellschaft hat das Schulverbot drastische Folgen: Die Hälfte der Bevölkerung ist von der Arbeitswelt ausgeschlossen. Im Bild: Afghanische Jungen auf einer Privatschule in Khost im Frühjahr 2024.

Foto: AFP/Getty Images

## VERFASSUNGSSCHUTZ FÜR SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE

Als erstes Land der Welt nimmt Frankreich die »garantierte Freiheit zur Abtreibung« in seine Verfassung auf. Mit großer Mehrheit stimmten die Abgeordneten beider Parlamentskammern Anfang März für eine Verfassungsreform. Sie erfolgte 49 Jahre nach der Verabschiedung eines Gesetzes, das den Schwangerschaftsabbruch straffrei stellte. »Wir senden eine Botschaft an alle Frauen: Ihr Körper gehört Ihnen, und niemand kann für Sie entscheiden«, sagte Premierminister Gabriel Attal. Katharina Masoud, Expertin für Geschlechtergerechtigkeit bei Amnesty International in Deutschland, nannte die Entscheidung einen »historischen Schritt«. Amnesty und weitere Organisationen kritisierten allerdings, dass nicht ausdrücklich von einem »Recht« die Rede sei. Außerdem würden im Text nur Frauen genannt und nicht alle Menschen, die schwanger werden können, wie etwa nicht-binäre Menschen. Im Bild: Frauen bei einer Demonstration in Paris am 8. März 2024.

Foto: Maya Vidon-White/UPI/Imago



## EINSATZ MIT ERFOLG

Weltweit beteiligen sich Tausende Menschen an den »Urgent Actions«, den »Briefen gegen das Vergessen« und an Unterschriftenaktionen von Amnesty International. Dass dieser Einsatz Folter verhindert, die Freilassung Gefangener bewirkt und Menschen vor unfairen Prozessen schützt, zeigt unsere Weltkarte. Siehe auch: [www.amnesty.de/erfolge](http://www.amnesty.de/erfolge)

## ISRAEL/BESETZTE GEBIETE

Der palästinensische Menschenrechtler **Munther Amira** ist am 29. Februar aus der Haft im israelischen Militärgefängnis Ofer entlassen worden. Der 53-Jährige setzt sich seit Jahren gewaltlos gegen die israelische Besatzung ein. Er war im Dezember 2023 von israelischen Soldat\*innen festgenommen worden. Ein Militärgericht hatte die von der Staatsanwaltschaft angeordnete viermonatige Verwaltungshaft bestätigt. Amnesty hatte Munther Amira bereits 2018 als gewaltlosen politischen Gefangenen eingestuft, als er wegen Teilnahme an friedlichen Protesten zu sechs Monaten Haft und fünf Jahren Bewährung verurteilt worden war. »Als ich erfahren habe, dass sich Amnesty International für mich einsetzt, hat mir das viel Kraft gegeben«, sagte Amira nach seiner Freilassung.

## GROSSBRITANNIEN

Ein Londoner Gericht hat Ende März die **Auslieferung Julian Assanges** an die USA vorläufig gestoppt: Der Wikileaks-Gründer darf gegen seine Überstellung Berufung einlegen. In den USA drohen ihm bis zu 175 Jahre Haft und möglicherweise Folter. Assange hatte auf der Onlineplattform mögliche Kriegsverbrechen der US-Armee öffentlich gemacht. Der High Court in London will sich am 20. Mai erneut mit dem Fall befassen. Er hat den USA die Möglichkeit eingeräumt, neue diplomatische Zusicherungen vorzulegen, etwa dass Assange nicht gefoltert oder misshandelt wird. Amnesty und andere Organisationen fordern seit Jahren, dass die USA die Anklagen gegen Assange im Zusammenhang mit Wikileaks fallen lassen.

## BURKINA FASO

Seit dem 7. März ist **Daouda Diallo**, Generalsekretär einer zivilgesellschaftlichen Koalition, wieder frei! Er und andere Vertreter der Zivilgesellschaft waren Anfang November 2023 zur Armee einberufen worden. Nachdem der Menschenrechtsverteidiger Protest angekündigt und die Einberufung juristisch angefochten hatte, entführten ihn Sicherheitskräfte am 1. Dezember 2023. Danach war er »verschwunden«. »Ich möchte Amnesty International und allen danken, die meine Freilassung gefordert haben«, sagte Diallo. Andere Aktivisten sind immer noch »verschwunden«, wahrscheinlich wurden sie Anfang 2024 zwangsrekrutiert. Amnesty International wird die Situation weiterhin beobachten.

## SIMBABWE

Die Regierung in Simbabwe hat sich am 6. Februar für die **Abschaffung der Todesstrafe** ausgesprochen. Amnesty International lobte den Beschluss: »Simbabwe hat den richtigen Schritt getan, um diese unmenschliche Form der Bestrafung zu beenden«, sagte Khanyo Farise, die bei Amnesty für das östliche und südliche Afrika zuständig ist. »Jetzt muss das Parlament sicherstellen, dass die Todesstrafe wirklich abgeschafft wird.« Die letzte Hinrichtung war 2005 vollstreckt worden, doch wurden weiterhin Todesurteile verhängt. Amnesty ist grundsätzlich gegen die Todesstrafe, weil sie das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebene Recht auf Leben verletzt.



## IRAK

Am 17. Februar haben die Behörden der irakischen Region Kurdistan **Guhdar Zebari** nach mehr als drei Jahren in Haft freigelassen. Der Journalist war im Oktober 2020 zusammen mit vier Kollegen festgenommen und in einem grob unfairen Verfahren zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Prozess war von schweren Menschenrechtsverletzungen geprägt. Guhdar Zebari sollte bereits im August 2023 freigelassen werden. Stattdessen verurteilten Gerichte ihn zu zusätzlichen Haftstrafen. Amnesty International begrüßte die Freilassung, doch hätte der Journalist keinen einzigen Tag hinter Gittern verbringen dürfen. Sein Rechtsbeistand dankte Amnesty für die Unterstützung.

## SAUDI-ARABIEN

Das Unternehmen **Amazon** hat im Februar 700 Beschäftigten in saudi-arabischen Warenlagern eine **Entschädigung** in Höhe von insgesamt 1,9 Millionen US-Dollar bezahlt. Im Oktober 2023 hatte Amnesty International über Arbeitsrechtsverletzungen in den Warenlagern berichtet. Die Zahlungen entschädigten die Arbeiter für entsetzliche Arbeitsbedingungen und rechtswidrige Rekrutierungsgebühren, die sie in ihren Heimatländern an Personalvermittler zahlen mussten, um einen Job bei Amazon in Saudi-Arabien zu bekommen. Steve Cockburn, der Leiter der Abteilung für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit von Amnesty, begrüßte die Entschädigungszahlungen und forderte »strengere Maßnahmen, um sicherzustellen, dass derart schockierende Menschenrechtsverstöße in Zukunft nicht mehr möglich sind«.

## BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN – UPDATES

Mit den Briefen gegen das Vergessen (siehe Seite 72) können sich alle gegen Unrecht stark machen – allein zu Hause oder gemeinsam mit anderen. In jedem Amnesty Journal rufen wir dazu auf, an Regierungen oder andere Verantwortliche zu schreiben und sich für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Was aus ihnen geworden ist, erfahren Sie hier.

### VIETNAM



Foto: privat

Nach einem erneuten Hungerstreik im Januar haben sich die Haftbedingungen von **Trần Huỳnh Duy Thúc** zwar etwas verbessert, sie erfüllen aber laut seiner Familie immer noch nicht die gesetzlich vorgegebenen Standards. Die wiederholten Hungerstreiks des gewaltlosen politischen Gefangenen haben sich negativ auf seinen Gesundheitszustand ausgewirkt. Er war am 20. Januar 2010 wegen »Aktivitäten zum Sturz der Regierung« zu einer 16-jährigen Haftstrafe mit anschließendem fünfjährigem Hausarrest verurteilt worden, weil er in einem Blog politische und wirtschaftliche Probleme Vietnams thematisiert hatte. Während seines Prozesses gab er an, unter Folter zu einem »Gesandnis« gezwungen worden zu sein. Nach vietnamesischem Recht könnte in seinem Fall eine spezielle Form der Amnestie zur Anwendung kommen. Trần Huỳnh Duy Thúc hat im Juli 2018 und im August 2020 einen Antrag auf Erlassung der restlichen Haftzeit beim Höchsten Volksgericht gestellt. Seine Familie leitete diese Anträge an den Premierminister und die Nationalversammlung weiter. Doch sitzt er weiterhin in Haft. (Dezember 2022)

### PHILIPPINEN



Foto: Amnesty

Die Menschenrechtsverteidigerin und ehemalige philippinische Senatorin **Leila de Lima** musste sich im März wegen fingierter Anklagen erneut vor Gericht verantworten. De Lima war am 24. Februar 2017 festgenommen worden. Sie galt als eine der schärfsten Kritikerinnen der Menschenrechtsverletzungen unter der Regierung des damaligen Präsidenten Rodrigo Duterte. Im November 2023 war sie gegen Kaution aus der Haft entlassen worden, nachdem in zwei Fällen Gerichtsverfahren gegen sie eingestellt wurden. Leila de Lima droht nun die erneute Inhaftierung – obwohl das Gericht im Zusammenhang mit der Freilassung festgestellt hatte, dass die gegen sie erhobenen Vorwürfe schwach seien. Amnesty fordert die philippinische Regierung auf, die verbleibende Anklage unvoreingenommen zu überprüfen und diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für die willkürliche Inhaftierung der Politikerin und andere Verletzungen ihrer Menschenrechte verantwortlich sind. (September 2022)

TITEL



# Umweltaktivismus in Amerika

Es ist eine bizarre Welt, die sich die Ölindustrie in Kolumbien geschaffen hat – mit gefährlichen Folgen für Mensch und Umwelt. Doch die Aktivist\*innen von FEDEPESAN halten dagegen: Trotz Todesdrohungen schützen sie die Lebensgrundlagen von uns allen. Für ihr mutiges Engagement bekommen sie den Menschenrechtspreis von Amnesty International. Auch in anderen Ländern des amerikanischen Kontinents geraten Indigene, Land- und Umweltverteidiger\*innen mit Konzernen, Staaten und der Polizei aneinander.

Mit der Figur »El Cristo Petrolero« verfügt die Ölindustrie über ein passendes Denkmal. Barrancabermeja, Februar 2024.

Foto: Luca Zanetti

# Wasser bedeutet Leben



Die Erdölförderung in der kolumbianischen Stadt Barrancabermeja vergiftet die Gewässer und gefährdet eine ganze Region, mahnt Yuly Velásquez. Für ihr Engagement erhält die Präsidentin der Organisation FEDEPESAN den Menschenrechtspreis von Amnesty Deutschland.

**Aus Barrancabermeja Knut Henkel (Text) und Luca Zanetti (Fotos)**

**Y**uly Velásquez reicht dampfende Kaffeetassen an die kleine Gruppe von Menschen, die sich an diesem frühen Morgen Mitte Februar vor ihrem Haus im Stadtteil San Silvestre von Barrancabermeja versammelt hat. Die Stimmung ist gut. Zwei Männer wuchten zwei Außenbordmotoren in einen schweren weißen Geländewagen. Daneben landen wenig später ein paar Ruder, Netze und eine Küheltasche. Alles ist beisammen, die letzten Schlucke Kaffee werden getrunken, die Tassen eingesammelt. Velásquez verabschiedet sich von ihrem Ehemann, denn ihr Kollege Oswaldo Beltrán mahnt zum Aufbruch.

Beltrán und Velásquez arbeiten für FEDEPESAN, eine Vereinigung von Kleinfischer\*innen im Verwaltungsbezirk Santander. Der 2019 gegründete Dachverband mehrerer Dutzend Fischereigenossenschaften ist zuständig für die Kontrolle der Wasserqualität und des Fischbestands in der Region Barrancabermeja, die den Norden und das Zentrum Kolumbiens verbindet. So auch heute. Mit zwei Booten geht es auf Tour durch die Ciénaga San Silvestre, eine rund 70.000 Hektar große Seen- und Sumpflandschaft, die berühmt ist für ihre einzigartige Flora und Fauna.

Den rund 2.000 Fischer\*innen aus Barrancabermeja und Umgebung, von denen ein Drittel Frauen sind, lieferte die Ciénaga San Silvestre Fisch ohne Ende. Bagre, Tigerwels, heißt der am häufigsten gefangene Fisch. Früher schien es, als ob er in unendlicher Menge und in allen Größen vorhanden sei. »Vor etwa zehn Jahren gab es noch Exemplare, die so groß waren wie ich, also 1,68 Meter. Das ist vorbei. Auch andere Fischarten wie Coroncoro, eine andere Welsart, oder Aguja, Hornhecht, sind heute ebenfalls knapp«, erklärt Yuly Velásquez.

Die Fischerin trägt eine beigefarbene Weste mit dem Logo von FEDEPESAN, das

eine Person zeigt, die von einem Boot aus im hohen Bogen ein Netz wirft. Yuly Velásquez ist die Präsidentin der Organisation. Die 38-Jährige mit dem entschlossenen Gesicht und den langen, bis zur Hüfte reichenden Haaren ist regelmäßig mit Oswaldo Beltrán und durchtrainierten Personenschützern in schusssicherer Weste unterwegs. Sie fahren auf den Kanälen, die zur Ciénaga San Silvestre führen, und auf den angrenzenden Flüssen, dem Río Magdalena und dem Río Sogamoso. Sie nehmen Wasserproben, prüfen den Fischbestand und untersuchen Verschmutzungen.

### **Sinkende Fischbestände, wachsende Kontaminierung**

Auch über den Caño San Silvestre geht die Tour. Der Kanal, der von dichter Ufervegetation mit Affen, Greifvögeln und Kranichen gesäumt wird, ist Teil des Reviers von José Arles. Der Fischer ist seit dem Morgen grauen mit seinem Kanu unterwegs. Doch heute ist ein schlechter Tag. In der weißen Styroporbox in seinem Boot herrscht gähnende Leere – nur ein paar fast geschmolzene Eiswürfel schwimmen darin.

»Das Erdöl und die Raffinerie sind das Problem«, sagt der Mittfünfziger. »Bei niedrigen Wasserständen wie jetzt ist

mein Netz voller Erdölschlieren. Wenn ich nachts rausfahre, kann ich das Öl manchmal riechen«, sagt Arles und reibt sich den graumelierten Drei-Tage-Bart. Seit 30 Jahren wirft er sein grobmaschiges Netz aus, das für Jungfische durchlässig ist. Mit dem Fang von Bagre und anderen Fischen konnte er den Lebensunterhalt seiner Familie jahrelang gut bestreiten, derzeit ist das aber kaum noch möglich.

Die Verschmutzung durch Erdöl und Chemikalien führe zum Fischsterben, erklärt Yuly Velásquez. Verschlimmert werde dies durch sinkende Wasserstände infolge des Klimaphänomens El Niño. Hinzu komme, dass die regionale Wasserunternehmen Aguas de Barrancabermeja Wasser für die rund 300.000 Einwohner\*innen der Stadt abpumpen. Auch die agroindustrielle Landwirtschaft habe zu Veränderungen der Seen- und Sumpflandschaft beigetragen. Palmölplantagen und Viehzucht führten zu einem Rück-

**»Bei niedrigen Wasserständen ist mein Netz voller Schlieren.«  
José Arles, Fischer**



Von Kanälen, Sümpfen und Seen umgeben:  
Ölförderanlagen nahe Barrancabermeja.



Gut genug geschützt?  
Yuly Velásquez und ihre Leibwächter.

**»In diesem Jahr mussten wir schon zwei tote Seekühe bergen.«**  
Yuly Velásquez

gang der Ufervegetation, und bei Regen würden Sedimente in die Kanäle und Flüsse geschwemmt. »Sie verlieren an Tiefe«, ergänzt Oswaldo Beltrán.

Vor allem aber gelangt immer wieder kontaminiertes Wasser aus dem Zentrum von Barrancabermeja in die Kanäle, so auch in den El Rosario, den wir gerade passieren. Verursacher könnte die Raffinerie des Unternehmens Ecopetrol sein. Der größte kolumbianische Energiekonzern gehört zu den fünf mächtigsten Konzernen Lateinamerikas; 88 Prozent der Anteile hält der Staat. Das Unternehmen, das vor allem Erdöl und Erdgas, aber auch Steinkohle fördert, bestreitet, für die Vergiftung des Wassers verantwortlich zu sein.

Direkt hinter der Kathedrale im Zentrum Barrancabermejas funkeln die metallenen Schornsteine und das Leitungs-

geflecht der Raffinerie und weiterer erdölverarbeitender Anlagen von Ecopetrol. Die Raffinerie fackelt rund um die Uhr Gas ab und erzeugt eine pechschwarze Wolke nach der anderen. Nachts wirkt die Stichflamme über der Raffinerie gespenstisch.

### Sensibilisiert von der Großmutter

Auf ihren Touren stoßen Velásquez und Beltrán aber nicht nur auf vergiftete Fische, die in den Flüssen und Kanälen treiben, sondern auch auf andere tote Tiere wie Brillenkaimane und Reiher. Sogar tote Büffel und Seekühe haben sie gesichtet und dokumentiert. Letztere gehören zu den vom Aussterben bedrohten Säugetieren, und die Ciénaga San Silvestre zählt zu den wenigen Regionen Kolumbiens, in denen sie überhaupt noch vorkommen.

»In diesem Jahr mussten wir schon zwei tote Seekühe bergen«, berichtet Yuly Velásquez. »Ein ausgewachsenes Tier und ein kleines. Wir haben die Umweltbehörden verständigt, um die Feststellung der Todesursache gebeten und sind an die Öffentlichkeit gegangen.« Denn die Fischer\*innen wollen nicht hinnehmen, dass der Lebensraum für die einzigartige Tierwelt in der Region immer kleiner wird.

Oswaldo Beltrán deutet auf eine Grup-

pe Geier, die am Ufer einen Büffel skelettierten. »Büffel sind widerstandsfähig. Warum liegen sie tot am Ufer? So etwas habe ich hier früher nie gesehen«, erklärt er und schiebt seine Baseballkappe in den Nacken, während Yuly Velásquez die Szene fotografiert. All das seien Indizien für vergiftetes Wasser. Viele der rund 370 Genoss\*innen von FEDEPESAN melden diese und andere Vorfälle den Umweltbehörden oder zeigen die Unternehmen an, die



mutmaßlich für die Kontamination verantwortlich sind. Außerdem verschickt die Organisation Presseerklärungen und Fotos an die lokalen Medien.

Yuly Velásquez ist bei ihren Großeltern am Río Magdalena aufgewachsen, der gemächlich an Barrancabermeja vorbeimäandert und ein ähnlich großes Einzugsgebiet hat wie der Rhein. »Meine Großmutter war Fischerin und hat mir eingetrichtert, dass wir die Tierwelt achten und bewahren müssen. Das hat mich geprägt und ist bis heute mein Antrieb«, sagt sie. Bis 2009 arbeitete Velásquez ebenfalls als Fischerin, war jeden Tag auf dem Wasser und nannte sich gern »Amphibienfrau«. Dann ging sie an die Universität und schloss 2014 ihr Studium als Umweltingenieurin ab. 2019 gründete sie gemeinsam mit anderen Aktivist\*innen FEDEPESAN.

Der Interessenverband der Fischer\*innen ist längst ein wichtiger umweltpolitischer Akteur in der Region. Die Organisation kommt regelmäßig in den kolumbianischen Medien zu Wort, setzt lokale wie nationale Umweltbehörden unter Druck und spricht gelegentlich auch im Parlament in Bogotá. Yuly Velásquez nimmt dabei kein Blatt vor den Mund, das schätzen auch ihre Mitarbeiter\*innen. »Mit Yuly haben wir eine Stimme, die klar und fundiert auf den Punkt bringt, was gesagt werden muss«, meint Oswaldo Beltrán. Sie scheut sich nicht, zu benennen, dass die lokale Ölindustrie für das Gros der toxischen Einleitungen und damit auch für den Tod von Fischen und anderen Tieren verantwortlich sein könnte. Wasserproben, die FEDEPESAN immer wieder nimmt, aber auch Berichte der Menschenrechts- und Umweltschutzorganisation Credhos legen das nahe.

Bereits 2019 erhielt Yuly Velásquez erste Morddrohungen, denn Umweltschutz ist riskant in Barrancabermeja, wo mehrere bewaffnete Gruppen aktiv sind, darunter die paramilitärischen Organisationen Aguilas Negras und Autodefensas Gaitanistas. Beide drohten Velásquez und anderen FEDEPESAN-Aktivist\*innen in den vergangenen Jahren mehrfach mit dem Tod. Die Drohungen sind ernst zu nehmen. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Global Witness war Kolumbien 2022 das weltweit gefährlichste Land für Umweltaktivist\*innen – noch vor Brasilien und Mexiko. Denn die aktive kolumbianische Zivilgesellschaft ist bewaffneten Banden und Paramilitärs, die in Schutzgebieten und im Regenwald vom Kokainanbau und Goldbergbau profitieren wollen, ein Dorn im Auge. 2023 stieg die Zahl der Mordopfer erneut an, erklärt Iván Madero Vergel, der Präsident von Credhos. »Die Angriffe auf Yuly und ihre Familie belegen, wie erfolgreich ihre Arbeit und die von FEDEPESAN ist. Sie haben das Fischsterben und die Kontamination der Gewässer auf die politische Agenda gesetzt.«

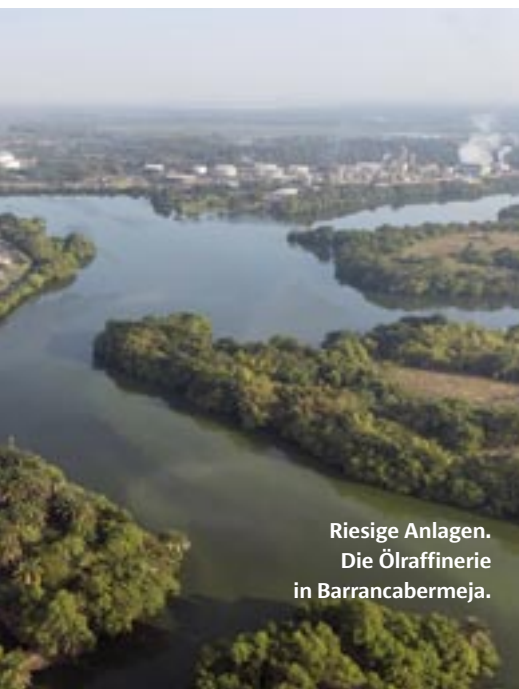
### Zwischen Angst und Berufung

»Man hat uns zum militärischen Ziel erklärt«, sagt Velásquez mit ruhiger Stimme. Zuletzt hinterließen Unbekannte am 1. März an ihrer Hauswand eine unmissverständliche Aufforderung, den Stadtteil San Silvestre zu verlassen. Neben Drohungen gab es bereits bewaffnete Angriffe auf sie. »Am 5. Juli 2022 wurde mein damaliger Leibwächter von einer Kugel im Gesicht getroffen. ›Yuly lauf, rief er, bevor er zu Boden ging«, berichtet sie. Zum Glück überlebte der Mann das Attentat. Velásquez weiß genau, dass sie in der Erd-



ölindustrie, in anderen Unternehmen und in der Stadtverwaltung etliche einflussreiche und gut vernetzte Feinde hat. »Es ist sicher kein Zufall, dass das erste Attentat auf mich und meine Familie im Januar 2021 erfolgte. Denn wir hatten kurz zuvor Korruption aufgedeckt: Bei der Auftragsvergabe zur Flächensanierung an der Ciénaga von San Silvestre gab es Absprachen zwischen der Ölindustrie und der regionalen Umweltbehörde.« Zwei Auftragskiller schossen auf das Haus, in dem sie und ihre Familie damals lebten. Mehrere Kugeln schlugen in die Tür und zwei Fensterrahmen ein.

Das Haus in San Silvestre, in dem die Familie heute wohnt, ist von einem Metallgitterzaun eingefasst und mit Kameras versehen. Seit dem ersten Attentat macht Velásquez keinen Schritt mehr ohne ihre beiden Bodyguards, die ihr mittlerweile der Staat stellt. Einer von ihnen ist heute mit im Boot, während sein Kollege im gepanzerten weißen Geländewagen auf unsere Rückkehr wartet. Der



Riesige Anlagen.  
Die Ölraffinerie  
in Barrancabermeja.



»Büffel sind widerstandsfähig.  
Warum liegen sie tot am Ufer?«  
Geier machen sich über einen  
Büffelkadaver her.

Alltag der FEDEPESAN-Präsidentin ist unsicher. Daran haben auch die Kontakte zur Regierung von Präsident Gustavo Petro und insbesondere zu Umweltministerin Susana Muhamad nichts ändern können.

Auch die Familie von Yuly Velásquez ist davon in Mitleidenschaft gezogen. Ihr Mann, der in einem Bauunternehmen arbeitet, wird in seinem Betrieb von mehr als der Hälfte der Belegschaft geschnitten, weil er bei FEDEPESAN aktiv ist. »Das ist hart, es gibt durchaus Leute, die uns meiden, weil wir uns engagieren und bedroht werden«, sagt sie. Für ihre beiden Kinder, den 18-jährigen Heyner und die 20-jährige Yulitza, bringt das Engagement ihrer Mutter ebenfalls Einschränkungen mit sich. »Heyner träumt von einer Fußballkarriere, aber das passt nicht zu den Sicherheitsvorgaben meiner Leibwächter«, gibt Velásquez zu. Mittlerweile respektiere er aber, dass seine Mutter mache, wozu sie sich verpflichtet fühle. Dazu beigetragen hätten nicht zuletzt viele Gespräche mit seiner Großmutter und seinen Tanten.

### Gut vernetzt

Die heutige Tour auf den Flüssen und Kanälen der Ciénaga von San Silvestre ist zu Ende. Der Steuermann drosselt das Tempo und hält auf das Ufer an der Schleuse zu, wo bereits der weiße Geländewagen wartet. Velásquez muss anschließend zu

**»FEDEPESAN schützt die Lebensgrundlagen von uns allen.«**  
Maja Liebing, Amnesty

einem Termin in der Stadtverwaltung. Dort ist eine Krisensitzung angesetzt, weil der seit Jahren geplante Bau einer Kläranlage nicht vorankommt. Sämtliche Abwasser der Stadt fließen ungeklärt in Kanäle, Flüsse und Seen. Zügig werden die beiden Außenbordmotoren abmontiert, Velásquez gibt einem Lokalsender noch ein kurzes Interview und schickt die Fotos des toten Büffels an die Kolleg\*innen von Credhos. »Sie übernehmen Teile der juristischen Arbeit, erstatten manchmal auch Anzeige, werten die Fotos und Informationen aus und unterstützen uns bei der Öffentlichkeitsarbeit«, erläutert sie. Von Credhos habe man viel gelernt und wichtige psychologische Unterstützung erfahren. Auch mit anderen Organisationen wie Peace Brigades International sei FEDEPESAN inzwischen vernetzt. »Das macht uns sichtbarer.«

Noch mehr internationale Anerkennung dürfte FEDEPESAN Anfang Juni erfahren, denn dann erhält die Organisation den Menschenrechtspreis von Amnesty International Deutschland. »Die Auszeichnung wird uns noch mehr internationale Aufmerksamkeit, Unterstützung und Glaubwürdigkeit verleihen«, freut sich Velásquez. All das könnte dazu beitragen, dass die Angriffe auf FEDEPESAN und ihre Präsidentin hoffentlich nachlassen. Diese Hoffnung teilt auch Maja Liebing, die Amerika-Fachreferentin von



Kommt viel rum für FEDEPESAN:  
Oswaldo Beltrán.

Amnesty in Deutschland: »Kolumbien ist seit Jahren das gefährlichste Land für Menschenrechtsverteidiger\*innen weltweit. Das erleben Yuly und ihre Mitstreiter\*innen von FEDEPESAN immer wieder. Sie sind Drohungen, Anfeindungen und gewaltsamen Angriffen ausgesetzt, obwohl sie mit ihrer Arbeit die Lebensgrundlagen von uns allen schützen. Dafür verdienen sie unsere Solidarität und Unterstützung!« ♦

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: [amnesty.de/app](https://www.amnesty.de/app)

### ESCAZÚ-ABKOMMEN

Das Abkommen von Escazú ist ein Umweltschutzabkommen, das Menschen in Lateinamerika und der Karibik das Recht auf Informationen, Teilhabe und Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten ermöglichen soll. Es handelt sich um das erste Abkommen weltweit, das spezifische Schutzmechanismen für Menschenrechts- und Umweltaktivist\*innen enthält und bei dem die Zivilgesellschaft am Verhandlungsprozess beteiligt war. Dies ist für Lateinamerika besonders bedeutsam, weil es dort die meisten Umweltkonflikte weltweit gibt. Das Abkommen, das seit dem 22. April 2021 in Kraft ist, schafft einen völkerrechtlichen Rahmen, der von den Mitgliedstaaten in nationale Gesetze umgesetzt werden muss. Einige Staaten wie Chile und Venezuela haben es nicht unterzeichnet, weil sie Eingriffe in die nationale Souveränität befürchten; andere wie Brasilien und Peru haben es unterzeichnet, bislang aber nicht ratifiziert.



Gemeinsam für die Umwelt.  
Fischer\*innen und FEDEPESAN-  
Mitarbeiter\*innen rund um  
Yuly Velásquez.



# Widerstand in Gefahr

Indigene Gemeinden und Menschen, die für die Umwelt und die Rechte ihrer Mitmenschen kämpfen, sind in Kolumbien seit Jahren Gewalt und Repression ausgesetzt.

Von Hannah Sophie Droste und Dominik Kotzur

**K**olumbien blickt auf eine Geschichte voller Gewalt zurück, daran hat auch der Amtsantritt von Präsident Gustavo Petro im Jahr 2022 kaum etwas geändert. Obwohl er einen »totalen Frieden« anstrebt und Frieden zur obersten Priorität bei allen Staatsangelegenheiten erklärt hat, nehmen gewaltsame Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger\*innen zu.

Die Zahl der Zwangsvertreibungen ist im Jahr 2022 auf mehr als 85.000 Fälle gestiegen, und auch die Zahl der ermordeten Menschenrechts- und Umweltaktivist\*innen blieb 2023 auf hohem Niveau: Nach Angaben der zivilgesellschaftlichen Organisation INDEPAZ wurden 188 Personen wegen ihres Engagements getötet.

Die anhaltende Gewalt ist eng mit den politischen Problemen des Landes verweben, die bislang nicht vollständig gelöst wurden: Kolumbien ist geprägt von jahrzehntelangen bewaffneten Konflikten zwischen der Regierung, linken Guerilla-Gruppen und paramilitärischen Vereinigungen. Die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und der bis dahin größten Guerilla-Gruppe FARC im Jahr 2016 markierte zwar einen Wendepunkt, aber die Fortschritte sind nach wie vor begrenzt. Trotz weiteren Friedensverhandlungen und vereinbarten Waffenruhen leidet die Zivilbevölkerung weiterhin unter den Folgen des bewaffneten Konflikts, wobei soziale Ungleichheiten, Drogenhandel und fehlende staatliche Präsenz in weiten Teilen des Landes entscheidende Herausforderungen für die Friedensbemühungen darstellen.

Mitglieder von Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen wie FEDEPESAN oder Credhos erhalten vermehrt Todesdrohungen von verschiedenen bewaffneten Gruppen. Doch betrifft die Gewalt nicht nur Aktivist\*innen, sondern auch diskriminierte Bevölkerungs-



Indigener Selbstschutz:  
Guardias Indígenas in Toribio, März 2024.

Foto: Joaquin Sarmiento / AFP / Getty Images

gruppen wie Frauen und Mädchen, indigene, afrokolumbianische und kleinbäuerliche Gemeinden, LGBTI und in Armut lebende Menschen. Als Reaktion auf die Gewalt haben sich landesweit rund 70.000 indigene Selbstverteidigungsgruppen gebildet, sogenannte Guardias Indígenas. Sie versuchen mit friedlichen Mitteln, indigenes Leben und indigene Territorien gegen das Eindringen bewaffneter Gruppen zu schützen.

Wegen der andauernden Gewalt verstärkte die Regierung von Gustavo Petro den kollektiven Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen, zumindest auf dem Papier. Praktisch wird das kaum umgesetzt. Obwohl die Regierung versucht, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und das Risiko für Basisorganisationen und Gemeinschaften zu minimieren, fehlen vor allem intersektionale Schutzmaßnahmen. Diese sollten verschiedene Dimensionen von Diskriminierung und Marginalisierung hinsichtlich Ge-

schlechts, ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung oder des sozioökonomischen Status berücksichtigen. Außerdem müssen die tieferliegenden, systemischen Ursachen von Diskriminierung und Ungerechtigkeit bekämpft werden, die zur Gefährdung von Menschenrechtsverteidiger\*innen beitragen.

Ein Grund für die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen ist auch die Politik der Straflosigkeit, die jahrzehntelang vorherrschte. Ein Großteil der Morde wurde nie aufgeklärt. Auch dagegen muss die kolumbianische Regierung vorgehen, um diejenigen zu schützen, die täglich ihr Leben aufs Spiel setzen, um die Menschenrechte zu verteidigen. ♦

Die Autor\*innen sind in der Amnesty-Kogruppe Kolumbien aktiv. Weitere Informationen: [amnesty-kolumbien.de](https://www.amnesty-kolumbien.de)

# »Jede Woche werden zwei Menschenrechtsverteidiger\*innen ermordet«

Für Land- und Umweltverteidiger\*innen ist Kolumbien das tödlichste Land weltweit. Der Amnesty-Experte **Camilo Vargas Betancourt** über Gefahren und Schutzmaßnahmen.

Interview: Maja Liebing

## Warum ist Kolumbien für Aktivist\*innen so gefährlich?

Weil es ein Land voller Widersprüche ist. Kolumbien hat eine bemerkenswert vielfältige Geografie mit einem unglaublichen Reichtum an Ökosystemen und biologischer Vielfalt. Diese komplexe Geografie bringt aber große Herausforderungen für die staatlichen Institutionen mit sich: Sie sind hauptsächlich in den städtischen Zentren angesiedelt und in den abgelegenen Gebieten nicht präsent. Und dort, wo der Staat abwesend ist, hat sich die Zivilgesellschaft gut entwickelt. In Kolumbien gibt es starke zivilgesellschaftliche Organisationen, die sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene tätig sind. Häufig übernehmen Menschenrechtsverteidiger\*innen eine Führungsrolle in ihren Gemeinschaften und stehen an vorderster Front, was den Schutz von Land und Umwelt betrifft. Sie haben es aber mit ebenfalls mächtigen Gegner\*innen zu tun, die in Abwesenheit des Staates die Umwelt und die lokalen Gemeinschaften ausbeuten wollen.

## Warum sind diese Gemeinschaften so gefährdet?

Der Großteil der ländlichen Gebiete wird von indigenen, afrokolumbianischen und kleinbäuerlichen Gemeinschaften bewohnt, die über Jahrzehnte oder Jahrhunderte Lebensweisen entwickelt haben, die mit den Ökosystemen Kolumbiens harmonieren. Dazu gehört zum Beispiel die traditionelle Fischerei in den großen Gewässern des Landes. Diese Gemeinschaften wirtschaften nachhaltig. Gleichzeitig expandieren Wirtschaftszweige wie die Agrarindustrie, der Bergbau, die Energiewirtschaft, aber auch illegale Ökonomien, häufig in genau diesen ländlichen Gebieten und betrachten die Gemeinschaften als »Entwicklungshindernisse«. In Ermangelung des Staates, der Sicherheit und Gerechtigkeit garantiert, ist es dann einfach, die führenden Vertreter\*innen dieser Gemeinschaften zu bedrohen, zu vertreiben oder sogar zu ermorden.

## Wie hat sich die Situation seit dem Amtsantritt von Präsident Gustavo Petro verändert?

Sein Amtsantritt vor anderthalb Jahren brachte bedeutende Veränderungen mit sich. Die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen wird nun als Problem erkannt. Frühere Regierungen versuch-

ten, das Problem lediglich durch die Bereitstellung von kugelsicheren Westen, Fahrzeugen oder Leibwächtern zu lösen. Diese Schutzmaßnahmen haben sich jedoch als unzureichend erwiesen, weil sie nicht von Maßnahmen begleitet waren, die auch die Ursachen der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen angehen. Die derzeitige Regierung hat in ihrem ersten Jahr einen Notfallschutzplan umgesetzt, den zivilgesellschaftliche Organisationen und Bündnisse mithilfe der Vereinten Nationen entworfen haben. Er wirkt aber noch nicht ausreichend. Die Gewalt ist zwar zurückgegangen, hat aber immer noch ein skandalös hohes Niveau. Jede Woche werden zwei Menschenrechtsverteidiger\*innen ermordet.

## Was müsste noch getan werden?

Eine wirksame Schutzpolitik muss vor allem die strukturellen Ursachen von Gewalt bekämpfen, also die Abwesenheit staatlicher Institutionen und das Fehlen wesentlicher öffentlicher Güter wie Sicherheit, Justiz, Bildung, Infrastruktur und wirtschaftliche Teilhabe. Wenn dies nicht geschieht, gedeihen kriminelle Organisationen, die den Interessen derjenigen dienen, die diese Gemeinschaften, deren Gebiete und die Umwelt zerstören wollen. Kolumbien plant kollektive



»Dies ist keine kugelsichere Weste, nicht schießen!« Protestveranstaltung in Bogotá, Mai 2021.

Foto: Juan Barreto / AFP / Getty Images

## »Wirksame Schutzpolitik muss die strukturellen Ursachen von Gewalt bekämpfen.«

Maßnahmen beantragt. Seit 2020, als Yuly Drohungen und Angriffen ausgesetzt war, weil sie die Wasserverschmutzung im Feuchtgebiet von San Silvestre anprangerte, erhält sie Schutz durch die UNP. Dies hat ihr bei neuen Angriffen tatsächlich das Leben gerettet. Grundlegendere Lösungen, die der Staat FEDEPESAN zur Verfügung stellen sollte, fehlen jedoch noch immer. Es gibt eine große Diskrepanz zwischen dem umfassenden Schutz, den der Staat verspricht, und dem, was tatsächlich umgesetzt wird.

### Was kann Amnesty International tun?

Internationale Solidarität ist nötig und kann Leben retten. Amnesty International dokumentiert seit Jahren die Situation von Menschenrechtsverteidiger\*innen, die sich für Landrechte und Umweltschutz einsetzen, und fordert die kolumbianischen Behörden auf, diejenigen zu schützen, deren Leben in Gefahr ist. Trotz der Menschenrechtskrise stehen wirksame Schutzmaßnahmen in Kolumbien leider nicht vorrangig auf der politischen Agenda und werden in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Wenn eine globale Bewegung wie Amnesty International ihre Besorgnis über die Geschehnisse in Kolumbien zum Ausdruck bringt, trägt dies dazu bei, dem Thema Priorität einzuräumen, die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu zwingen und einen wirksamen Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen herbeizuführen. ♦

Schutzmaßnahmen, um ländliche Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken und die Ursachen der Gewalt zu bekämpfen. Die Umsetzung einer umfassenden Schutzpolitik ist jedoch schwierig.

### Welche Schutzmaßnahmen gibt es für Menschenrechtsverteidiger\*innen?

Es gibt in Kolumbien klare Verfahren, nach denen Menschenrechtsverteidiger\*innen Hilfe und Schutz suchen können. Erste Ansprechpartner\*innen bei Drohungen und Angriffen sind die Kommunalverwaltungen, also die mehr als 1.100 Bürgermeister\*innen und 32 Regio-

nalgouverneur\*innen. Eine betroffene Person kann sich auch an die Nationale Schutzeinheit (UNP) wenden, die den Fall dann analysiert und den notwendigen Schutz gewährt, wie zum Beispiel Leibwächter. Außerdem gibt es kollektive Schutzmaßnahmen, die Konsultationen mit lokalen Organisationen und Gemeinschaften vorsehen, um zu analysieren, wie die strukturellen Ursachen der Gewalt in der jeweiligen Umgebung beseitigt werden können.

### Welchen Schutz bekommt Yuly Velásquez?

In ihrem Fall hat FEDEPESAN alle diese

### Camilo Vargas Betancourt,

geboren 1988, ist Politikwissenschaftler, Völkerrechtler und Soziologe. Er arbeitet im Regionalbüro Nord- und Südamerika des Internationalen Sekretariats von Amnesty mit Sitz in Mexiko-Stadt und beschäftigt sich seit zehn Jahren insbesondere mit der Zivilgesellschaft und den Menschenrechten in Kolumbien.

Foto: privat



# Ohne Mut keine Zukunft

Von Oliver Grajewski

Umweltzerstörung und Klimawandel treffen Menschen aus afroamerikanischen, indigenen und ländlichen Gemeinschaften besonders intensiv.



Ein neuer Bericht von Amnesty International dokumentiert sechs Fälle, ...

... in denen sich Menschenrechtler\*innen aus Nord- und Südamerika für Umwelt- und Klimaschutz stark machen.



Dabei setzen sie sich erheblichen Gefahren aus, insbesondere dann, wenn wirtschaftliche Interessen berührt sind.

In allen sechs Fällen haben sich Menschen zusammengeschlossen, um mächtigen Wirtschaftsinteressen kollektiv die Stirn zu bieten.





In Kolumbien überwacht der Fischereiverband Fedepesan die Verschmutzung der Gewässer in der Region Magdalena Medio.



In Ecuador wehren sich Jugendliche rechtlich gegen das Verbrennen von Abgasen aus der Erdölförderung.



In Kanada stemmen sich die indigenen Weltvölker gegen eine Gaspipeline auf ihrem Gebiet.



Andere Gruppen und Organisationen kämpfen für den Erhalt der biologischen Vielfalt.



So zeigen Afrobrasilianerinnen mit dem Anbau traditioneller Nutzpflanzen, wie der Regenwald erhalten werden kann.



Amnesty fordert alle betroffenen Staaten auf, eine sichere Umgebung für im Umwelt- und Klimaschutz aktive Menschenrechtler\*innen zu schaffen.



Den ganzen Bericht finden Sie unter [amnesty.de/klimaaktivismus-sicher](https://www.amnesty.de/klimaaktivismus-sicher)

# Schritt für Schritt zur Aufklärung

Im März 2016 wurde die Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres in Honduras ermordet. Die Hintergründe des Mordkomplotts wurden nie vollständig aufgeklärt. Doch gibt es Hinweise, dass eine Überweisung der niederländischen Entwicklungsbank FMO eine Rolle spielte. **Aus La Esperanza von Knut Henkel (Text und Fotos)**

**U**topia« steht in dicken Lettern über dem Eingang zum Tagungszentrum, daneben die sechs Buchstaben COPINH. Die Initialen stehen für »Rat indigener und ziviler Organisationen aus Honduras«. Die überaus aktive zivilgesellschaftliche Organisation hat ihren Sitz in der Stadt La Esperanza, nur ein paar Dutzend Kilometer entfernt von der Grenze zu El Salvador. Mitgründerin und langjährige Koordinatorin von COPINH war Berta Cáceres, die sich unter anderem gegen das Staudammprojekt Agua Zarca des Bauunternehmens DESA wehrte. Am 2. März 2016 wurde die charismatische Umweltaktivistin in ihrem Haus in La Esperanza von einem Killerkommando erschossen. Die Strafverfolgung verlief schleppend. Zwar wurden inzwischen einige Täter und Mittelsmänner verurteilt,

nach Auffassung von COPINH und der Familie von Berta Cáceres blieben jedoch bislang einige Drahtzieher des Mordkomplotts im Dunkeln. Das soll sich bald ändern.

Eine holprige Schotterpiste führt an Neubauten und landwirtschaftlichen Betrieben vorbei zu dem abgelegenen Zentrum, das in einem weitläufigen Flachbau untergebracht ist. Dort arbeiten Bertha Zúñiga Cáceres, die Tochter von Berta Cáceres, und der Sozialwissenschaftler Camilo Bermúdez. Der drahtige 32-Jährige ist der Leiter der Rechtsabteilung von COPINH und die treibende Kraft hinter zwei Klagen, die die Organisation und die Familie Cáceres in Amsterdam eingereicht haben. Denn Bermúdez wirft einer niederländischen Bank vor, mit ihren Zahlungen die Verfolgung und Ermordung von Berta Cáceres erst ermöglicht zu haben.

»Wir haben zwei Verfahren gegen die niederländische Bank FMO angestrengt:



ein zivilrechtliches, in dem es um den Verdacht der Fahrlässigkeit geht, und ein strafrechtliches, in dem wegen potenzieller Mittäterschaft an dem Mord ermittelt wird«, sagt Bermúdez. Er erwartet einen baldigen Prozessbeginn. Für die halbstaatliche Entwicklungsbank mit Sitz in Amsterdam sind beide Verfahren ein Desaster. Das Finanzunternehmen, an dem der niederländische Staat mit 51 Prozent die Mehrheit hält, hat im Jahr 2014 einen Kredit in Höhe von 15 Millionen US-Dollar für den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca an das ausführende Bauunternehmen DESA vergeben und muss nun nachweisen, sich dabei an die internationalen Ausschreibungs- und Vergabestandards gehalten zu haben.

Nach Ansicht von Camilo Bermúdez könnte das Geld für den Auftragsmord aus einer Überweisung der FMO von mehr als 1,7 Millionen US-Dollar stammen. Das legen Textnachrichten aus den ausgewerteten Mobiltelefonen der Mörder und des DESA-Geschäftsführers David Castillo nahe. Demnach wurde das Geld über ein Konto der Deutschen Bank in New York nicht an den FMO-Kreditnehmer DESA überwiesen, sondern an das Zementunternehmen Concretos del Caribe S.A., und Zugriff auf dieses Konto hatten sowohl der DESA-Geschäftsführer David Castillo als auch DESA-Finanzchef Daniel Atala Midence. Castillo wurde bereits zu 22 Jahren und sechs Monaten Haft wegen Mittäterschaft an dem Mord verurteilt. Gegen Atala Midence, der der einflussreichen Bankiersfamilie Atala Zablah angehört, erließ die Generalstaats-

anwaltschaft im Dezember 2023 einen Haftbefehl.

### Landrechte vielfach verletzt

Das ist nicht zuletzt ein Erfolg der unermüdlichen Arbeit von COPINH. Die Organisation brachte den Mordfall immer wieder in die Öffentlichkeit und machte auch hinter den Kulissen Druck. Kaum ein Fall erhielt in Honduras ähnliche Aufmerksamkeit. Das Foto der 2015 mit dem Goldman-Umweltpreis ausgezeichneten Berta Cáceres hängt auch acht Jahre nach ihrem Tod an Plakaten und zierte Hauswände in La Esperanza und im Rest des Landes. Im Mai 2022 erklärten die Abgeordneten des Parlaments Cáceres zur Nationalheldin, und seit ein paar Monaten lächelt sie einem auch auf dem 200 Lempira-Geldschein entgegen.

Dass dieser Heldinnenstatus dazu führt, die Hintergründe des Mordes lückenlos aufzuklären, bezweifelt Bertha Zúñiga Cáceres, die 2017 die Nachfolge ihrer Mutter als COPINH-Koordinatorin antrat. »Nur ein Beispiel: Trotz aller Proteste und internationaler Aufmerksamkeit nach dem Mord ist die Konzession für den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca am Fluss Gualcarque nach wie vor gültig«, kritisiert Zúñiga. Für die Lenca, eine indigene Bevölkerungsgruppe, die rund 130.000 Menschen in der Grenzregion von Honduras und El Salvador umfasst, ist der Gualcarque ein heiliger Fluss.

Im traditionellen Siedlungsgebiet der Lenca sind derzeit noch 50 weitere Konzessionen für Wasserkraft- und Bergbauprojekte gültig. COPINH macht sich dafür stark, dass sie annulliert werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Organisation sind zahlreiche Landkonflikte, die Lenca-Gemeinschaften betreffen. Die Organisation vertritt rund 200 Gemeinden, deren Landrechte verletzt wurden und bietet ihnen juristische Beratung an. Wenn nötig, vertrete man die Gemeinden auch vor Gericht, sagt Camilo Bermúdez.

Bei ihm laufen alle Initiativen zur Aufklärung des Mordes an Berta Cáceres zusammen. Er hofft, dass Daniel Atala Mi-

dence bald festgenommen wird, denn vieles deutet darauf hin, »dass er einer der Verantwortlichen für den Mord an Berta Cáceres ist«. Es sei das Ziel der Familie Cáceres und der Organisation COPINH, alle Verantwortlichen für den Mord zu belangen und Wege aufzuzeigen, wie man sich in einem Land ohne funktionierende Justiz wehren kann, ergänzt Bertha Zúñiga Cáceres.

Acht Jahre nach dem Mord scheint dieses Ziel näher zu rücken. Die Regie-



Ein Wandgemälde zitiert Berta Cáceres:  
»Lasst uns die ganze Menschheit aufwecken.«  
La Esperanza, Januar 2024.

rung von Xiomara Castro hat sich mehrfach zur lückenlosen Aufklärung der Hintergründe des Mordes an Berta Cáceres bekannt. Ein Prozess gegen Atala Midence ist zumindest in den Bereich des Möglichen gerückt. Allerdings dürfte seine einflussreiche Familie hinter den Kulissen immensen Druck ausüben. Die Bankiersdynastie initiierte nicht nur den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca, sondern finanzierte auch zahlreiche andere Großprojekte, von denen keines politisch unumstritten war.

Doch die COPINH-Aktivist\*innen sind gewappnet. »Wir wollen mit öffentlichen Aktionen die Zivilgesellschaft mobilisieren«, erklärt Camilo Bermúdez. Aufgrund der Popularität der Umweltaktivistin stehen die Chancen dafür gut. Das wiederum könnte die Arbeit des niederländischen Rechtsanwalts Wout Albers erleichtern, der die Familie Cáceres und COPINH in den beiden Verfahren gegen FMO in Amsterdam vertritt. Ein Prozess gegen Atala Midence in Honduras könnte möglicherweise auch Details der fragwürdigen Finanzierung des Wasserkraftwerks und Hintergründe des Mordes ans Licht bringen. ♦



Macht dort weiter,  
wo ihre Mutter  
aufgehört hat:  
Bertha Zúñiga Cáceres.

»Die Konzession des  
Wasserkraftwerks ist  
nach wie vor gültig.«  
Bertha Zúñiga Cáceres

# Raus aus dem Kreislauf

Die Ausbeutung der Natur, der Klimawandel und die Gefährdung von Menschenrechten hängen eng miteinander zusammen. Wer sich für den Schutz von Umwelt und Klima einsetzt, gerät ins Visier von Unternehmen und Regierungen.

Von Rouven Harms und Lina Ebbecke

**D**ie globale Durchschnittstemperatur wird wahrscheinlich Anfang der 2030er Jahre 1,5 Grad höher liegen als vor der industriellen Revolution und der damit verbundenen intensiven Nutzung fossiler Brennstoffe. Laut dem Weltklimarat (IPCC) lässt sich das häufigere Auftreten extremer Wetterereignisse wie Dürren oder Hurrikane direkt dem menschengemachten Treibhauseffekt zuordnen. Amnesty International stellte bereits 2021 in einem umfassenden Bericht fest: »Das veränderte Klima bringt eine Menschenrechtskrise von noch nie dagewesenem Ausmaß mit sich. Der Klimawandel bedroht die zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte heutiger und künftiger Generationen und letztlich die Zukunft der Menschheit.«

Die Klimakrise ist auch eine Menschenrechtskrise. Wie der rasante Klimawandel und dessen Ursachen mit Menschenrechtsverletzungen zusammenhängen, ist aufgrund der zahlreichen Ereignisse weltweit nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen. Doch befinden wir uns in einem Kreislauf, der uns immer tiefer in die Klimakrise führt: Die Ausbeutung von Mensch und Natur sorgt in einer kapitalistischen und immer noch überwiegend auf fossilen Brennstoffen beruhenden Wirtschaftsweise für zahlreiche Verletzungen von Menschenrechten.

Viele Menschen protestieren gegen akute oder zukünftige Bedrohungen ihrer Lebensgrundlagen. Bei den Aktionen zum

Schutz der Umwelt und des Klimas sind Akteur\*innen des Globalen Südens an vorderster Front, denn dort ist die Klimakrise schon jetzt besonders stark zu spüren. Dieser Protest bedroht die Interessen wirtschaftlicher und politischer Akteur\*innen, die teilweise mit massiver Unterdrückung darauf reagieren. Um den Widerstand zu brechen, gehen sie vor allem gegen die politischen und zivilen Rechte der Protestierenden vor. Dies reicht von der Niederschlagung von Protesten über gezielte Einschüchterungsversuche bis hin zu Mord. An dieser Stelle schließt sich der Kreis, denn wenn die politischen Rechte von Menschenrechtsverteidiger\*innen beschränkt sind und kein

effektiver Widerstand mehr möglich ist, kann eine verstärkte Ausbeutung von Mensch und Natur erfolgen.

## Ausbeutung der Natur

Transnationale Konzerne, die aus kurzfristiger Profitorientierung weiterhin auf fossile Brennstoffe setzen, und politische Entscheidungsträger\*innen, die sie darin unterstützen, sorgen dafür, dass die Erderwärmung schnell voranschreitet. »Die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas (...) macht mehr als 70 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen aus«, stellte Amnesty 2021 fest. Doch obwohl die verheerenden Folgen längst bekannt sind, setzen Staaten



Im Hintergrund die Ö Raffinerie: Barrancabermeja, im Norden Kolumbiens.

Foto: Luca Zanetti





## NUR EIN ANFANG: EU-LIEFERKETTENGESETZ

Staaten sind verpflichtet, vor Menschenrechtsverstößen zu schützen, die Unternehmen verursachen. Viele Unternehmen setzen jedoch Treibhausgase frei und/oder schädigen Ökosysteme wie Moore, Wälder, Flusslandschaften. Die Einhaltung des internationalen Klimaschutzabkommens und das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt werden missachtet. So verursacht der Ölkonzern Shell seit den 1970er-Jahren massive Umweltverschmutzungen im Niger-Delta. Das jüngst verabschiedete EU-Lieferkettengesetz verpflichtet Unternehmen in der Europäischen Union auf ihre menschenrechtlichen, klima- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten entlang ihrer Wertschöpfungsketten. Sie müssen künftig Rechenschaft darüber ablegen, wie sie ihr Geschäftsmodell mit mehr Klimaschutz in Einklang bringen. Jedoch erfasst das Gesetz nur sehr große Unternehmen, sodass weniger als ein Prozent aller Firmen betroffen sind. Gleich ganz ausgenommen ist der Finanzsektor. Daher ist offensichtlich: Das aktuelle Gesetz ist nur ein Anfang.

weltweit weiter auf fossile Brennstoffe als wichtigste Energiequelle.

Auf lokaler Ebene lassen sich die Folgen deutlich erkennen. So kämpft die kolumbianische Organisation FEDEPESAN, die den Amnesty-Menschenrechtspreis 2024 erhält, gegen die Verschmutzung von Feucht- und Sumpfgebieten durch die Ölindustrie, denn die Gebiete bei Barrancabermeja bilden die Lebensgrundlage von Hunderttausenden Menschen.

### Verletzung von Menschenrechten

Der Weltklimarat bezeichnete den Klimawandel in seinen Berichten immer wieder als größte Herausforderung für die Menschenrechte. Und auch die Vereinten Nationen betonen die Gefahr für die Menschenrechte und Beeinträchtigungen der Umwelt. Dies führte bisher aber nicht dazu, dass zum Beispiel die Rechte auf Leben, Gesundheit, Kultur, Wohnung, Arbeit und angemessene Lebensbedingungen ausreichend geschützt sind.

Amnesty International beschreibt die Klimakrise als »Ausdruck von tief liegenden Ungerechtigkeiten«. Sie betreffe insbesondere Menschen, die bereits mehrfache Diskriminierung erfahren. So sind in der Gegend von Barrancabermeja ärmere Menschen, deren Lebensunterhalt von den Feuchtgebieten abhängt, besonders von der Gewässerverschmutzung betroffen. Ihre Rechte auf eine saubere

Umwelt, Arbeit, Gesundheit und angemessene Lebensbedingungen sind unmittelbar bedroht.

### Protest und Widerstand

Auch andere benachteiligte Menschen, wie indigene Gruppen, sind nicht nur besonders stark von der Ausbeutung der Natur betroffen, sondern kämpfen auch überaus engagiert dagegen an. Zugleich sind sie als Expert\*innen für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt für die Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise von besonderer Bedeutung.

Weltweit werden Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die sich für Umwelt und Klimagerechtigkeit einsetzen, häufig von Entscheidungen ausgeschlossen und stattdessen mit Kriminalisierung, Hetzkampagnen, Einschüchterungen, Drohungen und körperlichen Angriffen unter Druck gesetzt. Angehörige indigener Gruppen machen 36 Prozent der getöteten Umweltaktivist\*innen aus. Trotz dieser Gefahren kämpfen sie für angemessene Lebensbedingungen ihrer Gemeinden und zukünftiger Generationen.

### Menschenrechtsverletzungen mithilfe des Staats

Menschenrechtsverteidiger\*innen agieren oft in einem feindseligen und gefährlichen Umfeld, insbesondere wenn ihre Forderungen wirtschaftlichen und politi-

schen Interessen entgegenstehen. Regierungen und Unternehmen missbrauchen Gesetze und Vorschriften, um Aktivist\*innen gezielt anzugreifen, einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Auf diese Weise soll die Legitimität von Protesten untergraben und die Arbeit für Menschenrechte, Umwelt und Klimagerechtigkeit eingeschränkt oder sogar verhindert werden.

Seit Jahren weist Amnesty darauf hin, dass Klima- und Umweltaktivist\*innen insbesondere in Südamerika stark gefährdet sind. Auch für andere Formen der Unterdrückung von Umwelt- und Menschenrechtsaktivist\*innen wie die Niederschlagung von Protest sind Unternehmen und staatliche Institutionen verantwortlich, die kooperieren oder wegschauen und auf diese Weise systematisch die Rechte auf Leben, Meinungs- und Versammlungsfreiheit verletzen. ♦

Die Autor\*innen sind Mitglieder der Amnesty-Koalition Klimakrise und Menschenrechte.

**Unternehmen und Staaten unterdrücken Klima- und Umweltproteste.**

# Kriminalisiert, weil sie ihr Land schützen

Seit Jahrzehnten wehren sich Indigene in Nordamerika gegen den Bau neuer Gas- und Ölpipelines auf ihrem Land. Trotz aller Proteste und Warnungen wird weiter gebaut und gefördert. **Von Marianne Kersten**

In den USA fordern Indigene der Anishinaabe Nation seit Jahrzehnten die Stilllegung der 71 Jahre alten Ölpipeline 5 des kanadischen Großkonzerns Enbridge Energy. Sie verursachte in der Vergangenheit mehr als 30 Ölunfälle, bei denen über eine Million Liter Giftstoffe in die Umwelt gelangten.

In Kanada betont die Regierung zwar die guten Beziehungen zu den indigenen Völkern, genehmigt und finanziert aber gleichzeitig umweltzerstörende Megaprojekte zur Weiterleitung von Rohstoffen, die zudem ohne die vorgeschriebene »freie, vorherige und informierte Zustimmung« indigener Gemeinschaften durchgeführt werden. Dabei werden Wälder zerstört, die indigene Lebensweise eingeschränkt und Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen.

Zum Schutz ihres Territoriums wehren sich die Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en in der kanadischen Provinz British Columbia gegen den Bau der Flüssiggas-Pipeline Coastal GasLink des kanadischen Unternehmens TC Energy, die durch ihr angestammtes Land verläuft und inzwischen weitgehend abgeschlossen ist. Um Proteste der Indigenen und ihrer Unterstützer\*innen zu erschweren und den Pipelinebau durchzusetzen, beantragte die Firma eine einstweilige Verfügung beim Supreme Court of British Columbia, die im Jahr 2019 auch gewährt wurde.

Damit wurde die Fortsetzung des Baus ohne die Zustimmung der Wet'suwet'en

möglich. Zudem enthält die Verfügung Vollstreckungsklauseln, wonach Personen, die sich den Baustellen nähern oder Straßen blockieren, in Haft genommen werden können. Für die Wet'suwet'en bedeutet die Verfügung eine Beschränkung ihrer Rechte auf territoriale Selbstverwaltung und ihrer Versammlungs- und Bewegungsfreiheit. »Die Verfügung ist in meinen Augen ein juristisches Mittel für die Regierung und die Industrie, um uns zu ignorieren, zu vertreiben oder zu kriminalisieren«, sagte Freda Huson, weibliches Oberhaupt der Wet'suwet'en.

## Permanente Überwachung

Außerdem werden die Wet'suwet'en von der permanent anwesenden kanadischen Polizei und Sicherheitskräften des Pipeline-Unternehmens rechtswidrig überwacht, rassistisch diskriminiert und eingeschüchtert. Bei vier groß angelegten Razzien zwischen 2019 und 2023 ging die Polizei mit unverhältnismäßiger Härte vor und rechtfertigte dies mit der einstweiligen Verfügung. Sie war mit Hubschraubern, Scharfschützen und Hundestaffeln vor Ort, drang gewaltsam in Häuser ein und schüchterte unbewaffnete und friedliche Protestierende ein. Es kam zu rassistischen und sexualisierten Beleidigungen und aggressiven Übergriffen durch maskierte Beamte\*innen, die sich weigerten, sich auszuweisen.

Mehr als 75 Personen wurden während der Razzien willkürlich inhaftiert. Entgegen internationaler Menschenrechtsstandards befanden sich einige von ihnen mehrere Tage lang in Gewahrsam,

bevor sie einen Haftrichter zu sehen bekamen. Die Landrechtsverteidiger\*innen wurden in der Haft unzureichend versorgt und hatten nur eingeschränkte Möglichkeiten, einen Rechtsbeistand zu konsultieren. Die Indigenen unter ihnen wurden rassistisch diskriminiert: Anders als die Nicht-Indigenen wurden sie an Händen und Füßen gefesselt und mussten in langen Unterhosen im Gerichtssaal erscheinen.

Im Januar 2024 sprach der Supreme Court of British Columbia drei Personen wegen Missachtung der einstweiligen Verfügung schuldig. Ihnen drohen 30 Tage Haft. Trotz des Schuldspruchs dauert das Verfahren an, da das Gericht nun Beschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen während der Polizeirazzien, der Festnahmen und in der Haft prüft.

Amnesty International hat den Schuldspruch scharf kritisiert. »In einer Zeit, in der indigene Landverteidiger\*innen auf dem gesamten amerikanischen Kontinent in beispielloser Gefahr sind, weil sie ihre Territorien gegen Rohstoffprojekte verteidigen, sollte Kanada sie schützen, anstatt sie strafrechtlich zu verfolgen«, sagte Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International. ♦

**Die Polizei war mit  
Hubschraubern,  
Scharfschützen und  
Hundestaffeln vor Ort.**

# Gegen den Goldrausch

Unter dem rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro wurde in Brasilien der Druck auf die indigene Aktivistin Alessandra Korap so groß, dass sie untertauchen musste. Unter seinem Nachfolger ist es besser, doch viele Probleme bleiben. **Von Niklas Franzen**



Ausgezeichnet mit dem Goldman-Umweltpreis: Alessandra Korap. San Francisco, April 2023. Foto: Eric Risberg / AP / pa

Für Alessandra Korap ist die Sache klar: Die Industriestaaten haben Mitschuld an der Zerstörung ihrer Heimat. Korap ist eine der bekanntesten Indigenen des Amazonas-Regenwalds. »Ihr importiert Gold, Holz und Soja aus Brasilien – daran klebt indigenes Blut.«

Korap, Jahrgang 1985, gehört zur Bevölkerungsgruppe der Munduruku. Sie lebt im Norden Brasiliens, genauer gesagt in Itaituba. Auf der Promenade der Kleinstadt steht ein Goldgräberdenkmal. Denn in der Region gibt es Hunderte illegale Goldminen. Seit Jahren zieht es Glücksuchende aus dem ganzen Land in den Bundesstaat Pará, zu dem Itaituba gehört.

Früher sei hier nur Wald gewesen, sagt Korap. Doch mit dem Goldrausch wuchs die Stadt. Heute grenzt sie direkt an ihr Dorf. Als die Bagger näher rückten, ergriff die kleine Frau immer öfter das Wort und wurde schließlich zur Vollzeitaktivistin.

Die Goldgräber\*innen machen ihrer Gemeinde schwer zu schaffen: Sie fallen in indigene Territorien ein, verschmutzen Flüsse und holzen Bäume ab. Korap kämpft aber auch gegen eine Bahntrasse, die quer durch das Gebiet der Munduruku verlaufen soll, um Soja aus dem Süden direkt zu den Häfen am Tapajós-Fluss zu transportieren. Von dort wird es dann weiter nach Europa und China verschifft. An dem Projekt sind auch zahlreiche ausländische Firmen beteiligt. »Der Kolonialismus hat nie geendet«, sagt Korap.

Weil sie sich engagiert, wird sie bedroht. Jahrelang war ein Kopfgeld auf sie ausgesetzt, sie erhielt viele Morddrohungen. Nachdem sie eine Brandrede gegen eine Bergbaufirma gehalten hatte, die sich in den Online-Netzwerken rasant verbreitete, brach jemand bei ihr ein und verwüstete ihr Haus. Kopfgeld, Morddrohungen, Einbruch, das alles geht auf das Konto von Unbekannten, sämtliche Ermittlungen verliefen ergebnislos.

Während der Amtszeit von Präsident Jair Bolsonaro war es für sie teilweise so gefährlich, dass sie untertauchen musste. Der Rechtsradikale im Präsidentenamt baute systematisch Umweltschutzmaßnahmen ab und trieb die kommerzielle Ausbeutung des Regenwalds voran.

Bolsonaro wurde Ende 2022 abgewählt, mittlerweile regiert Luiz Inácio »Lula« da Silva. Der Sozialdemokrat hat sich den Umweltschutz auf die Fahnen geschrieben, und seine Regierung versucht, die Umweltschutzbehörden wieder aufzubauen. Tatsächlich ging zumindest die Abholzung mittlerweile stark zurück. »Es ist sehr schwer«, sagt Korap. »Die, die uns und die Umwelt hassen, sind weiterhin sehr stark.« Damit meint sie: Großgrundbesitzer\*innen, einflussreiche Politiker\*innen, lokale Eliten.

Obwohl die Regierung nicht untätig sei, gebe es in der Region immer noch viele Goldgräber\*innen. Und auch für zahlreiche Unternehmen sei der Regenwald lukrativ. Viele Firmen beteiligen sich an Projekten zur CO<sub>2</sub>-Kompensation: Mit Investitionen in entsprechende Vorhaben in Afrika, Asien und eben auch in Südamerika können sie ihren Emissionsausstoß ausgleichen. »Sie wollen lediglich ihr Image aufpolieren. Sie kümmern sich nicht um die Umwelt, sondern nur um ihre Gewinne«, sagt Korap. Sie weiß, dass sie noch einen langen Weg zu gehen hat. »Ich bin aber nie einem Kampf aus dem Weg gegangen.« ♦

**»Ihr importiert Gold, Holz und Soja – daran klebt indigenes Blut.«**  
Alessandra Korap

WHL

WE



GIVE



Setze gemeinsam mit Yuly Velásquez und FEDEPESAN die kolumbianische Regierung unter Druck. Die Zerstörung der Ökosysteme in Kolumbien muss gestoppt und die Mitglieder von FEDEPESAN dürfen weder bedroht noch angegriffen werden.

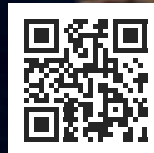
Für Umweltschutz ohne Lebensgefahr: [amnesty.de/fedepesan](https://www.amnesty.de/fedepesan)

Yuly Velásquez ist  
Umwelttechnikerin,  
Fischerin und Präsidentin  
von FEDEPESAN.

Ihre Arbeit ist so  
gefährlich, dass sie  
auf Personenschutz  
angewiesen ist.



Illustration: Pamela Guest, Foto: Luca Zanetti



**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



# Kultur am Boden

Raute lagern am Fuß  
eines Steilhangs in der  
Nähe von Bestada,  
Herbst 2022.

## Zwischen staatlichen Zuwendungen und nomadischer Freiheit: Die letzten nicht sesshaften Indigenen Nepals wenden sich immer mehr von ihren Traditionen ab. Aus Bestada, Birendranagar und Kathmandu von Martin Zinggl (Text und Fotos)

**E**in Talkessel im Westen Nepals. Tiefe Schluchten, durch die sich ein Fluss schlängelt, an den Hängen krallen sich Laub- und Nadelbäume fest. Direkt am Straßenrand, in der Nähe der 1.500 Einwohner-Gemeinde Bestada, fällt ein Mann in Seelenruhe einen 100 Jahre alten Salbaum – Nepals wertvollstes Holz.

Surya Narayans Körper ist Zeugnis eines jahrzehntelangen Überlebenskampfes: Arme und Beine sind übersät mit Narben, die Haut gleicht gegerbtem Leder, seine Hände sind rau wie Schleifpapier, die langen Fingernägel spröde. Er trägt zerschlossene Sandalen, aus denen verhornte Fersen hervorschauen, mit Blut und Erde verschmierte Leinentücher und darüber einen roten Umhang, der ihn als Oberhaupt von Südasiens letzten nomadischen Jäger\*innen und Sammler\*innen kennzeichnet: den Raute. Da sich ihr Lebensraum auf Nepals Wälder beschränkt, die sie seit Jahrhunderten durchstreifen, nennen sie sich selbst *ban ko raja*, Könige des Waldes.

Kaum liegt der Stamm am Boden, hackt Surya Narayan Äste, Zweige und Krone ab, hievt den nackten Stumpf auf seine Schulter. Der Mittvierziger läuft flott. Auf der Fahrbahn kleben zerquetschte Schlangen, am Straßenrand trocknen Chilischoten. An einer Abzweigung schaut eine Menschentraube aus Bewohner\*innen Bestadas durch ein Dickicht aus Bäumen, Stauden und Sträuchern hangabwärts in das Lager der Raute: 144 Menschen, 46 Zelte, einige Ziegen und Hühner, dazwischen Feuerstellen, aus denen Rauch aufsteigt. »Könige des Waldes«, sagt einer der Beobachter. »Wilde«, brummt ein anderer. »Schnorrer«, ruft ein Dritter. Ein paar Kinder werfen Steine den Hang hinunter.

Unter den Schaulustigen ist auch Dinesh Thapa, ein 32-jähriger Bauer, der unfreiwillig für den derzeitigen Lebensraum der Raute sorgt: Eines seiner Reisfelder, umgeben von dichtem Wald, dient ihnen als Lager – ohne seine Billigung. »Vor drei Tagen waren sie plötzlich da, und nun

traue ich mich nicht mehr auf mein eigenes Land«, sagt er. Thapa weiß, dass die Nomad\*innen erst weiterziehen werden, wenn ein Mitglied der Gruppe stirbt oder die Ressourcen, die ihnen der Wald gibt, nicht mehr ausreichen – das kann bis zu drei Monate dauern.

Danach werden sie ihm ein verwüstetes Stück Land zurücklassen, das Jahre braucht, um sich zu erholen, zerschunden wie eine Festivalwiese, auf der wochenlang gelebt wurde, auf der Müll und Exkremente von rund 150 Menschen zurückbleiben, in deren näherer Umgebung alle Bäume abgeschlagen wurden, um zu wohnen, zu heizen und zu kochen. Eine staatliche Entschädigung wird es für den Bauern nicht geben. »Die Raute dürfen machen, was sie wollen, weil sie gefährdet sind. Gesetzlose, die das Gesetz beschützt«, sagt Thapa. »Wir bekommen nichts von der Regierung, sie bekommen alles. Das ist keine Gleichberechtigung.« Für Thapa und die anderen Bewohner\*innen in der ärmsten Provinz in einem der ärmsten Länder der Welt bedeutet jede Rupie mehr wieder einen Tag Leben.

### Konflikte mit den Ansässigen

Als Surya Narayan samt Baumstamm an den neugierigen Zaungästen vorbeikommt, prasseln Fragen auf ihn ein. »Warum ziehst du dir keine Hosen an wie alle anderen?« »Wieso suchst du dir keine Arbeit?« »Warum zerstört ihr unser kostbares Holz?« »Wann zieht ihr endlich weiter?« Surya Narayan, dessen Name übersetzt »Sonnengott« bedeutet, bleibt die Antworten schuldig. Stattdessen lädt er seine Last ab. »Ich will mich nicht ansiedeln«, sagt er. »Meine Kinder werden niemals sesshaft werden.« Die Männer murmeln, einer lässt sich nicht

abwimmeln: »Wir sind stolz auf euch, weil ihr Nepals letzte Nomaden seid. Wir haben alle mal im Wald gelebt, aber es ist Zeit, dass auch ihr euch entwickelt.« Surya Narayan blickt zu Boden. In der Defensive fällt es dem Raute schwer, königliche Haltung zu bewahren.

»Habt ihr gefragt, ob ihr auf diesem Land sein dürft?« Das Oberhaupt der Raute hat die Hände hinter dem Rücken gefaltet. »Warum sollten wir?«, fragt er zurück mit der gleichgültigen Arroganz jener Menschen, die schon oft herausgefordert wurden. Aus seiner Sicht ist die Situation klar: Als Volk königlicher Abstammung haben die Raute jedes Recht der Welt, so will es die Legende der Ahnen, die von Generation zu Generation weitergetragen wird. Aber die Wissenschaft ist sich über ihre Herkunft uneins, es existiert keine dokumentierte Geschichte der Nomad\*innen. In der ersten schriftlichen Erwähnung aus dem 6. Jahrhundert werden sie als Nachkommen einer Gruppe »barbarischer« Waldbewohner\*innen aus dem Himalaja bezeichnet – in krassem Gegensatz zur Eigenwahrnehmung der

Surya Narayan, Oberhaupt der Raute, präsentiert seine Uhr, ein Geschenk des Bürgermeisters.



**»Ich will mich nicht ansiedeln. Meine Kinder werden niemals sesshaft werden.«  
Surya Narayan**

Gemeinschaft, die ihren royalen Status betont. In Grundzügen folgt ihr Glaube dem Hinduismus, und sie ordnen sich selbst – nach den Brahmanen, den obersten Gelehrten – als zweithöchste Kaste im nepalesischen Kastensystem ein.

Erhobenen Hauptes trippelt Surya Narayan in das Lager, wo es nach Rauch, nassem Laub und fermentiertem Reis riecht. Vereinzelt tritt er auf Verpackungen von Kartoffelchips, Schokolade und Instant-Nudeln. Dazwischen Zigarettensammel, leere Päckchen Kautabak und zertretene Plastikflaschen: Karnali Deluxe, steht darauf geschrieben, Extra Dry, 300 Milliliter, 17,12 Prozent Alkohol. Frauen holen Wasser oder sitzen auf dem Boden und schaben Gras ab, entfernen Wurzeln aus der Erde, um den Untergrund zu glätten, auf dem die Zelte errichtet wurden. Kinder spielen Fangen mit einer Ziege. Am Waldrand fällen einige Männer Bäume, andere hacken Holz, weitere schnitzen Schüsseln und Truhen daraus. Ein neues Zelt entsteht: Surya Narayans Pfeiler wird in ein Loch im Boden gerammt, Querverstrebungen werden verlegt, Planen und Tücher darüber gespannt.

### Ein Leben in Freiheit?

In Flüssen schwimmen, von Quellen trinken, jagen und fischen, Beeren, Wurzeln, Pilze und Honig essen, als Gemeinschaft durch Wälder pirschen. Ein Leben in Freiheit und im Einklang mit der Natur – so oder so ähnlich klingen Klischees über den Alltag der Nomad\*innen. Doch die Raute leben in keinem Klischee. Knochenarbeit, Krankheiten und Konflikte prägen ihr Dasein, das sich beständig am Existenzminimum abspielt, sie sind Wald, Wetter und Wildtieren ausgesetzt. Ihr größter Gegner heißt jedoch Zivilisation.



Fällen auch wertvolle Salzbäume. Junge Raute.

Finanzspritzen, Nahrungsmittel- und Sachspenden der nepalesischen Regierung und etlicher Nichtregierungsorganisationen manövrierten die Raute in eine Abhängigkeit, aus der sie nicht mehr herausfinden. Zunehmender Austausch mit der Außenwelt brachte die Indigenen in Kontakt mit Geld, Alkohol, Tabak und Industrienahrung – Verlockungen, denen viele verfielen. Seitdem jagen sie seltener, haben verlernt, sich selbst zu versorgen, sind süchtig nach dem nächsten Rausch, und ihre Mobilität hat sich verringert. Nepals Regierung schiebt die Nomad\*innen in Richtung Sesshaftigkeit, möchte die Gemeinschaft assimilieren und Staatsbürger\*innen aus ihnen machen, vorgeblich, um ihnen das Leben zu erleichtern und um ihre Kultur vor dem Untergang zu schützen. Dagegen wehren sich die Raute und halten trotz aller Einflüsse an ihrem Nomadentum fest.

Früher oder später wird sie dasselbe Schicksal ereilen wie nahezu alle Jäger- und Sammlergesellschaften in den vergangenen 10.000 Jahren zuvor: die Sesshaftigkeit. Glaubt man der nepalesischen

Regierung, dauert es vermutlich keine zehn Jahre, bis sich die Raute endgültig ansiedeln werden. Das behauptet zumindest Anita Gyawali, Leiterin der »Raute-Task-Force« in der Provinzhauptstadt Birendranagar. Die 36-jährige Beamtin soll dafür sorgen, dass dieser Prozess geregelt abläuft. Gyawali ist überzeugt: »Ohne Hilfe von außen sind die Raute nicht mehr überlebensfähig. Ihre Kultur ist nicht mehr ursprünglich, aber sie können auch noch nicht mit den neuen Einflüssen umgehen. Früher oder später werden sie von sich aus um Unterstützung bei der Ansiedlung bitten. Oder sie trinken sich zu Tode.«

Um die Raute und ihre Kultur vor dem Untergang zu schützen und um ihnen das Leben zu erleichtern, sollen alle 144 Männer, Frauen und Kinder in den nepalesischen Staat integriert werden. Der erste Schritt in diese Richtung waren Personalausweise, die den Raute vor wenigen Jahren zeremoniell überreicht wurden. Nur wenige Wochen später waren alle Karten weggeworfen oder verbrannt – die Nomad\*innen wollten ihre Identität nicht



Leben im Freien und im Zelt: Unterkunft der Raute.



Raute beim Einkauf im Dorf.



auf einem Stück Papier sehen. Doch in der Datenbank des zuständigen Ministeriums sind alle Mitglieder der Gruppe weiterhin abrufbar.

### Geschenke von allen Seiten

Warum verfällt eine Kultur, die den Großteil der Menschheitsgeschichte überlebt hat, innerhalb weniger Jahrzehnte? Eine mögliche Erklärung findet man in der drei Tage entfernten Hauptstadt Kathmandu in einer fünfstöckigen Villa. Das knallgelbe Bauwerk mit Säulen, Balkonen, Stuck und Vordächern beheimatet die NFDIN (National Foundation for Development of Indigenous Nationalities), ein staatliches Organ, das sich um die Anliegen der Indigenen und der Minderheiten in Nepal kümmert. »Wir wollten nur Gutes tun«, sagt Divash Rai, der 46-jährige Projektleiter von NFDIN, »doch damit haben wir das Gegenteil erreicht.«

Der Beamte spielt auf das Jahr 2008 an, als die Regierung begann, zehn gefährdete Minderheiten in Nepal finanziell zu unterstützen, darunter die Raute. Eine Initiative zur Rettung von Menschen, die gar nicht gerettet werden wollten. Das war der Anfang vom Ende. Divash Rai war vor Jahren das letzte Mal zu Besuch bei den Raute, von ihrer Lebensrealität hat er keine Vorstellung. »Wir haben die Raute nicht gefragt, was sie wirklich brauchen und wollen, sondern für sie entschieden«, räumt er ein.

An diesem Umgang mit den Nomad\*innen hat sich bis heute nichts geändert: Der Bürgermeister von Bestada hat eine Spendenaktion initiiert und lässt es sich nicht nehmen, die Geschenke persönlich im Lager der Raute zu übergeben. Vor den Augen der Nomad\*innen und neugieriger Dorfbewohner\*innen spielt sich eine Komödie ab wie auf einer Thea-

**Ein stolzer Bürgermeister, seine zufriedene Vertreterin, 96 Isomatten, zwei verwirrte Ziegen und drei verloren dreinblickende Raute. 93 Likes gibt es für das Foto auf Facebook.**



Ziegen als Geschenk. Abgesandte des Dorfes Bestada und einige Raute.

terbühne: Raute-Kinder flitzen den bewaldeten Hang hinunter in das Lager. Auf ihren Köpfen zusammengerollte Isomatten, die künftig als Schlafunterlage dienen sollen, damit die Raute nicht auf dem nackten Erdboden nächtigen – wie sie es schon seit Jahrhunderten zu tun pflegen. Ein weiteres Präsent, nach dem die Raute niemals gefragt haben. Vor dem Zelt des Anführers Surya Narayan werfen die Kinder die Last ab, um wieder zur Straße hochzueilen und neue Matten zu holen.

Während sich die grauen Schaumstoffrollen türmen, zerrt ein Helfer des Bürgermeisters zwei Ziegen an einer Leine bergab. Die Kinder springen um ihn herum und schimpfen über die Qualität der Gabe, da eine der beiden Ziegen eine faustdicke Eiterbeule am Hals hat. »Wie eklig!«, schreien sie. Beschämt hebt der Helfer ein Stück Stoff vom Waldboden auf und drückt der Ziege das Geschwür aus. Das Tier windet sich, die Kinder staunen, der Helfer wirft das volle Tuch weg und präsentiert die Ziege. »Die essen wir sicher nicht«, entgegnet die Kinder und laufen davon. Der Helfer reicht der Vizebürgermeisterin die Leine mit den beiden Ziegen, sie übergibt an den Bürgermeister, und dieser händigt sie feierlich dem Anführer der Raute aus. »Zwei Ziegen für 46 Familien, das reicht nicht!«, brummt Surya Narayan.

Der Bürgermeister ignoriert ihn und lächelt in die gezückten Handykameras der Anwesenden. Es entstehen viele Fotos,

die später auf Facebook gepostet werden. Auf einem der Fotos sind zu sehen: ein stolzer Bürgermeister, seine zufriedene Vertreterin, 96 Isomatten, zwei verwirrte Ziegen, die sich losreißen wollen, und drei verloren dreinblickende Raute. 93 Likes gibt es dafür.

Wenig später im Zelt von Surya Narayan. Während der Gastgeber Reiswein trinkt, fischt er einen Gegenstand aus seinem Beutel: eine goldene Armbanduhr. Ungeschickt streift er das Schmuckstück über sein Handgelenk, es schlackert an seinem Arm. »Ein Geschenk vom Bürgermeister«, sagt Surya Narayan. Wie alle Raute kann auch das Oberhaupt die Uhr nicht lesen. Zeit ist etwas, unter dem sich die Nomad\*innen nichts vorstellen können, darum gibt es in ihrer Sprache kein Wort dafür. Vergangenheit und Zukunft sind in ihrer Welt irrelevant, »gestern« und »morgen« existieren nicht.

Was zählt, ist die Gegenwart, und in dieser straucheln die Raute. »Natürlich macht mich das Umherziehen müde«, sagt Surya Narayan. »Aber wenn wir müde sind, schlafen wir einfach, und dann geht's weiter.« Er grinst und lässt die Armbanduhr wieder in seinem Beutel verschwinden. ♦

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: [www.amnesty.de/app](http://www.amnesty.de/app)





# Rückfall in alte Zeiten

Im April ist der neue Amnesty-Report zur weltweiten Lage der Menschenrechte erschienen. Ein Auszug aus dem Vorwort der Internationalen Generalsekretärin **Agnès Callamard**.

Im Jahr 2023 stellte das politikwissenschaftliche Forschungsinstitut V-Dem fest, dass die Zahl der Menschen, die in Demokratien leben (hier definiert als Länder, in denen Rechtsstaatlichkeit herrscht, die Exekutive von Legislative und Judikative begrenzt wird und die bürgerlichen Freiheiten geschützt werden), auf den Stand von 1985

gesunken ist. Das ist die Zeit vor der Entlassung Nelson Mandelas aus dem Gefängnis, vor dem Fall der Berliner Mauer, vor dem Ende des Kalten Krieges und vor all den damit verbundenen Hoffnungen auf eine neue Menschheitsära.

Diese neue Ära war flüchtig. Im Jahr 2023 häuften sich andere, entgegengesetzte Anzeichen. Autoritäres Denken und Handeln griffen auf der Ebene von Regierungen und Gesellschaften um sich. In zahlreichen Ländern untergruben au-

toritäre Maßnahmen die Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, die Geschlechtergleichstellung und die sexuellen und reproduktiven Rechte. Den Begleitton lieferten dabei zahlreiche Erzählstränge und Diskussionsbeiträge, die Hass und Angst schürten und dazu führten, dass der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft eingeschränkt wurde. Menschen und Personengruppen am Rande der Gesellschaft wurden dämonisiert.



»Die Rechte von Frauen kamen im Jahr 2023 immer stärker unter Beschuss.«  
Kabul, März 2024.

Foto: Wakil Kohsar / AFP / Getty Images

Die Rechte von Frauen kamen im Jahr 2023 immer stärker unter Beschuss. Viele der Fortschritte der vergangenen 20 Jahre drohten zunichte gemacht zu werden. In Afghanistan ist es derzeit faktisch strafbar, eine Frau oder ein Mädchen zu sein. Im Jahr 2023 erließen die Taliban zahlreiche Gesetze, die darauf abzielen, Frauen aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Im Iran führten die Behörden ihre brutale Unterdrückung der Bewegung »Frau, Leben, Freiheit« fort.

In den USA verboten 15 Bundesstaaten Schwangerschaftsabbrüche ganz oder ließen sie nur in absoluten Ausnahmefällen zu. In Polen starb mindestens eine Frau, weil sie auf-

grund der Gesetzeslage keinen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen konnte. Uganda verabschiedete ein homophobes Gesetz, während in den USA einflussreiche Personen aus Gesellschaft und Politik transfeindliche Diskussionen anheizten oder entsprechende Maßnahmen und Regelungen beschlossen.

## Verstöße gegen das Völkerrecht

Obwohl die Welt noch nie so reich war wie heute, gilt 2023 in den Worten der Weltbank als »das Jahr der Ungleichheit«. In Großbritannien, Ungarn und Indien wurden Menschen, die sich für wirtschaftliche und soziale Rechte einsetzten, unverhältnismäßig stark ins Visier genommen. Klimaschützer\*innen wurden als »Terrorist\*innen« gebrandmarkt, wenn sie Regierungsmaßnahmen zum Ausbau fossiler Brennstoffe kritisierten. Im Nahen Osten gingen Regierungen gegen Kritiker\*innen der Wirtschaftspolitik vor und nahmen sie willkürlich in Gewahrsam; dasselbe Schicksal ereilte Gewerkschaftsmitglieder im asiatisch-pazifischen Raum ebenso wie jene, die in Westafrika gegen Korruption kämpften.

Am 7. Oktober 2023 beging die Hamas schreckliche Verbrechen, bei denen mehr als 1.000 Menschen, zumeist israelische Zivilpersonen, getötet, Tausende verwundet und rund 245 Menschen als Geiseln oder Gefangene genommen wurden. Israel antwortete mit Vergeltungsmaßnahmen, die einer Kollektivbestrafung gleichkamen. Zivilpersonen und zivile Infrastruktur wurden absichtlich und unterschiedslos beschossen, humanitäre Hilfe verweigert. Die folgende Hungersnot war vorhersehbar.

Ende 2023 hatte der unaufhörliche Beschuss des Gazastreifens zum Tod von mehr als 21.600 Palästinenser\*innen geführt, die meisten von ihnen Zivilpersonen. Tausende Menschen wurden vermisst. Fast 1,9 Millionen Palästinenser\*innen hatten zeitweise als Binnenvertriebene keinen Zugang zu ausreichend Nahrung, Wasser, Unterkünften, sanitären Einrichtungen und Gesundheitsversorgung.

Hinzu kommt die groß angelegte Militärinvasion Russlands in die Ukraine. Sie verstößt gegen die UN-Charta und untergräbt die internationale Rechtsordnung. Russische Truppen greifen gezielt die ukrainische Zivilbevölkerung an. Dabei haben sie bereits Tausende Menschen getötet und die zivile Infrastruktur weitgehend zerstört, darunter Getreidespeicher und -exportanlagen.

Auch China, ein weiteres ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats, verstieß gegen das Völkerrecht. China unterstützt das Militär in Myanmar und dessen rechtswidrige Luftangriffe. Im eigenen Land nimmt die chinesische Regierung Menschen fest und foltert sie. Außerdem entzieht sich das Land der internationalen Kontrolle, wenn es um seine anhaltenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit geht, beispielsweise gegen die uigurische Minderheit.

## Millionen Menschen protestieren

Im Jahr 2023 brachten außerdem ChatGPT-4 und andere KI-Technologien große Probleme mit sich. Bestimmte Technologien höhlen unsere Rechte aus, indem sie rassistischer Politik Vorschub leisten und die Meinungsfreiheit weiter beschneiden. Große Technologiefirmen haben diese Gefahren ignoriert oder heruntergespielt, selbst wenn sie im Kontext bewaffneter Konflikte auftraten wie in Äthiopien, Myanmar, Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten oder im Sudan. Die Verbreitung von Hetze im Internet und anderen schädlichen Inhalten gegen palästinensische und jüdische Gemeinschaften führte auch in

## Obwohl die Welt noch nie so reich war wie heute, gilt 2023 als »Jahr der Ungleichheit«.

Europa und den USA zu einem deutlichen Anstieg muslimfeindlicher und antisemitischer Hassverbrechen.

Zahlreiche Staaten setzten 2023 im Bereich der Polizeiarbeit vermehrt auf Gesichtserkennungstechnologien. Diese kamen auf öffentlichen Protestkundgebungen, bei Sportveranstaltungen oder gegen ausgegrenzte Gemeinschaften zum Einsatz. Im Zusammenhang mit Migrationspolitik und Grenzkontrolle wurden vielerorts Technologien eingesetzt, die große Risiken für die Menschenrechte bargen. Im Wahljahr 2024 ist mit zunehmenden Menschenrechtsverstößen durch die Tech-Giganten und ihre fehlgeleiteten Technologien zu rechnen.

Die Rückschritte bei den Menschenrechten blieben im Jahr 2023 nicht unbeachtet – im Gegenteil. Menschen auf der ganzen Welt haben dies lautstark angeprangert. Der Konflikt zwischen Israel und der Hamas führte rund um den Globus zu Protestveranstaltungen, auf denen Millionen Menschen gegen die Tötung von Zivilpersonen demonstrierten und die Freilassung der Geiseln sowie einen Waffenstillstand forderten. Der UN-Generalsekretär, Vertreter\*innen von UN-Organisationen sowie humanitäre Organisationen sprachen sich gegen Kriegsverbrechen im Süden Israels und im Gazastreifen aus; sie forderten Israel auf, das Völkerrecht zu respektieren. Südafrika zog vor den Internationalen Gerichtshof, um auf die Einhaltung der Regeln der internationalen Ordnung zu pochen. Israel soll wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Völkermordkonvention von 1948 zur Rechenschaft gezogen werden.

Es gab im Jahr 2023 zahlreiche Menschen, die sich all jenen entgegenstellten, die das Rad der Zeit auf 1985 oder gar vor 1948 zurückdrehen wollten. Menschen, die auf die Straße gingen und gegen eine Zukunft demonstrierten, die wir uns so nicht wünschen. Trotz aller Widrigkeiten haben auch sie das Jahr 2023 mitgestaltet. ♦

Zum Amnesty-Report:



# Auf Spurensuche im Amnesty-Archiv

Der Historiker **Frank Bösch** hat recherchiert, wie menschenrechtliche Forderungen die Außenpolitik der Bundesrepublik seit ihrer Gründung beeinflussten. Dabei hat er auch die Geschichte von Amnesty International in Deutschland erforscht.

Interview: David Fischer

**1961 gründete sich in Köln die deutsche Sektion von Amnesty. Welche Rolle spielten Menschenrechte damals in der deutschen Außenpolitik?**

Menschenrechte spielten eine Rolle, wenn es um den Sozialismus ging. Insbesondere gegenüber der DDR versuchte die Bundesrepublik intensiv, Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und politisch Verfolgte aufzunehmen – nach dem Mauerbau auch durch den Freikauf von Gefangenen. Menschenrechte spielten dagegen lange kaum eine Rolle im Verhältnis zu den »westlichen« antikommunistischen Diktaturen oder den blockfreien Staaten. Gegen die ersten Interventionen von Amnesty wurde argumentiert, dass jeder Staat souverän sei und die deutsche Politik sich dort nicht einmischen dürfe.

**Sie haben auch im Archiv von Amnesty recherchiert. Zu welchen Schwerpunkten arbeitete die deutsche Sektion in den ersten Jahren?**

Zunächst standen die Diktaturen in Portugal und Spanien im Vordergrund, Südafrika und die Sowjetunion. Generell kann man aber sagen, dass Amnesty in Deutschland bis 1968 kaum aktiv war. Erst ab den 1970er Jahren gibt es mehr Unterlagen des Vorstands, der Geschäftsführung und einzelner Gruppen. Es gibt Dokumente zu Einzelfällen, zu Pressekampagnen, zur Öffentlichkeitsarbeit,

aber auch die Korrespondenz mit der Politik.

**Was änderte sich?**

Amnestys Blütephase begann 1968 in der Auseinandersetzung mit der Diktatur in Griechenland, nachdem die Organisation dort Folter dokumentiert hatte. Amnesty erhielt eine wichtige Beraterfunktion, und zahlreiche Mitglieder schrieben Briefe an Politiker, um gegen die griechische Diktatur zu protestieren. Zudem traten viele junge Linke ein, Akademiker und Schüler, die sich gegen unterschiedliche Diktaturen einsetzten. Der Putsch in Chile 1973 gab dem Engagement bei Amnesty ganz großen Aufwind. Der Einsatz gegen Pinochets Diktatur, die Förderung der Ausreise von Verfolgten und die Aufnahme von Flüchtlingen spielten dabei eine zentrale Rolle. Vor allem der Kampf gegen Folter mobilisierte, weil das ein Konsens-thema war. Es gab ein unglaublich großes Engagement: Mit der Schreibmaschine Briefe zu verfassen oder im Vor-Internet-Zeitalter etwas zu recherchieren, erforderte sehr viel Energie. Gleichzeitig mussten die Aktiven Frustrationen aushalten. Viele Amnesty-Mitglieder erhielten keinerlei Rückmeldung auf ihren Einsatz für einzelne Personen. Manchmal wurde dieser über zehn Jahre fortgeführt – für Menschen, die mitunter bereits lange tot waren, wie sich später herausstellte.

**Hat die Vergabe des Friedensnobelpreises 1977 an Amnesty die deutsche Außenpolitik beeinflusst?**

Ja, die Akzeptanz wuchs nach 1977 stark. Man kann das insbesondere an den Kon-

takten zum Auswärtigen Amt sehen, das Amnesty seit Ende der 1970er Jahre deutlich wohlwollender und auch höherrangiger empfing und die Kooperation suchte. Auch zu den meisten ausländischen Botschaften gab es gute Kontakte, trotz aller Kontroversen.

**Kontrovers war damals auch die Haltung zur RAF oder zu den Haftbedingungen von Adolf Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß. Wie haben diese Fälle die Arbeit von Amnesty geprägt?**

Die Frage nach dem Einsatz gegen die Haftbedingungen von Terroristen spaltete Amnesty damals. Dass sich Amnesty überhaupt bereit erklärte, die sogenannte Isolationshaft zu untersuchen, schadete dem Image im bürgerlichen Lager und ließ Amnesty als eine linke Organisation erscheinen. Kontrovers war auch, ob ein Einsatz für Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß stattfinden sollte oder nicht. Die Frage kam immer wieder auf, aber schließlich entschied sich der Amnesty-Vorstand gegen Aktionen, in Absprache mit London. Zugleich wurde argumentiert, dass für jeden angemessene Haftbedingungen gelten sollten. Entsprechendes schrieb Amnesty Deutschland 1976 zu Heß an die Bundesregierung.

*»Der Putsch in Chile 1973 gab dem Engagement bei Amnesty ganz großen Aufwind.«*



### Welche Rolle spielten Kulturschaffende wie Günter Grass und Heinrich Böll?

Amnesty hat sich früh einen Kreis von prominenten Unterstützern gesucht, sowohl auf internationaler Ebene als auch in den einzelnen Sektionen. Böll, Grass und andere unternahmen Aktionen, die Amnestys Einsatz unterstützten, etwa Günter Grass mit Auftritten in Athen, die die griechische Regierung kritisierten. Prominente, Geistliche oder einzelne Politiker leiteten auch Briefe von Amnesty an die Bundesregierung weiter – und darauf mussten Politiker dann antworten.

### Wie reagierte die Bundesregierung auf Briefe von Amnesty?

Generell wurde bei Schreiben von Organisationen erst einmal geprüft, inwieweit diese seriös sind und ob sie deutschen Interessen dienen oder schaden. Es wurde abgewogen, inwieweit das Anliegen von Amnesty eine Verletzung der Souveränität des anderen Staats und »der guten Beziehung«, wie es oft hieß, bedeuten könne.

**Die Bundesregierung ließ einen Bericht von Amnesty über Folter in Griechenland vom BND prüfen. Es**

### scheint, als hätte sie die Vorwürfe ernst genommen, traute der Organisation aber nicht.

Die Bundesregierung und die Botschaften hatten meist keine eigenen Informationen zu den Menschenrechtsverletzungen. Oft hielten sie Amnestys Berichte für etwas überzogen, stimmten aber grundsätzlich zu, zumal Amnesty ja auch relativ zurückhaltend einzelne Fälle beschrieb, also gerade nicht pauschalisierte und politisierte, sondern meistens versuchte, Namen und konkrete Handlungen aufzuschreiben. Das erleichterte das Verhältnis zur Bundesregierung, besonders im Vergleich zu klassischen linken Gruppen, die eine politische Kritik am System des anderen Landes äußerten.

### Der Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung legt einen Schwerpunkt auf Menschenrechte. Die Deals mit Diktaturen gehen trotzdem weiter. Schreiben Sie an einem Nachfolger?

Das Buch zeigt, wie die heutigen engen Kooperationen mit Diktaturen entstanden und wie der Einsatz für Menschenrechte aufkam. Die jetzige Regierung ist in gewisser Weise ein Ergebnis dieses

Wandels seit den späten 1960er Jahren. Dabei zeigt sich, dass die Kooperation mit Diktaturen oft langfristig die Kritik an ihnen stärkte. Ohne naiven Optimismus kann man zumindest ausmachen, dass die Politik heute in einem viel stärkeren Maße Menschenrechte anspricht, als dies früher der Fall war – und damit auch Einfluss haben kann. ♦

**Frank Bösch** ist Professor für deutsche und europäische Geschichte des 20.

Jahrhunderts an der Universität Potsdam und leitet das Leibniz-Zentrum



für Zeithistorische Forschung Potsdam. Sein Buch »Zeitenwende 1979« über ein Jahr der gesellschaftlichen Umbrüche wurde zum Bestseller. In seinem neuen Werk »Deals mit Diktaturen« untersucht Bösch, wie die Bundesrepublik mit Autokraten umging und Menschenrechte ein Teil der deutschen

Außenpolitik wurden.

Foto: Sebastian Rost

# »WIR MÜSSEN STÄNDIG ABWÄGEN, WIE WEIT WIR GEHEN«

Die Regierung Bangladeschs schlug im Herbst 2023 landesweite Streiks und Demonstrationen für eine Erhöhung des Mindestlohns in der Textilbranche gewaltsam nieder. Vier Beschäftigte wurden getötet, Zehntausende angeklagt, mehr als 100 Gewerkschafter\*innen inhaftiert. **Nazma Akter**, Präsidentin der Textilgewerkschaft Sommilito Garment Sramik Federation, streitet dennoch weiter für bessere Arbeitsbedingungen.

Interview: Annette Jensen

## Was haben die Proteste im Herbst in der Textilbranche gebracht?

Wir haben nichts erreicht. Die Streiks und Demonstrationen wurden von der Polizei brutal niedergeschlagen. Drei Arbeiter und eine Arbeiterin sind getötet worden, viele wurden verletzt, und viele Beschäftigte haben ihre Arbeit verloren.

## Wer stellt die größere Gefahr dar – der Staat oder die Arbeitgeberseite?

Die Arbeitgeber gehen oft gegen Leute vor, die sich für Arbeitsrechte einsetzen. Sie suchen dann beim Staat Unterstützung – und bekommen sie auch. Korruption spielt dabei eine große Rolle. Oft bilden die Unternehmensleitungen auch selbst Beschäftigtenvertretungen, die dann nicht unabhängig agieren. Viele Fabrikbesitzer sitzen im Parlament.

## Wie gewinnen Sie unter diesen Umständen Mitglieder?

Wir besuchen sie zu Hause oder in ihrer Community. In den Betrieben ist das sehr mühsam und oft mit der Gefahr verbunden, dass jene entlassen werden, die versuchen, neue Mitglieder zu werben.

## Wie stark sind die Gewerkschaften in Bangladesch?

Der Organisationsgrad in der Arbeiterschaft ist nicht höher als fünf Prozent. Wir haben deshalb nur so wenige Mitglieder, weil die Freiheit, sich für die eigenen Interessen zusammenzuschließen und zu engagieren, stark eingeschränkt ist. Viele

Beschäftigte haben Angst, ihren Job zu verlieren.

## Viele Oppositionelle sitzen in Bangladesch im Gefängnis. Sind auch Gewerkschafter\*innen inhaftiert?

Ich möchte nicht über die politische Lage sprechen. Im Zusammenhang mit den Streiks gab es Anklagen gegen mehr als 43.000 Personen, die aber größtenteils nicht namentlich bekannt sind. 132 Gewerkschafter\*innen wurden festgenommen. Elf sind immer noch im Gefängnis.

## Weswegen?

Die Vorwürfe umfassen Terrorismus, Vandalismus und andere kriminelle Handlungen.

## Sie sind eine der führenden Gewerkschafterinnen in Bangladesch – wie ist Ihre persönliche Situation?

Auch ich stehe sehr stark unter Druck, weil wir die Lage nicht akzeptieren, schriftliche Petitionen einbringen und weiter protestieren. Ich erhalte auch Drohanrufe und all das. Für uns Gewerkschafter\*innen ist es sehr schwierig, weil wir ständig abwägen müssen, wie weit wir gehen. Schließlich haben die Arbeiter\*innen sehr wenig Geld. Wenn die Vermieter drohen, sie vor die Tür zu setzen, oder die Fabrikbesitzer mit Kündigung drohen, ist das sofort existenzbedrohend. Die Leute sind sehr arm und trauen sich deshalb oft nicht, sich zu wehren.

## In Deutschland gibt es seit 2023 ein Lieferkettengesetz, die Europäische Union hat ebenfalls ein solches Gesetz beschlossen. Können internationale Auftraggeber die Lage in den Fabriken beeinflussen?



Der Textilsektor ist die bedeutendste Exportbranche Bangladeschs. Der Mindestlohn, für den unsere Kolleg\*innen in dieser Branche arbeiten, reicht jedoch nicht, um ihre Grundbedürfnisse und die ihrer Familien abzudecken. Die internationalen Abnehmer unserer Textilien hätten die von uns geforderte Erhöhung des Mindestlohns akzeptiert – allerdings auch nicht mehr. Die meisten Auftraggeber kommen ja gerade deshalb in unser Land, weil die Arbeit hier so extrem billig zu haben ist. ♦



Foto: Fairtrade International



Nicht schön: Arbeitsbedingungen in der bangladeschischen Textilindustrie. Stoffbahnen in Batik Village, Region Dhaka 2024. Foto: Joy Saha/Zuma Press/pa

## AUF KANTE GENÄHT

Am 7. November 2023 gab die bangladeschische Regierung nach langem Zögern ihre Entscheidung bekannt: Auf 12.500 Taka, umgerechnet 105 Euro, werde der Mindestlohn in der Textilwirtschaft angehoben. Das ist etwas mehr als der Arbeitgeberverband BGMEA von sich aus angeboten hatte. Der neue Mindestlohn liegt aber deutlich unter der Forderung der Textilgewerkschaften, die wegen stark gestiegener Energie-, Transport- und Lebensmittelpreise knapp die doppelte Summe angemahnt hatten.

Ende Oktober 2023 waren die ersten Beschäftigten für höhere Löhne auf die Straße gegangen – nach unterschiedlichen Berichten zwischen 18.000 und 23.000 Menschen. Die Fabrikbesitzer\*innen reagierten, wie dies in Bangladesch

meist der Fall ist, mit Drohungen und Gewalt. Die Polizei ging gewaltsam gegen die Demonstrationen vor. Nach Recherchen von Amnesty International starben bei den Protesten mindestens vier Menschen, darunter drei durch Polizeikugeln.

Bangladesch ist der zweitgrößte Textilhersteller weltweit. Seit der Katastrophe in der Fabrik Rana Plaza, bei deren Einsturz am 23. April 2013 mehr als 1.100 Menschen starben und weitere 2.500 verletzt wurden, hat sich unter öffentlichem Druck die Sicherheit in den meisten Fabriken verbessert. Das gilt jedoch nicht für Arbeitnehmer\*innenrechte. Amnesty International kritisierte Ende 2023 Armutslöhne, die Unterdrückung von Protesten sowie unzureichende Entschädigungen bei Arbeitsunfällen und Todesfällen.

Die Arbeitgeberlobby ist in Bangladesch stark. Bei der umstrittenen Parlamentswahl am 7. Januar 2024 konnten sich 18 Textilunternehmer\*innen Sitze sichern. Die Regierungspartei Awami League verfügt mit 224 von 300 Mandaten über eine mehr als komfortable Mehrheit im Parlament.

Wegen der Repressionen seitens des

Staats und der Arbeitgeberseite gibt es kaum Betriebsräte. »Brauchen wir nicht«, lautet die Antwort eines Textilproduzenten, zu dessen Kundenkreis auch deutsche Handelskonzerne gehören. »Wer in der Firma ein Problem hat, wendet sich direkt an uns.« Genau das tat Shahidul Islam, ein Angestellter bei Prince Jacquard Sweater: Er wandte sich im Juni 2023 wegen nicht gezahlter Löhne an sein Management. Unmittelbar nach dem Treffen wurde er getötet – mutmaßlich von einem Auftragsmörder. Die Firma produziert unter anderem für New Yorker.

Gefährdet sind auch Gewerkschafter\*innen. Nach Angaben der Clean Clothes Campaign wurden am 15. Februar 2024 die beiden Arbeitnehmervertreter Shariful Islam und Jagdish Babu vor dem Fabrikingang der Libas Textiles Factory geschlagen. Zu deren Abnehmer\*innen zählen laut Website H&M, C&A, Mango und NKD. ♦

Bernhard Hertlein ist Mitglied der Amnesty-Ländergruppe Bangladesch.

**Amnesty kritisiert die Unterdrückung von Protest, Armutslöhne und unzureichende Entschädigungen.**

# Aufarbeitung ist anderswo

Die Verbrechen der Colonia Dignidad bleiben vor der deutschen Justiz straflos. Und eine Gedenkstätte auf dem Gelände der heutigen Villa Baviera in Chile ist in weite Ferne gerückt. **Von Ute Löhning**

**J**uan Rojas-Vásquez war 14 Jahre alt, als Polizisten am 13. Oktober 1973, kurz nach dem Militärputsch in Chile, nachts in das Haus seiner Familie eindrangen. Sie verschleppten seinen Vater und kurz darauf auch seinen ältesten Bruder. Beide wurden vermutlich in der nahe gelegenen deutschen Sektensiedlung Colonia Dignidad ermordet. Ihr Schicksal ist bis heute nicht aufgeklärt. »Das Wichtigste ist für mich die Wahrheit. Ich muss wissen, was mit ihnen geschehen ist, um selbst zur Ruhe zu kommen«, sagt der inzwischen 65-jährige. »Ich brauche auch einen Ort, um Abschied zu nehmen und um zu trauern.«

In der 1961 von dem deutschen Laienprediger Paul Schäfer und rund 300 Gefolgsleuten in Chile gegründeten auslandsdeutschen Siedlung waren die meisten Bewohner\*innen jahrzehntelang Zwangsarbeit und sexualisierter Gewalt unterworfen. Nur wenigen Personen gelang die Flucht aus dem umzäunten und streng bewachten Gelände. Wer es bis in die deutsche Botschaft in der 400 Kilometer nördlich gelegenen Hauptstadt Santiago schaffte, erhielt dort oft keinen Schutz.

Während der chilenischen Diktatur (1973 bis 1990) betrieb der Geheimdienst DINA ein Folterlager in der Colonia Dignidad. Schätzungen zufolge wurden rund 100 chilenische Oppositionelle dort ermordet, ihre Leichen in Massengräbern

verscharrt, später wieder ausgegraben und verbrannt. Keine dieser Personen konnte bisher identifiziert werden, sie gelten bis heute als Verschwundene. Amnesty International und die UNO veröffentlichten bereits 1977 Berichte von Folterüberlebenden, auch die Bundesregierung war informiert.

Juan Rojas-Vásquez musste 1979 aus Chile fliehen und kam mithilfe der Kirche und von Amnesty International nach Deutschland. Seitdem lebt er in Stuttgart. Er arbeitete als Krankenpfleger, gründete eine Familie, hat Kinder und Enkel. Doch die Suche nach seinem Vater und seinem Bruder lässt ihn nicht los. »Bis heute trifft mich dieser Schmerz, die Ungerechtigkeit und die Ungewissheit. Das muss irgendwann einmal aufhören!« Das gewaltsame Verschwindenlassen wirkt sich neben den verschwundenen Personen auch auf deren Angehörige aus.

»Ein Grund, warum die Traumatisierung so lange Bestand hat, ist, dass die Betroffenen genau wissen, dass die Täter frei herumlaufen«, sagt Bianca Schmolze. Sie ist Menschenrechtsreferentin bei der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum, einem psychosozialen Zentrum, das Überlebende von Trauma und Krieg unterstützt und den Grundsatz »Gerechtigkeit heilt« entwickelt hat. Nach Schmolzes Erfahrung geht es traumatisierten Personen »einerseits um die individuelle Angst vor den Tätern, aber vor allem um das Misstrauen in die Gesellschaft«, die oft nicht anerkenne, welche Gewalt die Menschen erlebt haben und wer die Verant-

wortlichen sind. Sie fordert die Einrichtung einer Wahrheits- oder Historikerkommission zur Colonia Dignidad durch den deutschen und den chilenischen Staat.

## In Chile wird noch ermittelt

Während die chilenische Justiz zumindest noch strafrechtlich ermittelt, wurden in Deutschland alle Verfahren zu Verbrechen in der Colonia Dignidad eingestellt, ohne dass eine einzige Anklage erhoben wurde. Die Rechtsanwältin Petra Schlagenhaut, die Opfer der Sekte vertreten hat, kritisiert, der deutschen Justiz habe es an Aufklärungswillen gefehlt, sie habe die »Dimension der Verbrechen nicht verstanden«, und in Deutschland herrsche in Sachen Colonia Dignidad »faktische Straflosigkeit«.

In der 2023 im Nomos Verlag erschienenen Publikation »Nationales Recht als terra incognita« analysiert der Jurist Christoph Zehetgruber den folgenschweren Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf, das 2018 einen chilenischen Antrag auf Vollstreckung einer in Chile rechtskräftigen Strafe gegen Hartmut Hopp in Deutschland ablehnte. Hopp, der frühere Krankenhausleiter und Vertraute

**»Ich brauche einen Ort, um zu trauern und um Abschied zu nehmen.«  
Juan Rojas-Vásquez**





Für Tourist\*innen nur ein Ort,  
an dem sie es sich gut gehen lassen:  
Villa Baviera, Oktober 2015.

Foto: Tomas Munita/The New York Times/Redux/laif

des Sektenchefs Schäfer, hatte sich einer fünfjährigen Haftstrafe wegen Beihilfe zu Vergewaltigung und Missbrauch entzogen, indem er sich aus Chile nach Deutschland absetzte, von wo er – als deutscher Staatsbürger – nicht nach Chile ausgeliefert wird. Zehetgruber kritisiert fundamentale Verstöße gegen die Regeln internationaler Rechtshilfe. Denn anstatt sich auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit des chilenischen Urteils gegen Hopp zu beschränken, unterzog das OLG dieses einer unangemessenen »rechtlichen Feinprüfung«.

Andreas Schüller, der Leiter des Bereichs Völkerstrafaten beim European Center for Constitutional and Human Rights, teilt diese Kritik und hofft, dass sie in »zukünftigen Verfahren Gehör findet«. Für die Aufarbeitung der Verbrechen der Colonia Dignidad bringe das jedoch nichts mehr, da alle Verfahren in Deutschland abgeschlossen seien und auch vor internationalen Gerichten nicht mehr weiter verfolgt werden könnten.

### Die Zeit wird knapp

Auch die Planungen für eine Gedenkstätte und ein Dokumentationszentrum in der Villa Baviera, wie die ehemalige Colonia Dignidad inzwischen heißt, scheinen

geplatzt oder zumindest in weite Ferne gerückt zu sein. Zwar haben Expert\*innen im Auftrag einer deutsch-chilenischen Regierungskommission bereits 2021 einen Entwurf für einen Gedenk-, Dokumentations- und Lernort erarbeitet, und Chiles Präsident Gabriel Boric sowie Bundeskanzler Olaf Scholz sprachen sich im Januar 2023 für eine Gedenkstätte aus. Vertreter\*innen der chilenischen Regierung erklärten laut Sitzungsprotokoll der bilateralen Kommission, dass die Gründung einer Stiftung zur Umsetzung einer Gedenkstätte »auf unbestimmte Zeit verschoben« wurde. Der Leiter der Menschenrechtsabteilung im chilenischen Außenministerium, Tomás Pascual, erklärt, die Errichtung einer Gedenkstätte sei »weder gescheitert noch gestoppt«. »Leider«, heißt es allerdings aus dem Auswärtigen Amt, habe »die chilenische Seite beschlossen, zunächst eine allgemeine Gedenkstättenrichtlinie zu erarbeiten«.

Faktisch wird die Zeit dadurch knapp. Die Regierungen von Chile und Deutschland, die sich beide zu einer menschenrechtsorientierten Politik bekennen, sind dabei, die historische Chance zu vergeben, in ihrer Amtszeit bis 2025 gemeinsam konkrete Pläne für eine Gedenkstätte zu erarbeiten und zu beschließen. Wenn

das so bliebe, wäre die Alternative unerträglich: Eine Siedlung in Privatbesitz, unter deren Boden anonyme Massengräber vermutet werden, wo Angehörige von Verschwundenen keinen Ort des Gedenkens finden und wo 130 Bewohner\*innen stattdessen Landwirtschaft und einen Tourismusbetrieb mit Hotel und Restaurant im bayerischen Stil betreiben. Die Besucher\*innen, die die Natur und gute Luft genießen, Schweinshaxe essen und Bier trinken, erfahren von der Geschichte dieses Ortes derzeit nur wenig.

Jan Korte, Bundestagsabgeordneter der Linken, macht für die verfahrenre Situation »schlechte bilaterale Kommunikation, eine nur halbherzige Behandlung des Themas auf Regierungsebene und innenpolitische Gründe in Chile« verantwortlich. Der menschenrechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Michael Brand, kritisiert, Außenministerin Baerbock und Kanzler Scholz sähen seit Langem zu, wie »dieses Thema vor die Wand fährt«. Sie müssten nun direkt intervenieren, denn es sei klar, »dass es ohne Eingreifen von ganz oben nicht mehr gerettet werden wird«. ♦

# ICH BIN AMNESTY: CLARA ENGEL

**Ich bin für Amnesty aktiv seit** 2021, da war ich 16 Jahre alt. Damals hatte ich gerade die Schule gewechselt, um das Abitur zu machen. In dieser Zeit ist mir aufgefallen, was für ein Privileg das ist. Daher wollte ich mit meinem Engagement etwas zurückgeben.

**Ich engagiere mich für Menschenrechte, weil** es mir ein Anliegen ist, die Welt fairer zu gestalten. Besonders wichtig ist mir das Thema »Protect the Protest«, das auch im Mittelpunkt des diesjährigen Sommercamps der Amnesty-Jugend stehen wird. Unter dem Titel »Protest für Veränderung – laut, unverzichtbar, solidarisch« wird es Workshops, Vorträge und Raum für Vernetzung geben. Alle Jugendlichen von 16 bis 27 Jahren, egal ob Amnesty-Mitglied oder noch

nicht, sind eingeladen, vom 22. bis 26. August mit uns zusammen eine tolle Zeit zu verbringen.

**Zuletzt habe ich mit/für Amnesty auf die Beine gestellt:** Ich habe einen Stand auf einem Konzert organisiert, um in einer guten Atmosphäre Unterschriften zu sammeln. Das war ein großer Erfolg!

**Als nächstes plane ich für die Menschenrechte:** Als Teil der Jugendvertretung bereite ich eine Jugendaktionswoche zur Europawahl vor. Vom 17. Mai bis 8. Juni wird es viele Aktionen zur Wahl geben, sowohl in Präsenz als auch online. Unter dem Thema »EUtopia – dein X für die Menschenrechte« konzentrieren wir uns auf die Themen Rassismus, Klimagerechtigkeit sowie Asyl und Flucht. Los geht es

mit einem Diskussionsforum und einer öffentlichen Aktion auf der Jahresversammlung von Amnesty. Alle Jugendgruppen sind eingeladen, mitzumachen! Bei Fragen dazu meldet euch gerne bei kontakt@amnesty-jugend.de oder schaut auf Instagram bei @amnestyjugend vorbei.

**Das hat Amnesty in jüngster Zeit gut gemacht:** In Zeiten der immer kritischer werdenden Menschenrechtslage bleibt Amnesty präsent.

**Das könnte Amnesty besser machen:** Immer wieder erlebe ich, dass Amnesty die Teilhabe der Jugend erschwert. Dies sollten wir ändern, um den Verein auf Dauer zu stärken.



Foto: Michael M. Roth / MicialMedia

## DAS STECKT DRIN: MENSCHENRECHTSSPIEL »COURAGE«

Menschenrechte spielend verteidigen – das lässt sich mit dem von der Worlddidac ausgezeichneten Amnesty-Spiel »Courage« lernen.

Schauplatz des Spiels ist Mutland, ein fiktiver Staat, in dem Aufbruchsstimmung herrscht und ein Wind der Entschlossenheit weht. Hier kommen viele Menschen mit guten Ideen zusammen, teilen ihre Träume mit anderen und lassen sie wahr werden. Überall wird gepflanzt, gebaut, diskutiert und gepostet. Die Menschen in Mutland wollen eine gerechtere Welt schaffen. Eine Welt, in der Geschlechtergerechtigkeit, Freiheit, Wohlstand und Frieden herrschen, in der es keinen Rassismus gibt, die Umwelt geschützt wird, die Stimmen von Kindern gehört werden und alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Die 16 bis 30 Spieler\*innen bilden Kleingruppen, wählen ein Szenario und versuchen, es in Mutland Wirklichkeit werden zu lassen. Jedes Szenario erfordert besondere Kenntnisse und Fähigkeiten, die sich mithilfe von 32 Menschenrechtsverteidiger\*innen im Spiel erwerben lassen. Dafür werden digitale und analoge Aufgaben gelöst, Dinge pantomimisch dargestellt, gezeichnet oder Reden gehalten. Und

auf dem Weg zu ihrem Szenario erwarten die Spieler\*innen bedeutende, weltverändernde Ereignisse ...

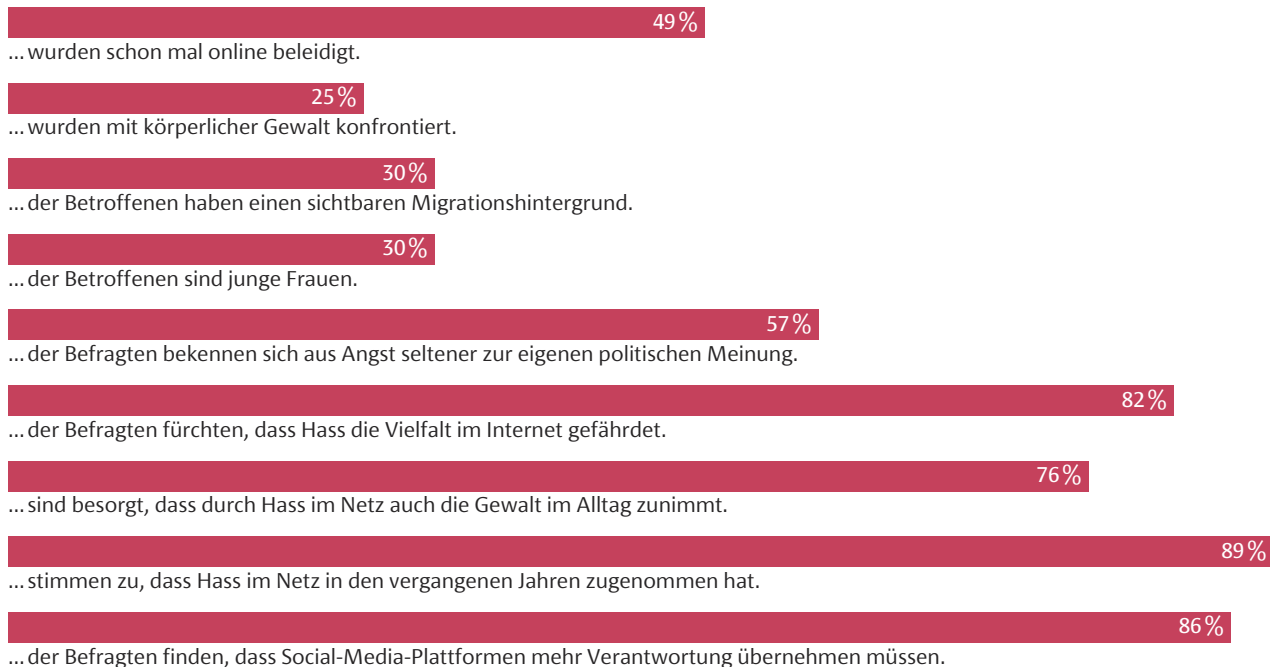
»Courage« eignet sich besonders für Schulen und Jugendgruppen. Altersempfehlung ab 12 Jahren. Spieldauer: 60–90 Minuten. [www.amnesty.de/courage](http://www.amnesty.de/courage)

Foto: Amnesty



# SKIZZIERT: HASS IM NETZ

Viele Menschen beteiligen sich aus Angst vor Hass nicht mehr an politischen Diskussionen im Internet – das bedroht die Meinungsvielfalt, wie eine aktuelle Studie zeigt. Die Online-Plattformen müssen mehr Verantwortung übernehmen, fordert Amnesty seit Jahren.



Quelle: Kompetenznetzwerk Hass im Netz

## BESSER MACHEN: SCHWANGERSCHAFTS- ABBRÜCHE RAUS AUS DEM STRAFGESETZBUCH

In Deutschland sind Schwangerschaftsabbrüche seit der Kaiserzeit verboten. Während in der DDR Abtreibungen nicht grundsätzlich verboten waren, kriminalisiert das gesamtdeutsche Strafrecht weiterhin das Beenden einer ungewollten Schwangerschaft.

»Werden Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe gestellt oder nur in bestimmten Ausnahmefällen erlaubt, werden verschiedene Menschenrechte stark beschnitten – insbesondere das Recht auf körperliche Selbstbestimmung. Das stellen Menschenrechtsgremien seit 20, 30

Jahren immer wieder klar. Denn niemand sollte gezwungen werden, eine Schwangerschaft gegen den eigenen Willen zu Ende zu führen«, sagt Katharina Masoud, Amnesty-Expertin für Geschlechtergerechtigkeit.

In Deutschland hingegen ist eine Abtreibung nur unter bestimmten Bedingungen straffrei. Dies wird vom UN-Frauenrechtsausschuss kritisiert. Im Mai 2023 empfahl er Deutschland, sich an den Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation zu orientieren und Schwangerschaftsabbrüche vollständig zu entkriminalisieren,

also außerhalb des Strafgesetzbuchs zu regeln. Ungewollt Schwangere sollten zudem weder einer obligatorischen Beratung noch einer Wartezeit unterworfen werden.

Im April stellte eine von der Bundesregierung beauftragte Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung ihre Empfehlungen vor. »Nun muss der Bundestag endlich die Gesetzgebung mit menschenrechtlichen Standards übereinbringen und selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafgesetzbuch streichen«, fordert Masoud.

### RUSSISCHE KÜNSTLERIN FREILASSEN!

Die russische Künstlerin Aleksandra Skochilenko (s. a. Seiten 56 bis 59) hat mit einer kreativen Aktion gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine protestiert. Nun sitzt sie unter schrecklichen Bedingungen in Haft, ihre Gesundheit ist in Gefahr. Aleksandra drohen bis zu zehn Jahre Gefängnis. Setz dich für sie ein: Schreib den russischen Behörden und fordere sie auf, Aleksandra Skochilenko sofort freizulassen und alle Anklagen gegen sie fallen zu lassen.

## KLICKEN FÜR AMNESTY

[WWW.AMNESTY.DE/MITMACHEN/PETITIONEN](http://WWW.AMNESTY.DE/MITMACHEN/PETITIONEN)



# »Männliche Gewalt gegen Frauen ist nicht naturgegeben«

Die Familienrechtsanwältin **Asha Hedayati** vertritt Frauen, die von Gewalt in der Partnerschaft betroffen sind. Sie kritisiert, dass der Staat die Frauen alleinlässt.



Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist im Interesse aller: Demonstration in Berlin, 2019.

Foto: Nadja Wohlleben / laif

### **Das Private ist politisch – wie zeigt sich das in Ihrer Arbeit?**

Wir müssen die liberale Erzählung hinterfragen, im Kontext von Familie oder Partnerschaft seien alle Entscheidungen privat. Bekommt in Deutschland eine Frau mit einem Mann ein Kind, macht sie oft unbezahlte Sorgearbeit und wird von ihm wirtschaftlich abhängig. Diese Dynamik wird durch materielle Ungleichheit, gesellschaftliche Erwartungen und Strukturen stark gefördert. Die Abhängigkeiten führen dazu, dass sich Betroffene deutlich schwerer aus Gewaltbeziehungen befreien können. Daher ist es abwegig, von privaten Entscheidungen zu sprechen.

### **Um welche Formen der Gewalt geht es?**

Viele stellen sich sichtbare körperliche Gewalt vor. Gewaltformen, die keine sichtbaren Verletzungen hinterlassen, sind jedoch nicht weniger zerstörerisch und gesundheitsschädigend. Psychische Gewalt, wie Demütigung, Herabwürdigung und Isolation von der sozialen Umgebung, ist subtiler und schwerer nachzuweisen. Sexualisierte Gewalt hat eine hohe Dunkelziffer, weil sich die Betroffenen schämen. Gerade im partnerschaftlichen Kontext sagen Betroffene nicht immer Nein, wenn Gewalt droht. Aber Konsens entfällt schon in dem Moment, in dem es keinen sicheren Raum für ein Nein gibt. Wirtschaftliche Gewalt ist vielleicht am unsichtbarsten und wirkmächtigsten. Sie zeigt sich, wenn Männer deutlich mehr Geld verdienen und die Macht über alle Ausgaben haben.

### **Wie reagieren staatliche Institutionen auf gewaltbetroffene Frauen?**

Als Familienrechtsanwältin habe ich viel mit Familiengerichten und Jugendämtern zu tun. Dort gibt es zum Beispiel ein großes Problem bei Umgangsverfahren. Wenn sich eine gewaltbetroffene Frau trennt und mit ihrem Kind in ein Frauenhaus flüchtet, stellt der Vater häufig einen Umgangsantrag. Familiengerichte berücksichtigen die Gewalt des Ex-Partners oft nicht. Sie sehen nicht, dass die Gewalt nach der Trennung in der Regel massiver wird. So setzt das Gericht die Gewalt mitteilbar fort.

### **Welche menschenrechtlichen Pflichten hat der Staat?**

Deutschland hat eine bindende menschenrechtliche Verantwortung, die sich aus der Istanbul-Konvention ergibt – dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Ein gewaltfreies Leben ist ein Menschenrecht.

Doch wird dieses Recht in vielen Bereichen nicht gewährleistet: Frauenhausplätze fehlen. Sorge- und Umgangsrechtsverfahren berücksichtigen Partnerschaftsgewalt nicht. Es gibt dazu keine verpflichtenden Fortbildungen für die relevanten Berufsgruppen – insbesondere für Richter\*innen. In Täterarbeit wird kaum investiert.

### **Wie trägt der Paragraf 218 zur Gewalt gegen Frauen bei?**

Deutschland behandelt Schwangerschaftsabbrüche als strafbares Unrecht. Ausnahmen sind nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Mit dieser Regelung kann der Staat eine Schwangere theoretisch dazu zwingen, gegen ihren Willen Kinder zu gebären. Das ist eine Verletzung der UN-Frauenrechtskonvention, die vorschreibt, Schwangerschaftsabbrüche zu entkriminalisieren und den Zugang zu medizinisch sicheren Abbrüchen zu gewährleisten. Die Beratungsregeln nehmen Schwangeren das Selbstbestimmungsrecht. Es geht um Macht und Kontrolle über weiblich definierte Körper.

### **Welche Rolle spielt Mehrfachdiskriminierung bei Betroffenen?**

Gewalt gegen Frauen gibt es in allen sozialen Schichten. Aber bestimmte Personengruppen sind deutlich schlechter geschützt: Im gesellschaftlichen Diskurs werden zum Beispiel trans Frauen häufig als Gefahr für alle anderen Frauen dargestellt, obwohl kein Fall von Gewalt gegen Frauen in Frauenhäusern durch trans Frauen bekannt ist. Geflüchtete Frauen sind aufgrund gesetzlicher Regelungen häufig an Landkreise gebunden und können deshalb nicht so leicht in einem Frauenhaus andernorts unterkommen. Für behinderte Frauen gibt es kaum barrierefreie Frauenhausplätze. Und migrantische Frauen, deren Aufenthalt von der Ehe mit ihrem deutschen Ehemann abhängt, können sich nur schwer trennen, ohne ihre Aufenthaltserlaubnis zu gefährden.

### **Wie können gewaltbetroffene Frauen besser geschützt und unterstützt werden?**

Für eine effektive Bekämpfung von geschlechtsbezogenen Ungleichheiten und Abhängigkeiten brauchen wir Maßnahmen, die allen Frauen helfen: Das reicht von umfassender staatlicher Unterstützung für Sorgearbeit bis hin zu einer besseren Bezahlung und konsequenter Armutsbekämpfung. Einzelne Reformen reichen nicht. Wir müssen uns Systemfragen stellen mit fundamentalen, ja sogar revolutionären Visionen und Veränderungen für eine gerechte Gesellschaft.

**»Ziel ist eine Gesellschaft ohne Angst und Ausbeutung.«  
Asha Hedayati**

Wir könnten jetzt schon damit beginnen, alle Berufsgruppen, die mit Gewaltbetroffenen arbeiten, zu Fortbildungen zu verpflichten, mehr in präventive Täterarbeit zu investieren und zu begreifen, dass männliche Gewalt nicht naturgegeben ist.

### **Warum ist es wichtig, Menschenrechte und Frauenrechte zusammen zu denken?**

Unser gemeinsames Ziel ist ein Ende jeder Unterdrückung – eine freie Gesellschaft, in der alle ohne Angst und Ausbeutung leben können. Weil die Diskriminierung der Frau in so vielen Unterdrückungsformen eine Rolle spielt, muss sie immer mitgedacht werden. Genau wie wir im Kampf für Frauenrechte andere Formen der Unterdrückung, wie Rassismus und Armut, mitdenken müssen. Tun wir das nicht, werden Lösungen präsentiert, die nur wenigen helfen.

### **Wie kann der Druck auf staatliche Institutionen erhöht werden?**

Dazu ist eine starke Zivilgesellschaft äußerst wichtig. In Spanien und Frankreich gehen nach Femiziden teilweise Tausende auf die Straße – das stiftet Hoffnung. Es reicht nicht, wenn sich nur Frauen engagieren. Bei der feministischen Revolution im Iran demonstrieren auch viele Männer, die deswegen inhaftiert, gefoltert oder hingerichtet werden. Diese Männer verstehen, dass eine Gesellschaft nur wirklich frei ist, wenn alle in ihr frei sind. Alle totalitären, faschistischen Ideologien eint das Motiv der Frauenunterdrückung. Deswegen müssen auch Männer in Deutschland begreifen, dass sie gegen Gewalt an Frauen laut und aktiv werden müssen – vor allem angesichts des Erstarkens rechter Ideologien. ♦

Die Rechtsanwältin **Asha Hedayati** arbeitet seit über zehn Jahren im Bereich Familienrecht und vertritt vor allem gewaltbetroffene Frauen. Im September 2023 erschien ihr Buch »Die stille Gewalt. Wie der Staat Frauen alleinlässt«.

Foto: Heike Steinweg



# Kulturell sensibel

Der weibliche Körper und Sexualität sind in Ägypten und anderen arabischen Ländern Tabuthemen. Das gefährdet die Gesundheit von Frauen. Ein Gesundheitszentrum in Kairo bietet daher neben gynäkologischer Versorgung auch sexuelle Aufklärung.

Von Hannah El-Hitami

**W**er seinen Körper nicht kennt, kann ihn auch nicht gesund erhalten. Deshalb beginnt die Behandlung von Patientinnen in der Motherbeing Clinic in Kairo mit einer kleinen Sexualekunde: »Body Basics« heißt das Dokument, das Mädchen und Frauen vor ihrem Besuch zugeschickt bekommen. Darin werden Brust und Vulva beschrieben und die Vielfalt der Erscheinungsformen betont: »Alles ist normal, alles ist schön.« Erklärt wird, wie Eierstöcke und Uterus funktionieren, was die Klitoris ist und dass sie viel größer ist als viele denken. Das Dokument stellt fest, dass Vaginen nicht nach Vanille und Rosen riechen müssen, erläutert aber auch, welche Gerüche Grund zur Sorge sind und bei welchen Symptomen ein Besuch bei der Frauenärztin sinnvoll ist. Ziel ist es, der Patientin das notwendige Wissen zu vermitteln, »um die richtigen Fragen zu stellen und die Diagnose zu verstehen«.

Motherbeing ist anders als die üblichen gynäkologischen Praxen in Ägypten und weltweit. Denn bei Motherbeing ist sexuelle Aufklärung fester Bestandteil der Behandlung. Ihre eigene Gewalterfahrung bei der Geburt ihrer Tochter inspirierte die Gründerin Nour Emam dazu, Frauen über ihre Körper, ihre Gesundheit und ihre sexuellen Rechte aufzuklären. Sie tat das zunächst jahrelang nur auf Instagram. Anfang 2023 wagte Emam den nächsten Schritt und eröffnete ein Frauengesundheitszentrum in Kairo. Dort will sie alles anders machen als konventionel-

le gynäkologische Praxen. Patientinnen berichteten ihr, dass ihnen Eingriffe teils nicht vorab erklärt oder Untersuchungsgeräte ohne ihre Zustimmung eingeführt worden seien.

In der Motherbeing Clinic sind alle Räume mit gemütlichen Sofas ausgestattet und in warmen Farben gestaltet. Nach der medizinischen Untersuchung können Patientinnen mit einer Pflegekoordinatorin in Ruhe offene Fragen und weitere Schritte besprechen. Das 26-köpfige Team mit den drei Ärzt\*innen bietet vom Aufklärungsgespräch über postnatale Versorgung bis hin zu kleineren Eingriffen eine umfassende gynäkologische Versorgung. »Von der Terminbuchung an nehmen wir die Patientinnen an der Hand«, sagt die Direktorin der Einrichtung Nadine El-Borollossy. Ein wichtiges Prinzip lautet: Keine Frau wird hier komisch angesehen oder verurteilt, weil sie zum Beispiel sexuell aktiv, aber unverheiratet ist, oder gegen andere konservative Regeln verstößt. Denn, so die Überzeugung bei Motherbeing, die Tabuisierung des weiblichen Körpers und der weiblichen Sexualität in Ägypten und anderen arabischen Ländern hat zu viel Unwissen geführt.

Emam bekämpft mit ihrer Arbeit eine lange Liste irriger Annahmen: Das Hymen ist ein Zeichen für Jungfräulichkeit? Falsch. Schmerzhaftes Perioden bedeuten höhere Fruchtbarkeit? Falsch. Wer einmal per Kaiserschnitt geboren hat, muss dabei bleiben? Falsch. Weil es weder in der Familie noch in der Schule sexuelle Aufklärung gebe, »müssen wir Frauen unsere Gesundheit durch jede Menge Vorurteile und Falschinformation navigieren«, erklärt die 31-jährige Ägypterin. Die studierte Musikerin mit Nasenpiercing und ver-

spielten Tattoos arbeitete jahrelang als DJ und Produzentin – bis die Geburt ihrer Tochter 2019 zum traumatischen Wendepunkt in ihrem Leben wurde. Ohne Grund hätten die Ärzte viel zu früh die Wehen eingeleitet. Als dies nicht zum Erfolg führte, nahmen sie einen Kaiserschnitt vor. »Das fühlte sich an, als sei mir etwas sehr Kostbares genommen worden.«

## Kostenlose Aufklärung im Netz

Gewalt in der Geburtshilfe ist ein weltweites Phänomen. Falsche Informationen, Unwissen und Scham führen dazu, dass viele Frauen ihre Bedürfnisse nicht durchsetzen können. Es kommt vor, dass Ärzt\*innen gegen den Willen der Patientin oder ohne Betäubung Eingriffe vornehmen, sie respektlos behandeln oder vernachlässigen. Wie im Fall von Emam: Obwohl sie sich intensiv auf die Geburt vorbereitet hatte, war sie im entscheidenden Moment machtlos. Nachdem ihre Tochter auf der Welt war, fiel sie in eine tiefe Depression. Während dieser Zeit stieß sie auf den Beruf der Doula, einer persönlichen Schwangerschafts- und Geburtsbegleiterin. Kurzerhand absolvierte sie eine Online-Ausbildung bei einem kanadischen Anbieter.

Danach begann Emam, unter dem Na-

*In der Praxis heißt es  
»Hochzeitsnacht«  
statt »erstes Mal«,  
»Ehemann« statt  
»Partner«.*



**Gründete die Frauenpraxis nach einer traumatischen Geburtserfahrung: Nour Emam.**

Foto: Heba Khamis / The New York Times / Redux / laif

men Motherbeing Videos auf Instagram zu posten, um ihre Arbeit zu bewerben und sich für die Rechte von Frauen während Schwangerschaft und Geburt starkzumachen. Schnell bemerkte sie, dass viele ihrer Followerinnen keine werdenden Mütter waren, sondern Mädchen und junge Frauen, die Fragen zu ihrem Körper hatten. »Reproduktive Gesundheit ist keine Momentaufnahme, sondern ein Spektrum«, wurde Emam klar. »Um eine positive Geburtserfahrung zu haben, muss man lange vorher aufgeklärt werden.«

Und so startete sie im ersten Pandemiejahr 2020 Online-Kurse zu Menstruation, Sex und Verhütungsmethoden. Zeitgleich erfasste die arabische »MeToo«-Bewegung Ägypten, nachdem Dutzende junge Frauen in den Online-Netzwerken sexuelle Übergriffe öffentlich gemacht hatten. »Es ging vor allem um sexuelle Belästigung, aber Motherbeing wurde zu einer der führenden Stimmen für sexuelle und reproduktive Rechte«, erinnert sich Emam. Im März hatte Motherbeing mehr als 660.000 Follower\*innen auf Instagram.

Weil Motherbeing eine private Einrichtung ist, können sich die meisten Ägypterinnen eine Behandlung dort

nicht leisten, das ist den Mitarbeiter\*innen klar. »Wir würden gerne pro bono arbeiten oder subventionierte Behandlungen anbieten«, sagt El-Borollossy. Doch bisher fehlen ihnen die Mittel. Immerhin macht Motherbeing einen Großteil des Aufklärungs- und Behandlungsangebots online zugänglich: kostenlos auf Instagram, wo das Team regelmäßig Informationsvideos postet und Fragen beantwortet. Und zu günstigen Preisen auf der Website, wo Frauen an Kursen teilnehmen, Ratgeber bestellen oder sich ärztlich beraten lassen können.

Die Online-Sprechstunde ermöglicht auch jenen Patientinnen den Zugang, die ihre Eltern nicht von einem Besuch überzeugen können: »In unserer Kultur ist es nicht üblich, dass unverheiratete Frauen zur Vorsorge gehen«, sagt El-Borollossy. Deren Gesundheit werde normalerweise ausgeblendet, kritisiert auch Emam: »Manche Mädchen leiden jahrelang an Infektionen, weil ihre Eltern sie nicht zum Frauenarzt bringen.« Die digitale Konsultation ist niedrigschwelliger. Junge Frauen können, wenn nötig, die Kameras ihres Geräts abschalten oder nur per Chat eine der drei Ärzt\*innen um Rat fragen. Außerdem ist das digitale Angebot auch

für Frauen außerhalb Kairo und in Nachbarländern zugänglich.

Motherbeing geht es nicht nur um weibliche Gesundheit, sondern auch um ein selbstbestimmtes Sexualleben. Darüber öffentlich aufzuklären, ist in Ägypten eine Herausforderung. »Konservative warfen uns vor, dass wir Mädchen zu sexueller Freizügigkeit ermutigten«, sagt Emam. Seit mit Praxisgründung auch Ärzt\*innen zum Team gehörten, sei es einfacher – die Arbeit stehe nun in einem medizinischen Kontext. Und sie haben sich angepasst: »Wir müssen sensibel dafür sein, wie die meisten Frauen hier aufgewachsen sind«, sagt Emam. Anfangs habe sie sich darüber geärgert, nicht offen sprechen zu können, doch dann habe sie verstanden, dass sie mit einer behutsameren Wortwahl viel mehr Menschen erreichen könne. Zum Beispiel sprechen sie und ihre Kolleg\*innen von der »Hochzeitsnacht« statt dem »ersten Mal«, sie sagen »Ehemann« statt »Partner«. »Dafür können wir jetzt offen über Sex und Intimität sprechen und darüber, dass Frauen ein Recht auf sexuelle Lust haben.« ♦

# Künstliche Intelligenz lässt schuften



Die menschliche Intelligenz hinter der künstlichen: Remotasks-Beschäftigte in Cagayan de Oro, November 2023.

**Auf der philippinischen Insel Mindanao bereiten mehrere Zehntausend IT-Beschäftigte Milliarden von Daten für KI-Anwendungen auf – unter prekären Arbeitsbedingungen. Text und Bilder von Théophile Simon**

**D**as fünfstöckige Gebäude an der Ecke der Pabayo Street im Zentrum von Cagayan de Oro, einer Großstadt im Süden der Philippinen, sieht auf den ersten Blick wie jedes andere aus: Einklemmt zwischen zwei anderen baufälligen Gebäuden, hat es eine seelenlose weiße Fassade, von der die Farbe abblättert, und dicke Jalousien, die vor der tropischen Sonne schützen. Für Passant\*innen ist es schwer vorstellbar, dass dieses anonyme Gebäude eine Rolle im weltweiten Wettlauf um die künstliche Intelligenz spielt.

Sobald man den Sicherheitsposten am Eingang passiert hat, findet man sich in einer Art menschlichem Bienenstock wieder. Dutzende fensterlose Räume, die durch Digidocs – elektronische Türschlösser mit Zahlencodes – geschützt

sind, wurden mit möglichst vielen Computern vollgestellt. Hunderte junge Leute arbeiten hier emsig unter dem strengen Blick der Aufsichtspersonen. Über die Bildschirme laufen lange Reihen von Computercodes, die auf der gegenüberliegenden Seite des Pazifiks vorbereitet wurden – entwickelt in den Büros von Google, Apple, Amazon, OpenAI und anderen multinationalen Unternehmen des Silicon Valley.

Die Informatiker\*innen in Cagayan de Oro arbeiten unter Hochdruck: Sie müssen ihren Anteil an Daten so schnell wie möglich analysieren und dann in Software umwandeln. Im Fachjargon heißt das, die Daten werden »annotiert«: Relevante Informationen und Metadaten in einem Datensatz werden mit Labels oder Tags versehen, damit Maschinen sie verstehen können. Anschließend werden die Daten in die USA zurückgeschickt. Denn um ihre Algorithmen trainieren zu können, benötigen die Big-Tech-Konzerne

riesige Mengen solcher annotierter Daten. Ohne diese Annotationen würde ChatGPT nur Unsinn von sich geben, selbstfahrende Autos würden nicht an der roten Ampel anhalten, und die Entwicklung von Smartphones würde stark gebremst werden.

## Großer Datenhunger

In den tristen Räumlichkeiten auf den Philippinen wird Tag und Nacht gearbeitet, sieben Tage die Woche. »Ich komme von Montag bis Samstag jeweils um sechs hierher, manchmal auch am Sonntag«, sagt der 23-jährige Kieffer. Der schlanke junge Mann holte sich gerade ein paar Fleischspieße auf der gegenüberliegenden Straßenseite. An seinen Arbeitsplatz zurückkehrt, sagt er: »Wir arbeiten im Dreischichtbetrieb: Eine Schicht arbeitet morgens, eine nachmittags und eine nachts, jeweils mit einer halben Stunde Mittagspause.« Insgesamt sind es rund 1.000 Arbeiter\*innen, die sich hier abra-



ckern. In dem Raum, in dem Kieffer seinen Platz hat, drängen sich etwa 20 seiner Kolleg\*innen auf 15 Quadratmetern.

Ein grün-weißes Logo in einer Ecke ihres Bildschirms verrät, wer ihr Arbeitgeber ist: Remotasks, eine Tochtergesellschaft des amerikanischen Start-up-Unternehmens ScaleAI. Das Unternehmen wurde 2016 in San Francisco von Alexandr Wang gegründet, einem Genie des berühmten Massachusetts Institute of Technology. ScaleAI hat sich darauf spezialisiert, weltweit führende KI-Unternehmen mit Daten zu versorgen. Der Markt für Datenannotationen insgesamt wird sich bis zum Ende des Jahrzehnts voraussichtlich verzehnfachen und auf mehr als acht Milliarden Euro ansteigen.

Um den unersättlichen Datenhunger des Silicon Valley zu stillen, hat Remotasks ein Netzwerk von rund 240.000 Mitarbeiter\*innen in mehreren Ländern des globalen Südens aufgebaut. Ein Großteil von ihnen lebt in den Philippinen. Das Herzstück dieses Netzwerks ist eine Online-Plattform, über die die zu annotierenden Daten in alle Ecken der Welt verteilt werden. Jeder dieser »Tasker« – wie sie bei Remotasks genannt werden – wird zunächst in einem Büro wie in Cagayan de Oro ausgebildet, bevor er nach Hause zurückkehrt, um im Homeoffice zu arbeiten.

Keine der bei Remotasks beschäftigten Personen hat einen Arbeitsvertrag. Die Gehälter werden über den Online-Bezahldienst PayPal außerhalb des nationalen Bankensystems ausgezahlt. Die Arbeitsplätze existieren somit rechtlich gar nicht. »Mindestens 10.000 Menschen wurden allein in Cagayan de Oro ausgebildet. Auf dem Papier sind diese Leute unabhängige Subunternehmer\*innen. Aber sie haben einen Vorgesetzten, Bürozeiten und sogar Zeitfenster für die Mit-

tagspause. Das ist schlicht und einfach Ausbeutung«, sagt ein ehemaliger Remotasks-Manager aus den Philippinen, der selbst Tausende dieser Leute ausgebildet hat.

### Zwölf Stunden, sieben Tage

Auch der 27-jährige Cheiro ist Teil des Heeres billiger Arbeitskräfte, denen nichts anderes übrigbleibt, als zu diesen prekären Bedingungen zu arbeiten. Cheiro sitzt in seiner Blechhütte in einem der Slums von Cagayan de Oro und starrt auf einen alten Bildschirm: Er untersucht eine Wolke aus Tausenden von Punkten, die auf einer dreidimensionalen Ebene verstreut sind. Er stellt das Ganze einem Foto gegenüber, das in San Francisco vom Armaturenbrett eines fahrenden Autos aus aufgenommen wurde. Cheiro wählt bestimmte Anhäufungen der Punkte aus und notiert ihre geometrischen Koordinaten in einer Software.

Jeder dieser Punkte bildet die Reflexion des Laserlichts ab, das das selbstfahrende Auto auf seine Umgebung projiziert. »Ich muss die Formen identifizieren, um dem Fahrzeug zu helfen, ein anderes Auto von einem Fußgänger, einen Baum von einem Schild oder ein Tier von einem Gebäude zu unterscheiden. Ich wiederhole diese Aufgabe etwa zwölf Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, oft nachts«, sagt er. »Wenn ich es richtig verstehe, werden diese Daten eines Tages dazu führen, dass künstliche Intelligenz die Fahrer ersetzt«, sagt er.

Unweit von Cheiros Hütte sitzen Junbee und John-Henry, zwei Männer in den Zwanzigern, in einem Internetcafé, weil sie keinen eigenen Computer besitzen. Sie arbeiten an Fotos von Lebensmitteln. »Wir schneiden die Umrisse jedes Lebensmittels aus, bevor wir es in Software ein-

**»Ich habe null sozialen Schutz, aber ich habe keine andere Wahl.«**  
KI-Arbeiter Junbee

mitteln zu identifizieren. Indem wir diese Aufgabe Tausende Male wiederholen, bringen wir der Maschine bei, die Objekte selbstständig zu erkennen. Diese Technologie ist bereits in die neuen iPhones eingebaut«, erklärt John-Henry und klickt auf ein Foto von hartgekochten Eiern, die neben Müsliriegeln liegen.

### Acht Dollar pro Tag

»Ich arbeite seit fast vier Jahren sieben Tage die Woche für Remotasks. Ich verdiene etwa acht Dollar pro Tag, bei zehn bis zwölf Stunden täglicher Arbeit. Das ist weniger als der gesetzliche Mindestlohn. Ich habe null sozialen Schutz, aber ich habe keine andere Wahl. In dieser Ecke der Philippinen gibt es nur sehr wenige Arbeitsplätze«, sagt Junbee. »Die andere Möglichkeit wäre, Drogen zu verkaufen. Ich will aber eine Zukunft haben«, fügt John-Henry hinzu, dessen Eltern gerade mehrere Jahre wegen Drogenhandels im Gefängnis saßen. Die Arbeiter\*innen auf den Philippinen könnten bald ihre Jobs verlieren: Remotasks hat vor Kurzem Büros in Nigeria und Venezuela eröffnet, wo die Arbeitskräfte noch billiger sind. Künstliche Intelligenz ist zwar eine neue Technologie, aber die Ausbeutung von Arbeitskräften, die für ihre Entwicklung notwendig sind, ist nichts Neues. ♦

**Bereiten Daten auf für weniger als den Mindestlohn: Cheiro (ganz links), Junbee (rechts hinten) und John-Henry (rechts vorne).**



# »Mein Schmerz wird nicht durch Krieg gelindert«

Am 7. Oktober 2023 töteten Hamas-Kämpfer mehr als tausend Menschen in Israel, darunter die prominente Aktivistin Vivian Silver. Sie engagierte sich jahrzehntelang für Frieden zwischen Israelis und Palästinenser\*innen und in der humanitären Hilfe für Gaza. Ihr Sohn **Yonatan Zeigen** führt ihre Arbeit weiter.

Interview: Hannah El-Hitami

**Bei dem Massaker am 7. Oktober wurde auch Ihre Mutter Vivian Silver getötet. Seither tragen Sie ihre Botschaft weiter. Welche Botschaft ist das?**

Ganz einfach, die Botschaft ist Frieden. Das mag wie ein naiver Traum klingen, ist aber pragmatisch. Wir brauchen Frieden und müssen ihn erreichen.

**Was steht dem im Wege?**

Das einzige Hindernis ist, dass wir in Israel den Frieden nicht wollen. Es ist nicht so, dass wir ihn nicht wollen, weil er zu kompliziert ist, sondern er ist kompliziert, weil wir ihn nicht wollen. Ich versuche also, möglichst viele Menschen dazu zu bringen, Frieden zu wollen.

**Warum wollen Menschen keinen Frieden?**

Nun, es gibt persönliche Gründe wie Vertrauensprobleme. Das ist das Ergebnis von Jahren der Entmenschlichung auf beiden Seiten. Darüber hinaus sehe ich einen religiösen und ideologischen Einfluss, der die Beziehungen zwischen jüdischen und palästinensischen Menschen prägt: Es gibt Fundamentalismus auf beiden Seiten. Fundamentalismus braucht bestimmte Bedingungen, um zu wachsen, und in diese Bedingungen investiert Israel leider seit Langem. Wenn es keine Hoffnung für eine gute Zukunft gibt, grei-

fen Menschen auf Religion zurück oder auf Ideologien. Extremisten auf beiden Seiten gestalten den Diskurs und die politische Realität. Aber wenn wir die Voraussetzungen verändern, dann verlieren die fundamentalistischen Positionen an Wirkung auf die Menschen. Frieden nicht zu wollen, heißt auch, nicht zu wissen, wie er überhaupt aussehen soll.

**Was muss passieren, damit der Krieg endet?**

Diese kindische Idee, die Hamas auszulöschen, ist nicht konstruktiv. Wir brauchen sofort einen Waffenstillstand mit einem Deal für die Geiseln. Das muss der erste Schritt eines international orchestrierten Friedensprozesses sein. Ich glaube leider nicht daran, dass die Menschen vor Ort bald ihre Meinung ändern werden. Darum ist es wichtig, dass die Regierungen der Welt sich mehr einbringen. Israel und Palästina brauchen Hilfe von außen, um eine nachhaltige Lösung zu finden. Damit wir mitmachen, muss es Anreize und Bedingungen geben.

**Was fordern Sie von der deutschen Regierung?**

Von Regierungen, vor allem so einflussreichen wie der deutschen, erwarte ich, dass sie eine internationale Taskforce für Frieden aufbauen und dafür sorgen, dass Geld nach Israel und nach Palästina gelangt. Wir brauchen eine mutige Politik mit einer Vision. Dass Deutschland so aufgeklärt und fortschrittlich ist und diese israelische Regierung trotz Besatzung

und ethnischer Säuberung bedingungslos unterstützt, ist irre.

**Was kann die Zivilgesellschaft tun?**

Die internationale Zivilgesellschaft sollte aufhören, unseren Konflikt in ihre Länder zu importieren und stattdessen Lösungen für uns exportieren. Sie sollen nicht für die eine oder andere Seite demonstrieren, sondern gemeinsam für Frieden. Die Welt ist vom Kolonialismus geprägt worden, und auch Israel entstand in einem kolonialen Kontext. Aber jetzt müssen wir in die Zukunft blicken. Wir müssen die Opfer anerkennen und zugleich eine Zukunft für und mit allen Beteiligten schaffen.

**Ihre Mutter hat sich für das friedliche Zusammenleben von jüdischen und arabischen Menschen eingesetzt. Sie fuhr unter anderem Patient\*innen aus Gaza zur Behandlung in israelische Krankenhäuser. Wie war es, als Sohn einer Friedensaktivistin aufzuwachsen?**

**»Die internationale Zivilgesellschaft sollte nicht für die eine oder andere Seite demonstrieren, sondern gemeinsam für Frieden.«  
Yonatan Zeigen**



Da hoffte er noch: Jonathan Zeigen hält ein Plakat mit dem Bild seiner Mutter, der Friedensaktivistin Vivian Silver. 6. November 2023. Foto: Debbie Hill/UPI/laif

Ich bin mit einer Mutter aufgewachsen, nicht mit einer Friedensaktivistin. Aber das Thema war immer da. Ihr moralischer Kompass hat mich und meine Weltsicht geprägt. Sie hat mir nicht gesagt, dass dies oder jenes richtig oder falsch wäre. Sie hat ihr Leben gelebt und war dadurch ein Vorbild für mich. Sie hatte immer Beziehungen zu arabischen und palästinensischen Menschen, obwohl das überhaupt nicht selbstverständlich war. Sie hat mich und meinen Bruder als Teenager mit nach Gaza genommen. Das waren einzigartige Erlebnisse. Als sie in Rente ging, gab es einen Moment, wo sie dachte, sie würde einfach Oma sein. Aber sofort begann sie sich bei den Friedens- und Hilfsorganisationen Women Wage Peace und Road to Recovery zu engagieren.

#### Was hat sie motiviert?

Sie hatte den Drang, mit der Welt zu interagieren und sie zum Besseren zu verän-

dern. In Israel ist man automatisch mit dem Konflikt, der Besatzung und der Diskriminierung konfrontiert. Als sie in dieses Land kam, war es natürlich für sie, sich zu engagieren. Sie lebte in Be'eri, direkt an der Grenze zu Gaza. Dort erlebte sie die Spannung des Konflikts unmittelbar. Und wenn sie Spannungen spürte, dann engagierte sie sich. So war sie.

#### Wird der Tod Ihrer Mutter und anderer missbraucht, um Krieg zu legitimieren anstatt, wie sie, Frieden zu fordern?

Natürlich. Man kann das nicht verhindern, aber gegenhalten. Wir müssen den Menschen klar machen, dass dieser Krieg und die Situation, in der es überhaupt zu Geiselnahmen kommt, das Ergebnis unserer Realität hier ist. Manchmal wird mir mitten am Tag übel, weil Menschen in Gaza hungern. Oder weil ich darüber nachdenke, wie meine Mutter wohl getö-

Yonatan Zeigen (35) wuchs als Sohn der Friedensaktivistin Vivian Silver im Kibbuz Be'eri auf. Nach ihrer Ermordung durch die Hamas kündigte er seinen Job als Sozialarbeiter und wurde zum Vollzeit-Friedensaktivisten. Zeigen lebt mit seiner Frau und drei Kindern in Tel Aviv.

tet wurde. Wenn wir Israelis eine andere Realität wollen, dann müssen wir unser Verhalten ändern. Das bedeutet, nach Diplomatie zu streben, anstatt die militärische Option zu nutzen. Wenn wir am 7. Oktober an der Grenze innegehalten und miteinander gesprochen hätten, dann wären die Geiseln heute bei uns und wir hätten einen Friedensprozess. Dass die israelische Bevölkerung das aufgrund ihres eigenen Traumas nicht konnte, schafft jetzt nur neue Traumata.

#### Sie und andere israelische Friedensaktivist\*innen haben am 7. Oktober geliebte Menschen verloren. Wie schaffen Sie es, trotzdem weiterhin Frieden statt Rache zu fordern?

Das werde ich oft gefragt. Diese Frage geht davon aus, dass das anstrengend für mich wäre. Das ist es jedoch nicht. Ich denke einfach so. Ich kann Wut fühlen, Trauer, Verzweiflung, vielleicht auch Rachsucht. Meine Gefühle und mein Verstand sind aber nicht dasselbe, auch wenn sie sich gegenseitig beeinflussen. Wenn ich Schmerz empfinde, überlege ich, wie ich mit diesem Schmerz umgehe. Dafür benutze ich meinen Verstand. Wird mein Schmerz gelindert durch mehr Leid und Krieg? Zweifellos nicht. Die einzige Art, meinen Schmerz zu heilen und ihm eine Bedeutung zu geben, ist eine Situation zu schaffen, in der er sich nicht wiederholt. Das ist nur durch Frieden möglich. Das ist der einzige Weg. Niemals werden Israelis sicher sein, wenn sie im Krieg sind. Und Palästinenser\*innen werden niemals frei sein ohne Frieden.

#### Der Frieden scheint weiter entfernt denn je. Wie schaffen Sie es, nicht die Hoffnung zu verlieren?

Es gibt keine Alternative. Ich kann nicht zurück in die Illusion eines normalen Alltags. Hoffnung bekomme ich durch Gespräche und Treffen mit anderen Leuten, die Veränderung wollen. Und meine Mutter hat mir immer gesagt, dass die Dinge dynamisch sind. Veränderungen scheinen manchmal spontan, aber in Wirklichkeit sind sie das Ergebnis deiner Arbeit. Du legst die Grundsteine und plötzlich siehst du, dass etwas daraus entstanden ist. ♦



**ARTIKEL 9**

**Je mag niet zomaar worden opgesloten of het land worden uitgezet**

*De enige die dat kan en mag beslissen is een rechter.*

**10**

**Je recht moet staan, heb je recht met een eerlijke en openbare rechtszaak met een onafhankelijke en onpartijdige rechter**

*De rechter moet zonder vooroordeel naar je luisteren. Alle kanten van de zaak moeten besproken worden. Vriendjespolitiek is geen optie!*

22

**ARTIKEL 11**

**Je bent onschuldig tot het tegendeel is bewezen**

*Heb je niks misdaan? Dan heeft niemand het recht je te straffen.*

**ARTIKEL 12**

**Je hebt recht op privacy en bescherming van je goede naam**

*Je e-mails, je foto's, je berichten, je adres zijn persoonlijk en daar mag een ander niet zomaar in wroeten. Tenzij ze thuis je huis willen checken (helemaal...).*

# Klicken kann klug machen

So geht Bildung:  
Die Menschenrechte im Blick,  
in diesem Fall auf Niederländisch,  
und die Tastatur in Griffweite.

Foto: Amnesty

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, sich online zu Menschenrechten weiterzubilden. Nicht nur Anfänger\*innen finden einen Einstieg, auch Expert\*innen können noch dazulernen und sich für die tägliche Arbeit inspirieren lassen. **Von Tobias Oellig**

**D**ie Lernplattform von Amnesty International Deutschland richtet sich an die Vereinsmitglieder: Mit ihrem Mitglieder-Login haben sie Zugriff auf viele Angebote, die über Menschenrechte und aktuelle Themen informieren. Außerdem gibt es zahlreiche Anregungen, wie man aktiv werden kann. Alle Angebote sind kostenlos. Die vielfältigen Kurse kann man jederzeit und von überall starten.

Grundsätzlich gibt es drei verschiedene Formate: In den Selbstlernkursen wählt man, mit welchen Inhalten man sich in welcher Geschwindigkeit beschäftigen möchte. Eine Anmeldung ist in der Regel nicht notwendig. Für Webinare allerdings schon: Das sind Live-Veranstaltungen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt online über ein Videokonferenz-Tool als Vorlesung mit Möglichkeiten für Fragen oder als interaktiver Workshop angeboten werden. Hybride Kurse finden teils online und teils vor Ort statt: Sie verbinden digitale Selbstlernelemente mit analogen Präsenzveranstaltungen und erstrecken sich meist über einen längeren Zeitraum, wie zum Beispiel das »Training of Trainers«-Programm, das Amnesty-Regionaltrainer\*innen ausbildet. Ein aktueller Selbstlernkurs ist zum Beispiel »Aktiv auf Social Media für die Menschenrechte«, ab Sommer 2024 wird unter anderem ein Kurs über die »Autor\*innen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« angeboten.  
[training.amnesty.de](http://training.amnesty.de)

### **Amnesty's Human Rights Academy**

Um auf die thematisch sortierten Lernpakete der Amnesty's Human Rights Academy zugreifen zu können, ist eine kurze Registrierung erforderlich. Die umfangreiche Lernplattform bietet Inhalte in 29 Sprachen an – sehr viele auf Englisch, Arabisch und Spanisch. Englischsprachige Angebote gibt es zum Beispiel zu den Themen Menschenrechte und Polizeigewalt, Geschlechterdiskriminierung, globaler Waffenhandel oder Folter. Auch Lernblöcke für Familien sind im Programm. Auf Deutsch findet man derzeit zwei Kurse: ein 20-minütiges Lernpaket, das einem Rüstzeug an die Hand gibt, um mit Menschen im täglichen Umfeld über Menschenrechte zu diskutieren und sie darauf aufmerksam zu machen, wie wich-

tig es ist, Menschenrechtsverteidiger\*innen zu unterstützen. Der zweite Kurs beleuchtet, wie Corona die Menschenrechte beeinflusst: Man lernt die Verpflichtungen des Staates in Zeiten von Pandemien kennen sowie Fähigkeiten, wie man mit Menschenrechten den Herausforderungen einer Pandemie entgegenzutreten kann. Bei absolvierten Kursen erhält man Zertifikate und kann sich weltweit mit anderen Lernenden über ein Punktesystem in einer Rangliste messen.

Unter [academy.amnesty.org](http://academy.amnesty.org) oder als App im jeweiligen App-Store.

### **Edu Workout**

Das Projekt Edu Workout haben Amnesty-Mitglieder aus aller Welt ins Leben gerufen. Inzwischen haben bereits mehr als 12.000 Menschen einen Kurs auf dieser Plattform belegt. Die Module gehen sehr detailliert auf spezifische Menschenrechtsthemen ein. Anhand von interaktiven, aufwändig illustrierten Comic-Panoramen kann man sein Wissen zu verschiedenen Themen testen: etwa Versammlungsfreiheit oder Gewalt gegen Frauen. Aus welchen legitimen Gründen dürfen Behörden Proteste untersagen? Wann wird das Recht auf Versammlungsfreiheit verletzt? Welche Verpflichtungen hat der Staat, Protestierende zu schützen? Wie hängen sexuelle Gewalt und Menschenrechte zusammen? Wie sollten Staaten Vergewaltigung definieren? Welche Verpflichtungen hat der Staat, wenn Vergewaltigungsvorwürfe geäußert werden? Die Module werden in verschiedenen Sprachen angeboten, Deutsch zählt nicht dazu, dafür Russisch, Englisch, Ukrainisch, Italienisch, Rumänisch und Slowakisch. Der didaktische Zugang ist sehr interaktiv und lädt zu eigenen Reflexionen ein.  
[www.eduworkout.org/en](http://www.eduworkout.org/en)

### **Human Rights Education Associates**

Die Human Rights Education Associates (HREA) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation (NGO), die seit vielen Jahren in aller Welt Menschenrechtsbildung unterstützt. Sie arbeitet mit Einzelpersonen, anderen NGOs, zwischenstaatlichen Organisationen und Regierungen zusammen, die an der Umsetzung von Menschenrechtsbildungsprogrammen interessiert sind. Hier findet man qualitativ hochwertige Weiterbildungen auf Eng-

lisch, die kostenpflichtig sind. Die HREA und ihre Schwesterorganisation Human Rights Campus organisieren auch persönliche Schulungsworkshops und hybride Schulungen für Berufsgruppen wie Menschenrechtsverteidiger\*innen, Entwicklungshelfende, humanitäre Helfer\*innen, Pädagog\*innen, Geschäftsleute, Angehörige der Rechtsberufe, Strafverfolgungsbeamte\*innen, Sozialarbeiter\*innen, Angehörige der Gesundheitsberufe und Medizenschaffende. Auch NGO-Mitarbeitende, die sich weiterbilden möchten, finden hier spezifische Angebote und neue Impulse.

[www.hrea.org](http://www.hrea.org)

### **Institut für Menschenrechte**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte stellt vielfältige Bildungsmaterialien zu verschiedenen Themen und für unterschiedliche Altersgruppen und Bildungskontexte zur Verfügung. Die Materialien führen grundlegend in das Thema Menschenrechte ein oder beleuchten einzelne Rechte näher. Sie sind geeignet, um tiefer in bestimmte Themen einzusteigen und zum Nachdenken anzuregen. Für die schulische Menschenrechtsbildung können zahlreiche vorbereitete Module mit Arbeitsblättern genutzt werden. Sie vermitteln Grundwissen, erklären das Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen und zeigen auf, welche Rolle Menschenrechte im Alltag spielen. Darüber hinaus beleuchten sie die Bereiche Schutz vor Diskriminierung, Zugang zum Recht, Behinderung und Inklusion, Kinderrechte und Partizipation sowie Flucht und Asyl. Lehrende finden hier zahlreiche Impulse, um Bildungsaktivitäten zu gestalten. ♦

[www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/menschenrechtsbildung](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/menschenrechtsbildung)

*Unterdrückung von Protest, Gewalt gegen Frauen, Waffenhandel oder Folter: Die Themen sind vielfältig.*

# KÄMPFER MIT WORTEN

**Omar Al Shogre** überlebte drei Jahre in den Gefängnissen des syrischen Regimes. Heute spricht er weltweit über seine Erlebnisse, um eine Normalisierung des Machthabers Baschar al-Assad zu verhindern. *Von Lena Khalifa*

**W**er Omar Al Shogre heute trifft, kann sich seinen Zustand vor zehn Jahren kaum vorstellen. Der mittlerweile 28-jährige Syrer war damals schon über ein Jahr in der berüchtigten Abteilung 215 des Geheimdienstes in Damaskus inhaftiert. Wie Hunderttausende Syrer\*innen war er wegen der Teilnahme an Protesten gegen das Assad-Regime festgenommen worden, insgesamt siebenmal nahmen sie ihn mit. Seine längste Haft beim Geheimdienst und im Sednaya-Gefängnis dauerte drei Jahre. Währenddessen sah er zwei seiner Cousins sterben, litt an Tuberkulose, wurde täglich gefoltert und wog schließlich nur noch 34 Kilogramm.

Heute lebt Al Shogre in Stockholm und in Washington. Er reist um die Welt, arbeitet mit Regierungen und Strafverfolgungsbehörden zusammen und erzählt Aktivist\*innen und Interessierten aus der Zivilgesellschaft von seiner Zeit als politischer Gefangener in Syrien. Vom Jugendlichen, der die Haft knapp überlebte, ist er zu einem der prominentesten internationalen Sprecher im Dienste der syrischen Revolution geworden. »Meine Mitgefangenen haben mir damals gesagt: Wenn du überlebst, erzähle unsere Geschichte«, erinnert sich Al Shogre bei einem Treffen in Stuttgart. Vielleicht berühre seine Geschichte ja genug Menschen, um etwas zu verändern. »Darüber zu sprechen ist das Mindeste, was ich tun kann.«

Vielen Menschen fällt es nicht leicht, immer wieder von ihren traumatischen Erlebnissen zu erzählen. Al Shogre sieht es hingegen als glücklichen Zufall an, dass er gerne öffentlich spricht: »Ich war im Gefängnis und muss darüber berichten. Gleichzeitig genieße ich es, auf der Bühne zu stehen.« Der Aktivist ist beruflich »Speaker« – nicht nur zum Thema Syrien. Unternehmen beauftragen ihn auch, über Trauma als Antriebskraft oder Mitarbeiter\*innenführung zu reden. Darin hat er Expertise, und die merkt man ihm an: Er spricht sehr kontrolliert, wählt seine Worte mit Bedacht, stellt rhetorische Fragen und zeichnet mit seinen Worten Bilder. Wenn ein Satz nicht aufgeht, fängt er ihn lieber noch einmal von vorne an. Mit seiner klaren



Foto: Omar Al Shogre (CC BY-SA 4.0)

Ausdrucksweise und seinem gepflegten, seriösen Auftreten hat er es unter anderem in den UN-Sicherheitsrat, vor den US-Senat und in die Harvard Law School geschafft.

Doch Al Shogre kämpft nicht nur mit Worten für eine gerechtere Zukunft in Syrien. Er gehört zum Leitungsteam der Syrian Emergency Task Force. Die US-Organisation will eine Normalisierung des Assad-Regimes verhindern und unterstützt die Aufarbeitung und Dokumentation von Völkerrechtsverbrechen in Syrien. Juristische Fortschritte gab es in den vergangenen Jahren einige: Die Prozesse gegen ehemalige syrische Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland, der Haftbefehl Frankreichs gegen Machthaber Baschar al-Assad oder die Verurteilung syrischer Folter durch den Internationalen Gerichtshof. »Wir Syrer\*innen sammeln diese kleinen Erfolge und hoffen, dass sie alle zusammen auf lange Sicht eine Diktatur stürzen können, die Menschen tötet, um an der Macht zu bleiben«, sagt Al Shogre.

Manchmal interveniert seine Task Force auch auf humanitärem Wege. So gelang es ihr vor einigen Monaten, Hilfsgüter in das Flüchtlingslager Rukban an der syrisch-jordanischen Grenze zu liefern. Das Assad-Regime hatte das Lager jahrelang von Hilfslieferungen abgeschnitten. Weil es in der Nähe eines US-Militärstützpunktes liegt, konnten Al Shogre und seine Kolleg\*innen die US-Regierung schließlich dazu bewegen, Hilfsgüter nach Rukban zu fliegen. »Darauf sind wir sehr stolz«, sagt er. ♦

Omar Al Shogre reiste Ende November auf Einladung von Amnesty International durch Deutschland. Die Tour mit Stationen in Stuttgart, Ulm, Ellwangen, Karlsruhe und Berlin wurde von der Amnesty-Länderkategorie Syrien koordiniert. Die Gruppe organisiert Aktionen und informiert über Syrien: [amnesty-syrien.de](http://amnesty-syrien.de).

# FESTNAHMEN IM FALL VON MARIELLE FRANCO

In Rio de Janeiro wurden im März drei mutmaßliche Drahtzieher des Mords an der Stadträtin und Menschenrechtsaktivistin Marielle Franco sowie ihrem Fahrer Anderson Gomes festgenommen – sechs Jahre nach der Tat. Der damalige Chef von Rios Zivilpolizei, ein Abgeordneter des Nationalkongresses sowie ein Mitglied des Rechnungshofs des Bundesstaats Rio de Janeiro sollen den Mord in Auftrag gegeben haben. Von den brasilianischen Behörden gesammelte Informationen deuten darauf hin, dass das Verbrechen mit Interessen paramilitärischer Gruppen in Rio zusammenhängen könnte.

Die Afrobrasilianerin Marielle Franco hatte sich für die Bewohner\*innen der Armenviertel, gegen Rassismus und Polizeigewalt eingesetzt. Amnesty International bewertet die Festnahmen als wichtigen Schritt zur Aufklärung des Verbrechens.

Doch ist es alarmierend, dass der Fall wegen Verzögerungen durch einzelne Beamte bis heute nicht umfassend aufgeklärt werden konnte. Die Organisation fordert, alle Beteiligten zur Rechenschaft zu ziehen und die Angehörigen der Opfer zu entschädigen. Zudem muss der Staat sicherstellen, dass sich ähnliche Taten nicht wiederholen.

(»Endlich Aufklärung in Sicht«, Amnesty Journal 06/23)

(»Endlich Aufklärung in Sicht«, Amnesty Journal 06/23)

# IUVENTA-CREW FREIGESPROCHEN

Nach mehr als sechs Jahren strafrechtlicher Ermittlungen in Italien sind die Anklagen gegen vier deutsche Seenotretter\*innen des Schiffs Iuventa endlich fallen gelassen worden. Am 19. April stellte ein Gericht in Trapani das Verfahren endgültig ein – den Seeleuten drohten bis zu 20 Jahre Haft. Amnesty International Deutschland hatte die Iuventa-Crew im Jahr 2020 für die Rettung Tausender Menschen im Mittelmeer mit seinem Menschenrechtspreis ausgezeichnet. Das Verfahren ist kein Einzelfall. In ganz Europa werden Menschen wegen angeblicher »Beihilfe zur irregulären Einreise« kriminalisiert; sie stehen noch vor Gericht oder wurden bereits verurteilt. Besonders betroffen sind die Migrant\*innen selbst. In Malta wurden die ElHiblu3 wegen »Terrorismus« angeklagt. Homayoun Sabetara wurde wegen »Menschenschmuggels« in Griechenland zu 18 Jahren Haft verurteilt. Flucht ist kein Verbrechen. Anstatt Schutzsuchende und ihre Unterstützer\*innen zu kriminalisieren, müssen europäische Staaten sichere und reguläre Einreisewege in die EU ausbauen, fordert Amnesty. Das verhindere auch das Sterben auf dem Mittelmeer.

(»Flucht über das Mittelmeer«, Amnesty Journal 03/23)



Mitglieder der Iuventa-Crew im Einsatz. Mittelmeer, Oktober 2016.

Foto: Selene Magnolia

# HINRICHTUNGSWELLE IM IRAN

Im vergangenen Jahr wurden im Iran mindestens 853 Menschen hingerichtet. Diese Zahl gab Amnesty International in einem im März veröffentlichten Bericht bekannt. Da die iranische Regierung die Zahlen geheim hält, nutzte die Organisation eine Vielzahl von Quellen, um die Hinrichtungswelle seit Anfang 2023 zu belegen. Mehr als die Hälfte aller Hinrichtungen wurde wegen Drogendelikten vollstreckt. Betroffen waren insbesondere die diskriminierten ethnischen Minder-

heiten des Landes: So machen Belutsch\*innen nur fünf Prozent der Bevölkerung aus, aber 20 Prozent der Hingerichteten. Die iranischen Behörden setzen die Todesstrafe systematisch ein, um die Bevölkerung zu kontrollieren und weitere Proteste zu verhindern. Der Iran richtet auch Minderjährige hin. Hamidreza Azari wurde im Alter von nur 16 Jahren zum Tode verurteilt und mit 17 Jahren hingerichtet. Eine Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht: 2024 wurden bereits mindestens

95 Menschen hingerichtet. Die Bundesregierung muss sich zusammen mit der internationalen Gemeinschaft dafür einsetzen, dass der Iran ein Hinrichtungsmoratorium verhängt, fordert Amnesty. Das Ziel bleibt, die Todesstrafe in dem Land abzuschaffen.

(»Viel Glut unter der Asche«, Amnesty Journal 05/23)

KULTUR  
INHAFTIERTE RUSSISCHE KÜNSTLERIN





# Das Preisschild der Freiheit

Die russische Künstlerin Aleksandra Skochilenko ersetzte in einem Supermarkt Preisschilder durch Informationen über den Krieg gegen die Ukraine und wurde dafür inhaftiert. Auch im Gefängnis zeichnet sie weiter. Einige Werke stellte sie dem Amnesty Journal exklusiv zur Verfügung. **Von Tigran Petrosyan**

**K**riege enden nicht dank der Krieger – sie enden dank der Pazifisten. Und wenn man Pazifisten ins Gefängnis steckt, rückt der lang ersehnte Tag des Friedens in weite Ferne.« Das waren die letzten Worte von Aleksandra Skochilenko vor Gericht in Sankt Petersburg.

Der Kreml machte aus der Künstlerin eine Verbrecherin, so wie es die Regierung mit allen kritischen Stimmen macht, die sich öffentlich gegen den russischen Angriff auf die Ukraine äußern. »Jeder weiß, jeder sieht, dass Sie hier keine Terroristin vor Gericht stellen. Sie haben es nicht einmal mit einer Extremistin zu tun. Sie stellen nicht einmal eine politische Aktivistin vor Gericht. Sie machen einer Musikerin, einer Künstlerin und einer Pazifistin den Prozess«, beschwor Skochilenko das Gericht. Doch am 16. November 2023 wurde Aleksandra (Sascha) Skochilenko wegen »Verbreitung wissentlich falscher Informationen über die russischen Streitkräfte« zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Künstlerin befand sich bereits seit April 2022 in Untersuchungshaft, weil sie eine besondere Aktionsform gewählt hatte, um gegen den russischen Krieg zu protestieren: Im März 2022 ersetzte sie Preisschilder in einem Sankt Petersburger Supermarkt durch Informationen über den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Auf einem Preisschild mit dem ausgewiesenen Betrag von 4.300 Rubel stand anstelle der Artikelbezeichnung: »Stopp den Krieg! In den ersten drei Tagen sind 4.300 russische Soldaten gefallen. Warum zeigt das Fernsehen das nicht?« Ein weiteres Etikett warnte die Käufer\*innen: »Putin

belügt uns seit 20 Jahren. Das Ergebnis dieser Lüge ist unsere Bereitschaft, den Krieg und das sinnlose Sterben zu rechtfertigen.« Auf einem weiteren Preisschild wurde auf die russische Bombardierung ziviler Ziele in der Ukraine hingewiesen: »Die russische Armee hat eine Kunstschule in Mariupol beschossen, in der etwa 400 Menschen Zuflucht gefunden haben.«

Noch immer ist das Echo auf die Preisschildaktion sehr groß. Skochilenkos Widerstand ist auch in der Haft ungebrochen. Sie malt und führt ein Gefängnistagebuch mit Illustrationen. Zu Beginn ihrer Haft waren ihre Zeichnungen nur schwarz und weiß. Mit der Zeit wurden sie dunkelblau, schließlich braun und schwarz. Ihre späteren Zeichnungen nehmen Farbe an: Mit Rot-, Gelb- und Grüntönen stellt sie mitunter ein fiktives glückliches Leben außerhalb des Gefängnisses dar – von der Sonne verwöhnt und von ihrer Freundin geküsst. Andere Bilder berichten vom Gefängnisalltag, davon, wie es sich in einer Zelle mit 18 Personen auf 35 Quadratmetern lebt, wo um jeden Zentimeter Lebensraum gekämpft wird. Wie sich die Frauen an langen Winterabenden mit einer Wärmflasche aufwärmen und sich auf der Toilette in wenigen Minuten waschen müssen.

## Erlaubt sind nur sechs Buntstifte

Skochilenko verfolgt kein künstlerisches Konzept, bei dem immer mehr Farben erscheinen, auch wenn es auf den ersten Blick so aussehen mag. Ihre Farbgebung hat einen praktischen Grund: Zu Beginn ihrer Inhaftierung waren Buntstifte im Gefängnis verboten. So fertigte sie ihre ersten Zeichnungen mit einem schwar-

zen Kosmetikstift an. Als sie zur psychiatrischen Begutachtung in das Städtische Psychiatrische Krankenhaus Nr. 6 in Sankt Petersburg geschickt wurde, erhielt sie dort Aquarellstifte. In die Untersuchungshaft durfte sie jedoch nur drei davon mitnehmen: dunkelblau, braun und schwarz. Mit der Zeit wurde das Verbot von Buntstiften im Untersuchungsgefängnis aufgehoben, doch sind weiterhin nur sechs Buntstifte pro Person in einer Zelle erlaubt, erzählt sie.

Ihre Zeichnungen und ihre Worte sind ein Schrei aus der Gefangenschaft. Trotz der Zensur schafft sie es immer wieder, Botschaften an die Öffentlichkeit zu senden.





»Wir haben einen Fernseher, aber zu meiner großen Freude funktioniert er nicht. Auf Wunsch meiner Mitbewohnerin wurde ein neuer Fernseher versprochen, und ich erwarte diesen Tag mit Grauen. Es gibt auch ein Radio in der Zelle, und meistens genieße ich es, wenn es entweder ausgeschaltet ist oder Jazz läuft. Aber vor ein paar Tagen haben sie auf Drängen des Staatsanwalts überall in der Untersuchungshaftanstalt Lautsprecher installiert. Und jetzt läuft von morgens bis abends Radio ›Record‹ oder ›Dorozhnoe‹. (Anm. d. R. Vor allem Mainstream-Tanzmusik). Das ist eine echte Folter für mich.«

### Träume vom einfachen Glück

Skochilenko gehört zur LGBTQ-Community, einer laut Auffassung der russischen Justiz »extremistischen Bewegung«. Wer lesbisch ist, hat es im Frauengefängnis doppelt schwer. Ihre Freundin Sofia Subbotina, von ihrer Partnerin Sonia genannt, durfte sie ein Jahr lang nicht sehen. »Das ist eine Anweisung von oben. Ich verstehe, dass dies eine weitere Möglichkeit ist, mich unter Druck zu setzen.« Nur Besuche von nahen Verwandten sind zugelassen. Doch ihre Mutter und ihre Schwester wohnen in Paris, wie sie in einem Interview erzählte. Von ihrem Vater habe sie seit mehr als zwölf Jahren nichts

mehr gehört, sie wisse nicht einmal, wo er sei. »Sonia ist meine Familie.«

Subbotina, eine ehemalige Krankenschwester, die als Pharmazeutin in einer Apotheke arbeitet, ist zur Aktivistin geworden; ihre ganze Kraft investiert sie in die Freilassung ihrer Freundin. Im Gespräch mit Amnesty International erzählt sie, dass sie erst nach langem Ringen Sascha zweimal im Monat besuchen durfte. Briefe und Telefonate unterliegen weiterhin der Zensur. »Sascha ist meine Familie«, sagt auch sie. Und genauso wenig wie Sascha will sie ihre Träume von einem normalen einfachen Glück, von Heirat und Zusammenziehen aufgeben: Sonia sagt im Interview, sie denke oft an Saschas zurückgelassene Gitarre, an die Musikabende, die sie zusammen organisierten, an die Zeit, als Sascha Menschen in der U-Bahn gemalt und ihr die Bilder geschenkt habe. Auch Skochilenkos Comics waren in Russland sehr beliebt. »Sascha hat ihre Depression in lustige Bilder verwandelt. Sie wollte Menschen helfen, ihre Depression zu überwinden«, sagt Sonia. Der sich von Tag zu Tag verschlechternde Gesundheitszustand ihrer Freundin lässt ihr nun keine Ruhe.

Das Essen in den russischen Gefängnissen ist menschenunwürdig und verschimmelt. »Auch Teile einer Kakerlake hat Sascha serviert bekommen«, erzählt Sonia. Ihre Freundin leidet an einer Herzkrankung sowie an Zöliakie, einer genetisch bedingten Glutenunverträglichkeit.

Gibt es keine angemessene Ernährung und wird die Zöliakie nicht behandelt, kann dies ernsthafte Folgen wie Organschäden, brüchige Knochen oder ein erhöhtes Krebsrisiko zur Folge haben, heißt es in einer Petition für Aleksandra Skochilenko. Auch Amnesty International fordert, dass Skochilenko sofort und bedingungslos freigelassen werden muss.

Die Machthaber im Kreml hätten Angst vor einem Machverlust, ist sich die Künstlerin sicher, daher die Repression. »Für die sie reicht ein Anruf oder eine Unterschrift auf einem Papier, um jemanden ins Gefängnis zu bringen. Es ist unwahrscheinlich, dass sie überhaupt verstehen, was es bedeutet, seiner Freiheit beraubt zu sein. Doch was ist mit den Ermittlern, Staatsanwälten, Richtern und Tausenden anderen Beamten, die die Repression in die Tat umsetzen?« Sie fragt, wie all diese Menschen gegenüber ihren Kindern den Sinn ihrer Arbeit rechtfertigen können. Der Tod von Alexej Nawalny hat auch sie entsetzt. »Alexejs Tod muss auf jeden Fall als langsamer Mord betrachtet werden – unter Folterbedingun-

**»Sonia ist  
meine Familie.«**  
Aleksandra  
Skochilenko



»Spasibo!!!« (»Danke!!!«) – über ihre Zeichnungen kommuniziert Aleksandra Skochilenko mit ihren Freund\*innen draußen.



gen und Verweigerung von medizinischer Behandlung.« Und wie viele andere politische Gefangene braucht auch Aleksandra Skochilenko gerade jetzt dringend medizinische Hilfe.

Die Künstlerin zeichnet ein realistisches Bild Russlands. Eine schöne Zukunft, wie sie die Kreml-Propaganda vorgaukle, habe ihr Land keineswegs zu erwarten: »Dieses schöne Russland ist ein Phantom, eine Utopie, an die wir alle glauben wollen, jeder auf seine Weise. Damit dieses Projekt auch nur ansatzweise verwirklicht werden kann, muss die Mehrheit der Bevölkerung kollektive Traumata überwinden und lernen, Verantwortung für ihr Haus, ihre Nachbarschaft, ihre Stadt und ihr Land zu übernehmen – und das wird so bald nicht der Fall sein.«

Auch in Haft bleibt Aleksandra Skochilenko stark. Und sie bleibt dem treu, was sie in ihrem ersten Offenen Brief vor zwei Jahren geschrieben hat: »Egal, was meine Ankläger versuchen, mir anzutun, egal, wie sie versuchen, mich in den Dreck zu ziehen, mich zu demütigen, mich unter die unmenschlichsten Bedingungen zu zwingen, ich werde aus dieser Erfahrung das Strahlendste, Unglaublichste und Schönste hervorbringen – das ist die Essenz des Künstlerseins.« ♦





Die Ärztin Amira (Yasmine Al Massri) und ihre Tochter Rasha (Massa Daoud) fliehen unter Beschuss aus Syrien.

Foto: Berlinale

# Empathisches Kino der Menschenrechte

Bei den Berliner Filmfestspielen hat das Fluchtdrama »The Strangers' Case« den Filmpreis von Amnesty International gewonnen. Zwei lobende Erwähnungen vergab die Jury an die Filme »Intercepted« und »Raïz«. **Von Jürgen Kiontke**



**D**ie Chirurgin Amira (Yasmine Al Massri) betreut

zwei Notfallpatienten gleichzeitig, und diese hassen sich zutiefst. Obwohl vor Schmerzen schreiend, fuchteln sie mit ihren Waffen herum. Noch im Operationssaal muss die Ärztin verhindern, dass einer den anderen umbringt.

Szenen voller Gewalt erlebt sie oft im Krankenhaus. Es herrscht Bürgerkrieg, und Amira arbeitet im syrischen Aleppo; jener Stadt, die traurige Berühmtheit erlangte, weil sie infolge der Kämpfe zwischen Milizen und Regierungstruppen völlig zerstört wurde. Amira hat genug. Weil sie für sich und ihre Familie keine Zukunft mehr sieht, beschließt sie zu fliehen.

Der Wagen, in dessen Kofferraum sie sich mit ihrer Tochter versteckt, wird an einem Checkpoint angehalten. Der Mann vom Ge-

heimdienst befiehlt der Wache, auf das Heck des Wagens zu schießen. Doch der Soldat Mustafa (Yahya Mahayni) hat genug vom Töten unschuldiger Menschen. In einer Rückblende ist zu sehen, dass seine Truppe den ganzen Tag über nichts anderes getan hat. Mit dem Gewehr im Anschlag wird ihm klar: Egal, wie er sich entscheidet – schuldig wird er auf jeden Fall.

»The Strangers' Case« (JOR 2024), das »Los des Fremden«, heißt der Film, in dem Menschen angesichts von Krieg und Vertreibung immer wieder in existenzielle Zwickmühlen geraten. Grandios verknüpft Regisseur Brandt Andersen die Geschichten seiner Figuren, die später in einem maroden Schlauchboot wieder aufeinandertreffen, mit dem sie nach Europa übersetzen wollen. Der Schlepper Marwan (Omar Sy), selbst geflohen, braucht Geld für die ärztliche Behandlung seines Sohns. Die Medizinerin Amira und ihre Tochter haben einen Platz ergattert, und auch der desertierte Soldat ist dabei, der getötet hat, um Amira zu ret-

ten. Und Stravros (Constantine Markoulakis), der Kapitän eines Boots der griechischen Küstenwache, wird sie alle retten.

Durch unerwartete Wendungen kehrt der Film immer wieder zu Amira und ihrer Tochter zurück, sie sind die Fixpunkte in dieser dramatischen Erzählung, die das Schicksal ihrer Figuren kunstvoll verschränkt. Andersen hat »The Strangers' Case« glänzend besetzt, unter anderem mit dem französischen Schauspielstar Omar Sy, und das Thema Flucht auf die große Leinwand gebracht.

»In diesem Drama werden unterschiedliche Perspektiven einfühlsam und mit Empathie erzählt. Diese Geschichte könnte so in jedem Krieg passieren, in jedem Jahrhundert«, lobte der Schauspieler Jannik Schümann in seiner Laudatio. Er gehörte gemeinsam mit der Filmproduzentin und Historikerin Alice Brauner und Anne-Catherine Paulisch von Amnesty International zur Jury des Filmpreises, den die Organisation in diesem Jahr zum 19. Mal vergab.

### Hoffen auf ein großes Publikum

Zur Auswahl standen 18 Spiel- und Dokumentarfilme aus aller Welt, die sich auf sehr unterschiedliche Art mit menschenrechtlich relevanten Themen auseinandersetzen. Mit der Auszeichnung für »The Strangers' Case« wolle die Jury erreichen, dass dieser fiktionale und modern erzählte Film viele Menschen ins Kino locke, sagte Jannik Schümann dem Amnesty Journal. Alice Brauner verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, »dass das Thema Fluchtodyssee mit diesem richtig wichtigen Film ein großes Publikum findet«. Und Anne-Catherine Paulisch erklärte, der Gewinnerfilm berühre das Publikum und richte den Blick auf das Thema Flucht, »das Relevanz für die ganze Menschheit hat«.

Regisseur Brandt Andersen bedankte sich in einer emotionalen Rede für den Amnesty-International-Filmpreis. Er arbeite seit Langem daran, Geflüchtete aus der Anonymität zu holen und ihre Schicksale individuell erlebbar zu machen. Der US-amerikanische Aktivist und Filmemacher hat mehr als 30 Filme produziert. Er filmte in Flüchtlingslagern und rückte die Lebensbedingungen der Geflüchteten dort ins Bild. Sein Regiedebüt, der Kurzfilm »Refugee«, war für einen Oscar nominiert.

»Das Thema Flucht ist mir ein Herzensanliegen«, sagte er dem Amnesty Journal und verkündete, er wolle das Preisgeld von 5.000 Euro an Amnesty International Deutschland spenden – was vor ihm noch kein Preisträger getan hat.

**»Diese Geschichte könnte so in jedem Krieg passieren.«  
Jannik Schümann**

Auch zwei lobende Erwähnungen vergab die Jury. Eine ging an den Dokumentarfilm »Intercepted« (CAN/F/UKR 2024) von Oksana Karpovych. Er zeigt die Zerstörungen, die der Krieg in der Ukraine angerichtet hat, unterlegt mit einer grauenvollen Tonspur: Telefongespräche russischer Soldaten mit ihren Eltern, die ukrainische Telekommunikationsunternehmen mitgeschnitten haben. Ein Dokument kaum auszuhaltender Brutalität und ein Plädoyer gegen den Krieg.

Lobend erwähnt wurde auch der in Peru angesiedelte und von jungen Darstellern eindrucksvoll gespielte Film »Raíz« (PER/CHL 2024) von Franco García Becerra, der Umweltzerstörung durch Rohstoffabbau aus der Perspektive eines Kindes ins Bild setzt.

Darüber hinaus beeindruckte das Programm der Berlinale mit Filmen wie »Voices of The Silenced« (JPN/KOR 2024), der zwar etwas schwerfällig erzählt ist, aber dennoch sprachlos macht. Die 80-jährige, fast blinde Autorin und Aktivistin Park Soo-nam erzählt anhand vieler Dokumente, Interviews und Bilder vom Schicksal koreanischer Zwangsarbeiter, die in den Werften Nagasakis starben, als die US-Streitkräfte am Ende des Zweiten Weltkriegs dort eine Atombombe abwarfen. Auch den vielen Koreanerinnen, die von der japanischen Armee entführt und als »Trostfrauen« – sprich Sexsklavinnen – von Soldaten missbraucht wurden, setzt sie ein eindrucksvolles Denkmal.

Mit »My Favourite Cake« (IRN/F/SWE/D 2024), »My Stolen Planet« (D/IRN 2024) und »Shahid« (D 2024) stand der oft hart geführte Kampf um Frauenrechte im Iran auf dem Programm und mit »Das leere Grab« (D/TZA 2024) die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Deutschlands in Tansania.

Schwere Stoffe, die jedoch im Kino ihren festen Platz haben müssen. Oder in den Worten von Alice Brauner: »In Zeiten, da Medien zu Mitteln von Polarisierung und Propaganda werden, darf sich der Film nicht allein der leichten Unterhaltung oder dem ästhetischen Genuss verpflichten. Er muss ein Medium der Verständigung sein.« ♦

# Widerstand durch Worte

Die Dichterin **Zahra Mandgar** gründete einen geheimen Bücherklub für Mädchen in Kabul. Sie lebt jetzt im niederländischen Exil und versucht von dort aus, ihre Arbeit fortzusetzen.

Interview: Madeleine Londene

## Wie haben Sie zum Schreiben gefunden?

Ich war schon immer gut mit Worten. Als Kind freute ich mich, wenn wir Diktate in der Schule hatten, zu Hause schrieb ich Tagebuch. 2019 begann ich mein Fotografiestudium und trat einem Dichterclub bei. Damals hatten Frauen in Afghanistan noch Rechte. Wir durften studieren und arbeiten. Ein Dozent ermutigte mich. So schrieb ich über etwas, das mir leichtfällt – über die Liebe. Meine Gedichte wurden in einem Sammelband veröffentlicht.

## Von wem fühlen Sie sich inspiriert?

Von meinen Eltern. Ich und meine drei Geschwister wuchsen sehr arm auf, in der Provinz Ghazni. Wir sind Hazara und gehören dem schiitischen Islam an. In den Augen der Islamisten sind wir ungläubig. Meine Mutter passte auf uns Kinder auf, sie ist Analphabetin, mein Vater arbeitete in einer Bibliothek und als Bauer. 2006 zogen wir nach Kabul, in ein kleines Haus aus getrocknetem Lehm außerhalb des Stadtzentrums. Oft hatte meine Familie nicht genug zu essen, und wenn es regnete, tropfte das Wasser durchs Dach, aber wir liebten uns sehr. Zuhause war für uns ein sicherer Ort – ein Ort der Geborgenheit.

## Wie war es, in Afghanistan eine Frau zu sein?

Es gibt kein afghanisches Mädchen, das sich nicht irgendwann wünscht, ein Junge zu sein. Die patriarchalen Strukturen reichten auch bis in meine Familie. Mein Vater verbot mir häufig Dinge, die er meinen Brüdern erlaubte. Seine Begründung

lautete, »weil du ein Mädchen bist«. Er sagte, ich sei schwach und könne mich nicht verteidigen, falls etwas passiere. Würde ich gegen seine Regeln verstoßen, würde meine Familie nicht mehr zu mir stehen. Ich weiß, dass er mir damit nur Angst einjagen wollte, aber diese Worte hängen mir bis heute nach. Meine Erfahrungen als Frau in Afghanistan verarbeite ich auch in meinen Gedichten.

## In einem Gedicht schreiben Sie, »Kabul ist einsamer geworden als eine Frau allein«. Wie meinen Sie das?

Ich habe dieses Gedicht aus Verzweiflung geschrieben. Kabul könnte eine Heimat sein, die den Klang unseres Lachens beherbergt. Heute ist es ein einsamer Ort. Und die Frauen sind noch einsamer. Kabul ist voll von bärtigen Männern, wir Frauen sind Gefangene in Afghanistan.

## Welche Autor\*innen beeinflussen Ihre Arbeit?

Der Roman »Der Drachenläufer« von Khaled Hosseini hat mich sehr berührt. Er schreibt über die Geschichte Afghanistans, man fühlt den Schmerz, den Kampf der Menschen dort und wie wichtig es ist, mutig zu sein. Und Mahmoud Dowlatabadi, ein iranischer Autor, er hat einen schönen Schreibstil.

## Sie waren Teil eines geheimen Bücherclubs in Kabul. Wie kam es dazu?

Auslöser war ein Attentat des IS auf die Sayed Al-Shuhada-Oberschule in Kabul 2021, bei dem 85 Mädchen getötet und fast 150 verletzt wurden. Die meisten waren, wie ich, Hazara. Viele der Mädchen, die überlebten, waren traumatisiert. Einer meiner Freunde, der auch an der Universität Kabul studierte, hatte die Idee, einen Bücherclub für diese Mädchen zu gründen. Ich und drei andere Freunde unterstützten ihn. Wir durften nichts in

den sozialen Medien teilen, das wäre zu gefährlich gewesen. Also gingen wir zu den Mädchen nach Hause und fragten, ob sie mitmachen wollen. Das Ziel war, sie in andere Lebenswelten eintauchen und ihre Erfahrungen in eigenen Geschichten verarbeiten zu lassen.

## Wie liefen die Treffen ab?

Es war sehr schwer, einen Ort zu finden. Der Direktor einer Privatschule erlaubte uns, einmal in der Woche einen Raum nach den regulären Unterrichtszeiten zu nutzen. Er brachte sich damit selbst in Gefahr. Wir dunkelten den Raum ab, damit uns keiner sah.

## Was haben Sie gelesen?

In Afghanistan gibt es eine Reihe von Büchern, die von den Taliban verboten wurden. Wir wollten viele davon lesen, aber kein Bücherladen verkaufte sie uns. Über einen Kontakt bekamen wir ein paar Ausgaben aus einem Archiv. Auf die Bücher klebten wir mithilfe einer Buchpresse andere Buchcover. Wir lasen »Lolita« von Nabokov und »Der kleine Prinz« von Saint-Exupéry. Das Buch, das die Mädchen aber am meisten beschäftigt hat, war Anne Franks Tagebuch.

## Warum?

Weil sie sich mit ihr identifizieren konnten. Viele sagten beim Lesen des Tagebuchs: »Sie ist ja wie wir!« Die Erfahrungen, die Anne durchgemacht hat, kennen die Mädchen. Als Hazara-Frau bist du nichts wert, wirst geächtet und im schlimmsten Fall umgebracht. Anne ist

*»Ich habe etwas in Afghanistan gelassen – mein Herz.«*



das beste Beispiel dafür, wie wichtig es ist, mutig zu sein – und zu erzählen. Sie schreibt über ihren Alltag, das gab den Mädchen Hoffnung, – auch wenn das Buch traurig endet. Alles hat bei der Lektüre gepasst, die Hingabe, die Geschichte, das Durchhaltevermögen und der Widerstand. Anne Frank ist ihr Vorbild.

#### **Wie hat sich das Leben der Mädchen durch die Bücher verändert?**

Wenn man die Mädchen anfangs auf das Attentat ansprach, fingen sie an zu weinen, manche sprachen nicht darüber. Viele hatten Alpträume. Durch das Schreiben können sie Emotionen zulassen, sie haben ihre Stimme wiedergefunden. Geschichten zu lesen, in denen andere Widerstand leisten, hat sie stark gemacht. Leider mussten wir den Bücherclub schließen. Die Gefahr, entdeckt zu werden, wurde zu groß. Im Dezember 2022 schlossen die Taliban auch die Universitäten. Ich ging zu Demonstrationen und wurde festgenommen. Im Februar darauf gab es unseren Club nicht mehr.

#### **Sie sind danach in die Niederlande geflohen.**

Ich wollte mein Land nie verlassen. Aber es gab keinen anderen Weg, um meinen Master in Kunstgeschichte zu machen. Ich dachte erst, zu bleiben sei eine Art Protest. Es dauerte eine Weile, bis ich verstand, dass es auch ein Protest ist, zu gehen. Die Universität in Leiden bot mir ein Stipendium an. Für das Visum musste ich nach Islamabad in Pakistan, meine Familie brachte mich zur Grenze. Es war über 50 Grad heiß, ich trug ein langes Kleid und einen Gesichtsschleier. Der Schweiß tropfte an mir herunter, aber ich hatte zu viel Adrenalin, um das zu merken. Hinter der Grenzkontrolle mietete ich einen Fahrer, der mich zur Botschaft fuhr. Inner-



halb von zwei Tagen erhielt ich mein Visum. Im August 2023 kam ich in den Niederlanden an.

#### **Wie geht es Ihnen dort?**

Hier kann ich draußen auf der Straße mit meinem Handy Videos drehen, das war in Kabul nicht erlaubt. Wenn ich Polizeisirenen höre, bekomme ich immer noch Angst. Das Feuerwerk an Silvester war schrecklich, es erinnerte mich an Explosionen in Kabul. Ich habe wieder angefangen zu schreiben, fühle mich aber oft allein. Ich brauche meine Familie. Sich zu verabschieden, vielleicht für immer, war hart. Aber ich weiß, dass es die richtige Entscheidung war.

#### **Was ist Ihr Plan für die Zukunft?**

Ich möchte eine Brücke sein, für die Mädchen und Frauen, die zurückgeblieben sind. Gerade bin ich dabei, einen geheimen Club für Analphabetinnen in Kabul zu gründen, dafür lege ich Geld zur Seite. Für eine Lehrkraft, den Ort und die Bü-

**Zahra Mandgar** wurde 2001 als Kind von Afghan\*innen in Teheran geboren. Als sie drei war, zog die Familie zurück nach Afghanistan. Sie begann früh mit dem Schreiben, arbeitete als Fotografin und war Reporterin bei »Rah-e Farda TV«. Heute klärt sie auf ihrem Instagram-Account über den Genozid an den Hazara auf – einer Volksgruppe, der sie selbst angehört.

Fotos: privat

cher. 15 Frauen haben bereits zugesagt. Irgendwann möchte ich eine Schule in Kabul eröffnen und Mädchen und Frauen das Lesen und Schreiben beibringen. Ich habe etwas in Afghanistan gelassen – mein Herz. Irgendwann muss ich zurück und es einsammeln. Wir brauchen alle einen Ort, den wir unser Zuhause nennen. Die Niederlande sind wie ein Krankenhaus für mich. Hier heile ich. ♦



Im HOKISA-Wohnhaus lernen die Kinder, ihre Umgebung mit der Kamera festzuhalten.

Foto: Nic Bothma / EPA-EFE

# »Ich möchte Kinderliteratur dekolonisieren«

Der Schriftsteller Lutz van Dijk betreibt ein Kinderhaus in Kapstadt. In seinen Geschichten für junge Menschen verteidigt der Deutsch-Niederländer das Recht auf Kindheit und Bildung. **Aus Kapstadt Lena Reich**

**L**utz van Dijk hält sein neues Kinderbuch »Damals hieß ich Rita« in den Händen. Auf dem Cover sind ein Mädchen und eine ältere Dame zu sehen, die ernst blicken. Das Bilderbuch erzählt die Geschichte der heute 81-jährigen Rozette Kats, die als Pflegekind in einer nichtjüdischen Familie die Shoah in Amsterdam

überlebt hat. Ihr Bruder und ihre Eltern wurden in Auschwitz ermordet. Viele Jahrzehnte später hat Rozette Kats dem deutsch-niederländischen Autor, der lange Jahre im Anne-Frank-Haus in Amsterdam gearbeitet hat, aus ihrem Leben erzählt.

»Wenn Kinder fragen, auch nach Krieg oder Holocaust, sollten wir ehrlich und altersgemäß antworten«, sagt van Dijk und legt das Buch sanft auf den weißen Bistrotisch zwischen uns. Seit 40 Jahren gibt er

jenen Kindern und Jugendlichen eine Stimme, die überhört und schnell vergessen werden. In den 1980er Jahren begann er als Lehrer über seine Schüler\*innen aus einem sozialen Brennpunktviertel in Hamburg zu schreiben. Deren Alltag kam nicht in Schulbüchern vor, sagt van Dijk. Dabei seien das die Geschichten, die dringend erzählt werden müssten.

Van Dijk wuchs im Westberlin der 1960er Jahre in Mauernähe auf und brach, sobald er volljährig war, nach New



York auf. Dort begann er mit dem Schreiben, »um die Welt in ihrer Gänze, in ihrer Schönheit und Brutalität zu verstehen«. Die Leidenschaft hat sich bis heute gehalten: Mehr als 30 Bücher hat der heute 68-jährige inzwischen veröffentlicht. Mit klarer, sensibler Sprache widmete er sich auch anderen vernachlässigten Themen wie Rechtsextremismus oder Homosexualität. Seit mehr als 20 Jahren erzählt er Geschichten aus dem südafrikanischen Kapstadt. Gemeinsam mit seinem Mann und Aktivist\*innen hat er in Masiphumelele, einer der ärmsten Townships der Stadt, das Wohnhaus HOKISA gegründet für Kinder und Jugendliche, die keine Familie mehr haben.

Im HOKISA fand der 15-jährige Straßenjunge Mbu Maloni ein neues Zuhause. Von van Dijk ermutigt, schrieb er das Buch »Niemand wird mich töten« und erfüllte sich nach Jahren nackter Armut seinen größten Traum: wieder die Schule zu besuchen. Maloni schrieb Begebenheiten aus seinem Leben auf, unter anderem, wie sein bester Freund Atie bei einem Kampf auf der Straße erstochen wurde. Im Nachwort erinnert sich Maloni an Lutz van Dijk: »Als ich ihn fragte, ob er mir helfen könne, meine Geschichte zu schreiben, sagte er: ›Bist du bereit? Ein Buch zu schreiben ist harte Arbeit. Vielleicht wird man nach einer Weile müde. Vielleicht möchtest du lieber die schmerzhaften oder traurigen Erinnerungen vermeiden, die hochkommen werden. Bist du dir sicher, dass du bereit bist, hart zu arbeiten?«

Van Dijk begegnet Kindern und Jugendlichen aus den Townships mit Respekt und Vertrauen. Viele trifft er regelmäßig. Einigen hilft er, ihre Geschichten niederzuschreiben. Er motiviert, erinnert an den roten Faden, der die Handlung zusammenhalten soll, diskutiert mit ihnen

über Feinheiten der Sprache. Einige der so entstandenen Texte werden veröffentlicht – zum Beispiel als Schulbücher. »Ich bemühe mich um Geschichten aus Afrika, die mit Stereotypen und Vorurteilen brechen«, sagt van Dijk in einem Café in der Nähe der Township, in der er bekannt ist wie ein bunter Hund. Seine Kinderhelden sollen kein Mitleid erregen, »eher realistisch arm« dargestellt sein, »dabei voller Ideen«. Er überlegt eine Weile, dann erklärt er: »Ich möchte Kinderliteratur dekolonisieren.«

### Eiscreme und Wellblechhütten

Ein Beispiel dafür ist die Kindergeschichte »Thandi gibt nicht auf« von 2023. Darin sucht ein kleines Mädchen vom Dorf gemeinsam mit der Mutter den verschwundenen Vater, der zuletzt in Kapstadt an einer Straßenkreuzung Zeitungen verkauft hat. Van Dijk zeichnet ein widersprüchliches Porträt der Millionenmetropole: der ewig blaue Himmel, der Wind am Tafelberg, Eiscreme, aber auch Menschen, die um ihr tägliches Brot kämpfen und am Abend mit Sammeltaxis in unbeleuchtete Townships fahren, wo sie in Wellblechhütten auf dem Boden schlafen und Hunger und Alkohol zum Alltag gehören.

Die Kinderbuchheldin Thandi stapft tapfer durch die Wirren der Großstadt und hält an ihrem Plan fest, den Vater zu finden. Und sie wird ihn finden. In den Erzählungen van Dijks geht es fast immer um das Recht der Kinder auf eine Familie und eine Kindheit. Zur Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika wurde sein Roman »Themba« über einen HIV-positiven Jungen, der Fußballstar werden will, fürs deutsche und südafrikanische Kino verfilmt. »Ich schreibe für Kinder und Jugendliche, die von meinen Büchern vielleicht ermutigt werden, ihr eigenes Leben besser zu meistern«, sagt van Dijk mit ei-

**»Wenn Kinder fragen, sollten wir ehrlich antworten.«  
Lutz van Dijk**

nem herzlich breiten Grinsen. Da die wenigsten Heranwachsenden in Südafrika Zugang zu eigenen Büchern haben, gehen er und seine Kolleg\*innen mit den Kleinen aus dem Kinderhaus, aber auch mit Nachbarkindern einmal pro Woche in die nahe Bibliothek.

Auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ist van Dijk wichtig: In zahlreichen Geschichten widmet er sich der Homosexualität. »Verdammt starke Liebe« erzählte 1991 als erstes Jugendbuch weltweit die wahre Geschichte eines homosexuellen und nach Paragraph 175 verurteilten 17-jährigen Polen während des Zweiten Weltkriegs. Im August diesen Jahres wird sein autobiografischer Roman »Irgendwann die weite Welt« erscheinen, über sein Aufwachsen in Westberlin und die ersten queeren Gefühle, als es dieses Wort noch nicht gab.

Dass Homophobie und genderbasierter Gewalt noch in vielen afrikanischen Ländern zum Alltag gehören, zum Teil wieder verstärkt, ist van Dijk nur zu bewusst. Obwohl in Südafrika seit 2006 die gleichgeschlechtliche Ehe legal ist und auch in der Township Masiphumelele eine queere Jugendgruppe existiert, bleibt Homosexualität im Allgemeinen ein Tabu. Gewalt vor allem gegen lesbische Mädchen und Frauen ist allgegenwärtig. Auch van Dijk, der die Beziehung mit seinem Ehemann stets offen gelebt hat, erfährt in Kapstadt Ablehnung, etwa von fundamentalen Christ\*innen. »Da wir mithelfen, wenn es bei uns Brände oder Überschwemmungen gibt, grüßen uns einige inzwischen trotzdem und sagen dann: ›Greetings to your brother!‹ Ich antworte dann freundlich: ›Richte ich meinem Mann gern aus!‹« Wieder dieses breite Grinsen, das seine Augen zum Strahlen bringt.

Aber auch in seinem Alltag gibt es seit einigen Jahren mehr Gewalt, sagt er, und führt das auf die vermehrte extreme Armut zurück. Im Oktober hielt ihm zuletzt einer eine Waffe an die Stirn und wollte sein Handy und Bargeld. Zum Glück kam zufällig einer vorbei, der rief: »Spinnst du? Weißt du nicht, wer das ist? Das ist doch Lutz vom Kinderhaus!« ♦

An einer deutschen Schule liest Lutz van Dijk aus der Lebensgeschichte des Straßenjungen Mbu Maloni aus Kapstadt.

Foto: Ulrich von Born / Funke Foto Services / Imago



# Spielen für eine bessere Welt

Wer sagt, dass Computerspiele anspruchslos oder brutal sein müssen?

Es gibt auch aufklärerische Inhalte, die Spaß machen.

Vier ausgewählte Spiele im Selbsttest. **Von Klaus Ungerer**



Foto: Charles Games

## Beecarbonize

Die Welt retten macht ja immer Spaß. Am schönsten ist es aber, wenn dies in einer niedlichen Optik geschieht. Die ganze Welttrotterei ist oft mit viel Drohung, Dunkelheit und schlechtem Gewissen verbunden, das wir als aufgeklärte Menschen zu empfinden haben. Das Einzelpersonen-Strategiespiel Beecarbonize holt hingegen das Kind in mir ab, eine knuffige Biene mahnt »Do not let the world fall apart«, und eine bunte Optik unterteilt die Welt in die Bereiche Industrie, Ökosysteme, Menschen, Wissenschaft. Sie wirken mit ihren Unterkategorien und Möglichkeiten aufeinander ein, bringen dem Spielenden Aktionspunkte, sorgen aber auch für Ressourcenfraß und Verschmutzung. Vor allem die Wirtschaft ist ständig dabei, den Planeten zu ruinieren. Dann komme ich und gebiete an meinem Handy Einhalt!

Beim ersten Mal verhungern mir noch die Leute, weil ich die Produktion zu drastisch herunterfahre. Also mache ich mich ein zweites Mal ans Werk: So rasch wie möglich baue ich die klassische Verbren-

ner- und Verschmutzerindustrie des 20. Jahrhunderts um, und der Rest geht dann fast wie von selbst. Die Welt liegt mir zu Füßen! Gerettete Elefanten tröten mir dankbar zu, und Heerscharen von Offshore-Windanlagen pusten mir Luft ins lächelnde Gesicht. Beecarbonize ist eine kostenlose App, die von Pädagog\*innen empfohlen wird. Sie ist ab 9 Jahren spielbar und hat im Google Playstore starke 4,7 von 5 möglichen Punkten. Das Spiel bietet Entspannung beim Träumen von einer geheilten Welt.

## Forced abroad – Tage eines Zwangsarbeiters

Das Spiel orientiert sich an der wahren Lebensgeschichte eines Niederländers in Rotterdam im November 1944. Der 19-jährige Jan wohnt bei seinen Eltern und liebt seine Freundin. Die Stadt ist komplett zerstört, besetzt, und die Menschen hungern. Als die Deutschen Tausende Bewohner\*innen Rotterdams zur Zwangsarbeit



Foto: Paintbucket Games

zusammentreiben, entkommt Jan durch einen Zufall. Aber rettet ihn das? Seine Eltern sind nicht begeistert, denn sie haben Mühe, ihn zu ernähren. Irgendwann werden die Deutschen ihn ja doch drankriegen. Jan geht in sich und meldet sich freiwillig. Er erlebt die Hölle der Güterwaggons und Durchgangslager, die Zwangsarbeit und die verheerenden Bombenangriffe. Seine Handlungsoptionen sind gering und seine Entscheidungen doch oft von Bedeutung: Wenn der deutsche Aufseher deinen Freund verprügelt, wie verhältst du dich? Wenn es eine Gelegenheit zur Flucht mitten im Feindesland gibt, wirst du sie nutzen? »Forced abroad – Tage eines Zwangsarbeiters« ist als App kostenlos spielbar, eine schöne, im Comicstil erzählte Bildergeschichte, die die Spielenden vor keine unlösbaren Rätsel stellt, aber durchaus mit moralischen Zwickmühlen konfrontiert.

### Not for Broadcast

Bei der Errichtung einer Diktatur ist es wichtig, die Menschen von moralischen Fragestellungen abzulenken und sie vom Nachdenken über den Sinn und die Vertretbarkeit des eigenen Tuns abzubringen. Also verstrickt man niedere Funktionsträger am besten in allerlei unüberschaubare, schwer zu bewältigende Aufgaben – dies ist ganz nebenbei aber auch ein Grundrezept, um Komik zu erzeugen. Die Macher von »Not for Broadcast« haben für ihr Spiel über das Überleben und Durchwursteln in einer Diktatur eine gute unterhaltsame Mischung gefunden. Der Spieler oder die Spielerin sitzt im Regieraum eines Fernsehsenders in einem Ein-Parteien-Regime und muss live Sendungen schneiden und im richtigen Moment den richtigen Knopf drücken, etwa um missliebige Äußerungen wegzupipen. Eine verantwortungsvolle Aufgabe in



Foto: tinyBuild

einer schwierigen Umgebung und ein immenser Druck, der aufgehellt wird durch Komik in den Spielszenen, die wir zu kontrollieren, und Werbetrailer, die wir dann und wann ins Programm einfügen haben. Als Spieler\*innen starren wir auf das Schnittpult und werden von diversen Bildschirmen und Telefonanrufen gleichzeitig übermannt, während wir die Zuschauer\*innen bei der Stange halten und unseren Staatssender auf keinen Fall verärgern wollen. Oder sollte es möglich sein, subversiv zu arbeiten? Der Arbeitsalltag in einer Diktatur ist jedenfalls anstrengend und das Nachhausekommen leider auch nicht immer angenehm ... »Not for Broadcast« ist für PC und Konsolen erschienen und auf »Steam« erhältlich.

### Svoboda 1945: Liberation

Immer noch relevant ist das Point-and-click-Adventure »Svoboda 1945: Liberation«, das bereits 2021 für Windows, Linux und Mac erschienen ist, aber nichts von seinem Bildungspotenzial eingebüßt hat. Es zeigt, dass das Computerspiel der bes-

sere Geschichtsunterricht sein kann, sogar bei einem kniffligen und sensiblen Thema, bei dem es keine einfachen Wahrheiten gibt.

Als Beauftragter einer Denkmalschutzbehörde wird man 2001 in das fiktive Dorf Svoboda im tschechisch-deutschen Grenzgebiet gerufen: Der dortige Lehrer möchte das alte Schulgebäude schützen lassen, der Dorfbonze will es lieber heute als morgen aufkaufen und planieren. Welchen historischen Wert hat also das Haus? Wie in einem guten Krimi entfaltet sich anhand dieser Frage die Geschichte des Dorfs, seiner Bewohner\*innen, seiner Toten, Geflohenen und Vertriebenen, seiner vielen Traumata und Geheimnisse. Die europäische Geschichte der 1930er bis 1950er Jahre hat in Svoboda ihre Spuren hinterlassen: Besatzung, Diktatur, Krieg, Holocaust, Vertreibung, neue Diktatur, Zwangskollektivierung. Als Fremder geht man den Verwerfungen und Verletzungen nach: in vielen Einzelgesprächen, die mit tschechischen Schauspielern umgesetzt sind, in Rückblenden, die als Comic und in historischen Filmaufnahmen gestaltet sind, und mit einem kleinen Landwirtschaftssimulator-Unterspiel, das die existenzielle Falle des Kollektivierungsdrucks erlebbar macht. »Svoboda 1945: Liberation« kommt ohne Gut-Böse-Schema aus, lässt uns mulmig und klüger zurück und gönnt uns ein kleines Happy End. ♦



Foto: Charles Games

*Beecarbonize:  
Entspannung beim  
Träumen von einer  
geheilten Welt.*



Die 2021 verstorbene bell hooks gilt als Vordenkerin eines Schwarzen Feminismus.

Foto: Monica Almeida/The New York Times/Redux/laif

# Plumpsklos und Sehnsüchte

In »Bone Black« blickt die Schwarze Feministin bell hooks auf ihr Aufwachsen in den ländlichen Südstaaten der USA zurück. **Von Tanja Dückers**

**G**eorge Floyd, Michael Brown, Eric Garner, Freddie Gray – das sind die bekanntesten Namen von People of Color in den USA, die in den vergangenen Jahren aufgrund rassistischer Gewalt ihr Leben verloren. Woher kommt diese Gewalt, wie tief verwurzelt ist sie in der amerikanischen Gesellschaft? Wie wächst man als junger Mensch damit auf?

Die Autobiografie der vor drei Jahren verstorbenen Schwarzen Literaturwissenschaftlerin und Autorin bell hooks gibt darauf eine ebenso persönliche wie politische Antwort. Das von Marion Kraft hervorragend übersetzte Buch »Bone Black. Erinnerungen an eine Kindheit« beschreibt genau, ohne Larmoyanz und ein wenig lakonisch, das Aufwachsen eines Schwarzen Mädchens in den fünfziger und sechziger Jahren in den ländlichen Südstaaten der USA. Da geht man auf Plumpsklos und kilometerweit zu Fuß zur Schule. Die Schulbusse der weißen Kinder dürfen nicht anhalten und die Schwarzen

mitnehmen. In der Schule wundert man sich, warum mit »hautfarben« ein pinker Buntstift gemeint ist. Es gibt Kinder, die aus Hunger Wäschestärke essen.

Auch in der eigenen Community gibt es Zwänge: »Wir lernen früh, dass es für eine Frau wichtig ist, zu heiraten. Wir heiraten immer unsere Puppen mit jemandem. Er ist natürlich immer unsichtbar. Das war so, bevor sie Ken für Barbie machten«, schreibt bell hooks. Sie wirft auch einen Blick auf die nicht unkomplizierte Beziehung der Schwarzen zu den Native Americans. Die Welt erklärt bekommt das junge Mädchen am ehesten von seiner indigenen Großmutter. Deren Namen bell hooks verwendete sie, die ursprünglich Gloria Jean Watkins hieß, später als Pseudonym. Mit der konsequenten Kleinschreibung des Namens wollte sie erreichen, dass sich die Aufmerksamkeit weniger auf ihre Person richtet als auf die Inhalte ihrer Texte.

»Bone Black« ist mehr als eine Autobiografie; eindrucksvoll wird hier das Aufwachsen einer jungen Schwarzen Generation beschrieben in einer Welt, in der Rassismus alle Bereiche des Lebens durch-

dringt. Immer wieder werden auch Klassenaspekte beleuchtet, die für hooks bei Debatten über »race« und »gender« nicht fehlen dürfen. Ihr Buch ist keine wütende Anklage, eher ein kritisch-melancholischer Blick auf eine Zeit, die im kulturellen Gedächtnis vieler weißer Menschen ganz anders belegt ist: mit Rock'n'Roll, Bikinis und Lollipops.

Doch hooks beschreibt nicht nur Armut und Unfreiheit, sondern auch die Träume und Hoffnungen des jungen Mädchens, das sie war und die Sehnsüchte ihrer fünf Schwestern. Die Bedeutung, die sie Utopien zuweist, teilt bell hooks mit dem Beat-Generation-Autor Jack Kerouac, der »Erinnerungen als untrennbar von Träumen« bezeichnete. Und so unternimmt hooks nicht nur eine Spurensuche in der Vergangenheit, sondern entwirft auch Szenarien, was individuelle Freiheit in Zukunft bedeuten könnte. ♦



bell hooks: Bone Black. Erinnerungen an eine Kindheit. Aus dem Englischen von Marion Kraft. Elisabeth Sandmann Verlag, München 2024, 176 Seiten, 24 Euro

# BÜCHER

## #DecolonizeFootball

Was hat Kolonialismus mit Fußball zu tun? »In der einstigen Kolonie Brasilien existieren Dutzende Vereine zu dem Zweck, Talente für die lukrativen Ligen Europas zu entwickeln. In der einstigen Kolonie Pakistan werden Millionen Bälle unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert, die in Europa teuer verkauft werden.« Es sind klare Antworten, die der Sportjournalist Ronny Blaschke in seinem politischen Fußballbuch »Spielfeld der Herrenmenschen« auf diese und viele andere Fragen gibt. Blaschke hat in neun Ländern auf fünf Kontinenten recherchiert, darunter in Namibia, Brasilien und Chile. Hinter der idealisierten Fassade des globalen Fußballgeschäfts, das nach eigenen Angaben viel zur Verständigung zwischen den Völkern beiträgt, begegnen dem Autor hingegen oft »Gewalt, Ausbeutung, Überlegenheitsdenken«. Er lädt auch jene zur Lektüre ein, die nicht jedes Wochenende auf dem Fußballplatz oder vor Sportsendungen verbringen; Insiderwissen wird nicht benötigt.

»Spielfeld der Herrenmenschen« sammelt viele kleine und mittelgroße Geschichten der Diskriminierung im Amateur- und Profifußball, von denen manche mehr Raum hätten vertragen können. Der Autor stellt sie in den größeren Zusammenhang eines systematischen Rassismus in Politik, Medien und Sportorganisationen. »Seit Generationen rekrutieren weiße Männer an der Spitze des Fußballs andere weiße Männer«, schreibt Blaschke, der sehr genau hingesehen hat – auch dorthin, wo sich nach viel Druck doch etwas bewegt und zumindest vereinzelt nicht-weiße Trainer\*innen und Verbandsfunktionäre die Stadien betreten. Damit ist sein Buch präzise und konstruktiv. Und unter dem Hashtag #DecolonizeFootball eröffnet er gleich noch eine Debatte in den Online-Netzwerken und lädt all jene zur Teilhabe ein, die im sportlichen Alltag an den Rand gedrängt werden.



Ronny Blaschke: Spielfeld der Herrenmenschen. Kolonialismus und Rassismus im Fußball. Verlag Die Werkstatt, Bielefeld 2024, 256 Seiten, 22 Euro

## Mit Recht engagiert

Jugendliche auf der Nordseeinsel Pellworm haben vor deutschen Gerichten geklagt, weil sie ihre Lebensgrundlage durch den Klimawandel bedroht sehen. Ein peruanischer Bergbauer hat dasselbe getan. Für die Klimaschutzbewegung werden Gerichte zu immer wichtigeren Anlaufstellen. Und auch im Kampf gegen digitale Überwachung, Polizeigewalt oder die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen werden alte Machtverhältnisse vor Gericht neu ausgehandelt. Darüber berichten die Juraprofessorin Nora Markard und der Jurist und Journalist Ronen Steinke in ihrem Buch »Jura not alone«. In zwölf Kapiteln zeigen sie anhand konkreter Fallbeispiele: Der Kampf um Grund- und Menschenrechte kann mit juristischen Mitteln geführt und gewonnen werden.

»Recht ist geronnene Politik, es ist das Ergebnis von politischem Ringen, von Machtverhältnissen«, schreiben die Autor\*innen. Recht sei nicht immer gerecht. Aber es lässt sich ändern, wenn Menschen mit guten Argumenten vor Gericht ziehen.

Engagierte mit guten Argumenten gibt es einige. Sie sind Aktivist\*innen, arbeiten als Jurist\*innen bei Verbänden und Organisationen. Etwa bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte, die mit strategischer Prozessführung die Rechte auf Privatsphäre, Meinungs- und Versammlungsfreiheit vor Gericht verteidigt – und damit immer wieder Erfolg hat. Oder bei der Refugee Law Clinic der Uni Hamburg, die Asylsuchende berät.

In »Jura not alone« stecken viele inspirierende Geschichten von Menschen, die sich gegen Staaten oder Konzerne wehren. Für die Jugendlichen von Pellworm endete das Verfahren in Karlsruhe mit einem wegweisenden Urteil für den Klimaschutz. Im Fall des peruanischen Bauern geht das Verfahren 2024 in die entscheidende Phase – Ausgang offen.



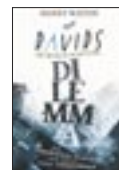
Nora Markard, Ronen Steinke: Jura not alone. 12 Ermutigungen, die Welt mit den Mitteln des Rechts zu verändern. Campus Verlag, Frankfurt/Main 2024, 282 Seiten, 25 Euro

## Tief im Schlamassel

Eigentlich hat sich David mit seiner Außenseiterrolle arrangiert und manövriert sich, möglichst unauffällig, durch den Alltag. »Deshalb schwieg ich, wenn die anderen Judenwitze rissen und ›Sieg Heil!‹ riefen. Weil ich bedeutend mehr Angst hatte als Stolz.« Als der Jugendliche jedoch unbedacht seine Religionszugehörigkeit als Ausrede nutzt, nimmt das Unheil seinen Lauf: Eine Lehrerin outet David als Juden und setzt damit eine Art Kettenreaktion in Gang, bei der sich der Ich-Erzähler in immer größere Schwierigkeiten bringt. Mit einem Mal steht der Teenager im Mittelpunkt und scheint nicht nur wahrgenommen und angefeindet, sondern auch akzeptiert zu werden. Doch die plötzliche Aufmerksamkeit hat Schattenseiten: Sie zieht sowohl Neonazis wie auch pro-palästinensische Gruppen an. Beide Seiten wollen David für ihre politische Weltsicht vereinnahmen. Und er macht mit und gerät – durch seine Angst, seine Lügen und sein Schweigen – immer weiter in den Schlamassel. Einerseits, weil er sich zu Maja, die sich aktiv gegen Israel engagiert, hingezogen fühlt und ihr um jeden Preis gefallen möchte, und andererseits, weil Neonazis ihn und das Leben seiner Familie bedrohen.

»Alles, wovor ich immer Angst hatte, ist David wirklich passiert«, schreibt der vielfach ausgezeichnete jüdische Autor Danny Wattin in seinem Vorwort und erklärt, dass es sich bei David um einen ehemaligen Mitschüler und dessen Geschichte handelt. »Davids Dilemma« spielt in einem Stockholmer Vorort in den 1980er Jahren und ist dabei erschreckend aktuell: Antisemitismus, Mobbing, Nahostkonflikt und Rechtsextremismus bestimmen neben den Wirren des Erwachsenwerdens die schwarzhumorige, in teils derber Sprache erzählte Geschichte, die neben Spannung und Komik viel Gesprächsstoff bietet.

Danny Wattin: Davids Dilemma. Eine unglück-



liche Verkettung nicht ganz so weiser Entscheidungen. Aus dem Schwedischen von Susanne Dahmann. Loewe Verlag, Bindlach 2024, 288 Seiten, 14,95 Euro. Ab 14 Jahren



Resolut, aber erschöpft: Die EU-Beamtin Nathalie Adler (Isabelle Carré) soll aus dem Politikerbesuch im Flüchtlingslager eine PR-Show machen.

Foto: W-FILM / Les Films du Losange

# Stammeln für Macron

Lionel Baier wirft mit seiner Filmsatire »Nathalie« einen kritischen Blick auf die Politik an den Rändern der Europäischen Union. **Von Jürgen Kiontke**

Es ist das Jahr 2019, und die Politik hat ein großes Thema: die sogenannte Flüchtlingskrise an den europäischen Außengrenzen. Auf Sizilien entdecken norwegische Urlaubsgäste eine Kinderleiche, die Medien greifen den Fall auf – Zeit für hohen Besuch. Emmanuel Macron und Angela Merkel haben sich angekündigt.

Nathalie Adler ist Verbindungskommissarin der Europäischen Union. Gemeinsam mit dem Sonderberater des französischen Präsidenten und der Beauftragten der Bundesregierung soll sie einen PR-Event für die große Politik planen: Macron möchte telegen die Ärmel aufkrepeln. Und die deutsche Bundeskanzlerin will Punkte für ihre Migrationspolitik sammeln.

Regisseur Lionel Baier präsentiert mit »Nathalie – Überwindung der Grenzen« eine ungewöhnliche Satire, die viele Teile und Figuren ihres Plots gekonnt durcheinanderwirbelt. Es geht dabei um Grenz-

schutz, Behördenwillkür und Fluchthilfe. Adler ist das Zentralgestirn des turbulenten Geschehens. Die resolute, aber erschöpfte Beamtin kämpft nicht nur mit dem Auftrag, sondern auch mit ihrem aufmüpfigen Sohn. Der ist in einer NGO und auf TikTok aktiv, wo er für eine kompromisslose Unterstützung der Geflüchteten wirbt.

Seiner Mutter wirft er vor, dass sie »mit den EU-Nazis arbeitet«. Zudem setzt er sich gerade mit seiner eigenen jüdischen Familiengeschichte auseinander. »Bei Deutschen ist immer das Lager die Lösung«, stellt er fest. Sein Zorn hat jedoch noch einen anderen Ursprung: Nach ihrem lesbischen Coming-out hatte Nathalie Adler die Familie vor Jahren für eine Frau verlassen und war nach Brüssel gezogen. Der Sohn nimmt ihr das bis heute übel.

Von ihm immer wieder gestört, plant sie den Politikerbesuch. Macrons Stab verlangt, dass die Flüchtlinge, die in einem gut funktionierenden Lager leben, kurzfristig in eine provisorisch aufgebaute, auf Dreck getrimmte Zeltstadt umziehen.

Später werden sie in das Lager zurückgehen, das angeblich neu hochgezogen wurde: »Frankreich wird sich großzügig zeigen, mit deutschem Geld«, sagt Macrons Berater.

Natürlich braucht es auch einen Vorzeigemigranten, den Senegalesen Bouba-car Diallo. Er möge beim Pressetermin bitte absichtlich stammeln, sein Französisch sei zu gut. Diallo entgegnet trocken, stammeln falle ihm schwer: Er habe schließlich Werke von Michelle Houellebecq in seine Landessprache übersetzt. Man könne ja stattdessen darüber reden, dass die Lagerverwaltung für vermittelte Arbeit 50 Prozent des Lohns als Gebühr einbehalte.

»Nathalie« ist ein bitterböser, sehenswerter Film, der die Widersprüche der EU-Politik aufs Korn nimmt. ♦



»Nathalie – Überwindung der Grenzen«. F/SUI 2023. Regie: Lionel Baier, Darsteller: Isabelle Carré, Théodore Pellerin. Kinostart: 30. Mai 2024

# FILM & MUSIK

## Menschenrettung in Action

»Calm Down«: Die Aktivistin Clara Richter versucht, die 104 Männer in ihrem sinkenden Schlauchboot zu beruhigen. Sie sitzen dicht gedrängt, die Leimnähte lösen sich auf. Seit drei Tagen sind die Geflüchteten schon unterwegs. Auf einem zweiten Boot sollen sich Frauen und Kinder befinden, sagen sie. Von diesem fehlt jedoch jede Spur.

Richter befindet sich mit ihrem Schnellboot 31 Kilometer vor der libyschen Küste. Sie ist die Vorhut der »Eleonore«, einem Schiff des Vereins Mission Lifeline, das im Mittelmeer zur Seenotrettung unterwegs ist. Mit dabei: Regisseur Jonathan Schörnig. Für seinen ersten Dokumentarfilm hat er in der Kapitänskajüte der »Eleonore«, auf Deck und auf dem Beiboot Kameras installiert. Er will die Rettungsaktion aus verschiedenen Perspektiven zeigen. Wer wissen möchte, wie die Seenotrettung abläuft, ist hier mittendrin dabei. Die Besonderheit: Der Zuschauer sieht den ganzen Film in bis zu sechs verschiedenen Fenstern parallel auf der Leinwand.

Die Crewmitglieder zeigen bereits deutliche Stresssymptome, als es dann noch mal besonders kritisch wird. Ein Boot der libyschen Küstenwache taucht auf, kommt immer wieder viel zu nah heran, bis auf wenige Meter. Der Kapitän Claus-Peter Reisch warnt die Libyer eindringlich, man befinde sich in internationalen Gewässern, dies sei eine Rettungsaktion.

Schörnigs Kameras protokollieren einen realen Fall aus dem Jahr 2019. Die »Eleonore« war mit den Geretteten in Richtung Malta unterwegs, wurde aber von der Küstenwache des Landes daran gehindert, einen Hafen anzusteuern. Ein Sturm zog auf, das Essen wurde knapp. Erst nach achttägiger Odyssee konnte sie schließlich in Italien anlanden.

Schörnigs Film ist ein sehr anschaulicher Bericht über eine der gefährlichsten Fluchtstrecken der Welt, der Bewusstsein für die prekäre Situation am Rande Europas schaffen will.

»Einhundertvier«. D 2023.  
Regie: Jonathan Schörnig.  
Kinostart: 23. Mai 2024

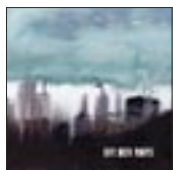


## Samtiger Abwärtsstrudel

Man wird ganz schön hinters Licht geführt von Bernhard Eder. »Golden Days« hat der Wiener Musiker sein neues Album genannt, – dass diese goldenen Tage unwiederbringlich vergangen sind, erwähnt er wohlweislich erst im Text des gleichnamigen Songs, quasi im Kleingedruckten. Nicht nur der Albumtitel leitet in die Irre, auch die Musik. Eder lässt seine Band einen warmen Teppich weben aus akustischen Gitarren, sorgsam gerührtem Schlagzeug, butterweichem Bass, hingetupftem Keyboard und sparsamer Elektronik. Die berückend schönen Moll-Arrangements nehmen einen in den Arm, die Refrains schweben durch den wie mit Samt ausgelegten Klangraum. Nichts deutet darauf hin, mit welchen Themen sich Eder in seinen englischen Texten beschäftigt. So handelt der Song »In Greece« nicht etwa von einem unbeschwerten Trip durch ein sonnendurchflutetes Urlaubsparadies, sondern davon, wie der Tourismus an den Südküsten Europas mit den menschenunwürdigen Bedingungen konfrontiert wird, unter denen dort Geflüchtete aus weniger privilegierten Weltregionen leben müssen. In »The Unbeauty Regime« versucht Eder mit Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu telefonieren, er fragt, ob es sich überhaupt noch lohnt, das Bett zu verlassen, und kommt zu dem Schluss: »We are fucked«, wir sind erledigt, – »but this is just the beginning«, das sei erst der Anfang. Andere Themen sind der überall zu beobachtende Rechtsruck, der alltägliche Medikamentenmissbrauch, demokratiegefährdende Fake News und der Klimawandel.

»Ich bin grundsätzlich ein Optimist«, sagt Eder im Gespräch und findet sein Album nicht »pessimistisch, sondern eher realistisch«. Vielleicht bricht sich die Depression deshalb erst im letzten Song des Albums auch musikalisch Bahn. Im dunkel dräuenden »Nowayout« zeichnet der Rhythmus einen immer schneller rotierenden Abwärtsstrudel: eine treffende Klangmetapher für den aktuellen Zustand der Welt.

Bernhard Eder: »Golden Days« (Tron/Broken Silence)



## Tanz den Internationalismus

Welche Musik läuft, wenn das globale Dorf im lokalen Gasthof zusammenkommt? Sollte diese Party jemals steigen, dürfte »We Belong« von Sinkane ganz oben auf der Playlist stehen. Auf seinem achten Album verwandelt der US-Musiker mit sudanesischen Wurzeln seine zwischen allen Welten angesiedelte Biografie in internationalistische, extrem anstreckende Tanzmusik. Ahmed Abdullahi Gallab wurde 1984 in London geboren, seine Eltern lehrten beide an Universitäten. Seine frühe Kindheit verbrachte er im Sudan, mit fünf Jahren flüchtete er mit seiner Familie vor einem Putsch in die USA. Er wuchs zuerst in Utah und später in Ohio auf, besuchte aber oft die Verwandten im Sudan. Die Verbindungen zur ostafrikanischen Kultur rissen nie ab, auch wenn der junge Ahmed in der US-Provinz in einer wütenden Hardcore-Punkband spielte, bevor er als Aushilfsmusiker, Tourschlagzeuger und Sessioninstrumentalist in bekannten Bands wie Caribou oder Yeasayer reüssierte. Zusätzlich organisiert er die Atomic Bomb! Band, in der er mit berühmten Kollegen wie David Byrne, Pharoah Sanders oder Damon Albarn die Musik der nigerianischen Pop-Legende William Onyeabor bewahrt. Seit Mitte der Nuller Jahre fließen all diese Einflüsse in seinem eigenen Projekt Sinkane zusammen. Das Ergebnis ist eine Musik, in der sich Kraftwerk und Fela Kuti, Amerika und Afrika, Polyrhythmen und Pop auf Augenhöhe begegnen.

Bei oberflächlichem Hören könnte man meinen, »We Belong« sei eindimensionale Partymusik. Das ist zwar nicht unwahr, aber doch ganz falsch: Denn so sehr diese Musik auf die Tanzfläche drängt, so sehr signalisiert sie auch, dass sie ohne ein positives Verständnis moderner Einwanderungsgesellschaften nicht denkbar ist. Sinkane muss keine expliziten Parolen singen, um klarzumachen, wie er den Albumtitel verstanden haben will: Wir gehören zugleich dorthin, wo wir sind und wo wir herkommen.

Und: Wir gehören alle zusammen.

Sinkane: »We Belong« (City Slang/Rough Trade)



# SCHREIBEN SIE EINEN BRIEF

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, wegen ihrer Ansichten, Herkunft oder aus rassistischen Gründen inhaftiert, ermordet, verschleppt, oder man lässt sie verschwinden. AMNESTY INTERNATIONAL veröffentlicht an dieser Stelle regelmäßige Geschichten von Betroffenen, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Internationale Appelle helfen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden. Sie können mit Ihrem persönlichen Engagement dazu beitragen, dass Folter gestoppt, ein Todesurteil umgewandelt oder ein Mensch aus politischer Haft entlassen wird. Schreiben Sie bitte, im Interesse der Betroffenen, höflich formulierte Briefe an die jeweils angegebenen Behörden des Landes.



Foto: AFP/Getty Images

Die Gewerkschafterin Chhim Sithar winkt ihren Unterstützer\*innen beim Verlassen des Gerichts in Phnom Penh am 25. Mai 2023.

## KAMBODSCHA CHHIM SITHAR

Die Gewerkschaftsvorsitzende Chhim Sithar wurde am 25. Mai 2023 zu zwei Jahren Haft verurteilt. Ein Gericht in Phnom Penh befand sie der »Anstiftung zu einem Verbrechen oder zur Störung der sozialen Sicherheit« gemäß Paragraf 494 und 495 des Strafgesetzbuchs für schuldig. Acht weitere Gewerkschaftsmitglieder erhielten Haftstrafen zwischen ein und eineinhalb Jahren. Chhim Sithar befindet sich seit dem 26. November 2022 in Haft. Sie und acht weitere Gewerkschafter\*innen wurden nur deshalb strafrechtlich verfolgt, weil sie ihre Grund-

rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben.

Chhim Sithar war zum Zeitpunkt ihrer Festnahme Vorsitzende der Gewerkschaft der Khmer-Beschäftigten (Labor Rights Supported Union of Khmer Employees – LRSU) des Casino- und Hotelkomplexes NagaWorld in der Hauptstadt Phnom Penh. Deren Mitglieder wehrten sich ab Dezember 2021 mit Streiks gegen Massenentlassungen. Chhim Sithar war bereits im Januar 2022 gewaltsam festgenommen worden. Damals wurde sie von verdeckt arbeitenden Polizist\*innen am Hals gepackt und in ein Fahrzeug gezerrt, als sie sich einem Streik in Phnom Penh anschließen wollte. Sie verbrachte 72 Tage in Untersuchungshaft und wurde im März 2022 gegen Kautionsfreigabe – bis zu ihrer erneuten Inhaftierung.

**Bitte schreiben Sie bis 30. Juni 2024 höflich formulierte Briefe** an den kambodschanischen Premierminister und fordern Sie ihn auf, sicherzustellen, dass die Urteile gegen Chhim Sithar und alle weiteren Gewerkschafter\*innen, die allein wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten zu Haftstrafen verurteilt wurden, aufgehoben und die Inhaftierten unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden. Darüber hinaus müssen Chhim Sithar und die anderen Sprecher\*innen der LRSU sowie deren Mitglieder den Schutz erhalten, der ihnen nach den internationalen Menschenrechtsnormen zusteht, die Kambodscha ratifiziert hat.

**Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:**

Premierminister  
Samdech Hun Manet  
Office of the Council of Ministers  
Friendship Building  
41 Russian Federation Blvd (110)  
Phnom Penh, Cambodia  
KAMBODSCHA  
E-Mail: ocm@cambodia.gov.kh oder  
info@pressocm.gov.kh  
X/Twitter: @Dr\_Hunmanet\_PM / X  
(twitter.com)  
(Anrede: Dear Prime Minister Samdech Hun Manet / Sehr geehrter Herr Premierminister)  
(Standardbrief Luftpost bis 20 g; 1,10 €)

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**

Botschaft des Königreichs Kambodscha  
S. E. Herr Thyra Chheang  
Benjamin-Vogelsdorff-Straße 2, 13187 Berlin  
Fax: 030-48 63 79 73  
E-Mail: rec-berlin@t-online.de  
(Standardbrief: 0,85 €)



## SAUDI-ARABIEN WALEED ABU AL-KHAIR

Waleed Abu al-Khair ist ein prominenter saudischer Menschenrechtsverteidiger und Gründer der Menschenrechtsorganisation Monitor of Human Rights in Saudi Arabia (MHRSA). Wegen seines friedlichen Engagements sitzt er seit zehn Jahren im Gefängnis und wurde dort wiederholt misshandelt. Unter anderem verweigerte man ihm die dringend erforderliche medizinische Versorgung.

Abu al-Khair setzte sich viele Jahre lang für demokratische Reformen in Saudi-Arabien ein und vertrat viele Personen, die von Menschenrechtsverletzungen betroffen waren. Zu seinen Mandant\*innen zählte auch der bekannte Menschenrechtsverteidiger Raif Badawi. Am 15. April 2014 nahmen die saudischen Behörden Abu al-Khair fest, nachdem er sich geweigert hatte, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der er sich verpflichten sollte, seine Menschenrechtsarbeit aufzugeben. Anschließend wurde er auf Grundlage des drakonischen Antiterrorgesetzes vor ein Sonderstrafgericht gestellt. Diese 2008 eingeführten Sondergerichte sind für Terrorismusfälle zuständig, wurden jedoch von Beginn an dazu genutzt, um friedliche Menschenrechtsverteidiger\*innen zu verfolgen. Sie sind dafür berüchtigt, die Rechte der Angeklagten zu missachten. Am 6. Juli 2014 wurde Abu al-Khair allein wegen seines rechtmäßigen und friedlichen Eintretens für die Menschenrechte zu 15 Jahren Gefängnis, einem anschließenden 15-jährigen Reiseverbot und einer Geldstrafe von 200.000 saudi-arabischen Riyal (etwa 50.000 Euro) verurteilt.

In den Jahren 2015 und 2018 veröffentlichte die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen (WGAD) zwei rechtliche Stellungnahmen, in denen sie seine Festnahme, Strafverfolgung, Verurteilung und das Strafmaß als willkürlich und als Verstoß gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bezeichnete. Bei beiden Gelegenheiten forderte die WGAD die saudischen Behörden auf, Abu al-Khair unverzüglich freizulassen, Wiedergutmachung zu leisten und seine unrechtmäßige Festnahme, Inhaftierung und Verurteilung zu untersuchen.

Briefentwürfe auf Englisch und Deutsch finden Sie unter [www.amnesty.de/briefe](http://www.amnesty.de/briefe).

Sollten Sie eine Antwort auf Ihr Appellschreiben erhalten, schicken Sie sie bitte an: [info@amnesty.de](mailto:info@amnesty.de)



Foto: Amnesty

**Amnesty-Aktivist\*innen fordern die Freilassung von Waleed Abu al-Khair im Rahmen der Mahnwache für Raif Badawi am 11. Juni 2015 vor der saudischen Botschaft in Berlin.**

Am 15. April 2024, dem zehnten Jahrestag der Inhaftierung von Abu al-Khair, veröffentlichte Amnesty International gemeinsam mit 16 weiteren Organisationen, darunter PEN International, Lawyers' Rights Watch Canada und das Gulf Centre for Human Rights, eine öffentliche Erklärung, in der die sofortige Freilassung von Abu al-Khair gefordert wird.

**Bitte schreiben Sie bis zum 30. Juni 2024 höflich formulierte Briefe und Nachrichten** an den Justizminister von Saudi-Arabien und fordern Sie ihn auf, dafür zu sorgen, dass Waleed Abu al-Khair umgehend Zugang zu der von ihm benötigten medizinischen Versorgung erhält. Fordern sie zudem, ihn sowie alle anderen Gefangenen, die zu Unrecht inhaftiert sind, weil sie ihre Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit friedlich wahrgenommen ha-

ben, unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Dringen Sie zudem auf die Aufhebung seiner Verurteilung und seiner Gefängnisstrafe. Fordern Sie darüber hinaus, dass Waleed Abu al-Khair weder gefoltert noch in anderer Weise misshandelt wird.

**Schreiben Sie in gutem Arabisch, Englisch oder auf Deutsch an:**

Dr. Walid bin Muhammad Al-Sama'ani  
Minister of Justice  
Riyadh, Postal Code 11472, P.O. Box 7775  
SAUDI-ARABIEN  
E-Mail: [1950@moj.gov.sa](mailto:1950@moj.gov.sa) oder  
[minister-office@moj.gov.sa](mailto:minister-office@moj.gov.sa)  
X/Twitter: @MojKsa  
(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)  
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**

Botschaft des Königreichs Saudi-Arabien  
S. E. Prinz Abdullah Bin Khaled  
Bin Sultan Al Saud  
Tiergartenstraße 33–34, 10785 Berlin  
Fax: 030-88 92 51 76  
E-Mail: [deemb@mofa.gov.sa](mailto:deemb@mofa.gov.sa)  
(Standardbrief: 0,85 €)

### AMNESTY INTERNATIONAL

Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin  
Tel.: 030-42 02 48-0,  
Fax: 030-42 02 48-488  
E-Mail: [info@amnesty.de](mailto:info@amnesty.de),  
[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

# »Nach mir die Freiheit«

**Annette Thewes** kümmert sich seit mehr als 20 Jahren um die Abwicklung von Nachlässen für gemeinnützige Organisationen. Die Testamentsvollstreckerin erzählt von letzten Wünschen und guten Gründen für eine Testamentsspende an Amnesty.



»Wer sich für Amnesty entscheidet, dem sind die Werte wichtig, die Amnesty vertritt«, sagt Annette Thewes.

Foto: Andreas Kranz / kranz kreativ

**Sie arbeiten auch im Auftrag von Amnesty International. Ist Ihnen dabei in letzter Zeit etwas besonders in Erinnerung geblieben?**

Ja, die Geschichte von Nils Genrich. Er hat Amnesty jahrzehntelang als Spender unterstützt. Wir erfuhren früh, dass es ein Testament gibt, in dem er Amnesty berücksichtigt hat. Aber dieses Testament war verschollen. Es brauchte sehr große Anstrengungen, um es zu finden. Also haben wir uns mit den anderen Beteiligten in der Wohnung des Verstorbenen getroffen und sind auf Spurensuche gegangen, bis wir es gefunden haben. Wir konnten dann eine würdevolle Beisetzung und alles andere im Sinne von Nils Genrich regeln.

**Konnten Sie sich ein Bild von der Person machen?**

Es war eindrucksvoll, in der Wohnung von Herrn Genrich zu sein. Er war ein außer-

gewöhnlicher Mensch, das konnte man auch über seinen Tod hinaus noch deutlich spüren. Auch seine engsten Freunde, mit denen wir Kontakt hatten, waren außergewöhnlich. Sie haben viel von ihm erzählt. Ein Freund berichtete, sie hätten oft auf einer Bank in der Nähe seiner Hamburger Wohnung zusammen Wein getrunken und seien mit einem Kanu auf den Kanälen gepaddelt. Als wir in die Wohnung kamen, lag sein Kanu immer noch auf dem Wasser vor der Terrasse.

**Wie war die Beisetzung?**

Herr Genrich hatte sich eine Seebestattung gewünscht. Wir organisierten das, suchten das Schiff aus und die Urne. Wir stellten auch ein Foto von ihm dazu, das wir in der Wohnung gefunden hatten. Viele Freunde kamen, Bekannte, Nachbarn. Sie schilderten sehr eindrücklich, was für ein Mensch Herr Genrich war – selbstbestimmt, auch stur, aber sehr großzügig. Und so lebensbejahend! Die Geschichten über ihn haben uns sehr bewegt.

**Amnesty hat eine Traueranzeige für Herrn Genrich geschaltet. Wie kam es dazu?**

Auch das war etwas Besonderes, das wird nicht immer gemacht. Wir schalten eine Traueranzeige aus Dankbarkeit und aus Wertschätzung gegenüber den Verstorbenen, aber natürlich nur, wenn das Umfeld damit einverstanden ist. Bei Herrn Genrich haben wir Trauerkarten verschickt und die Anzeige geschaltet, um alle erreichen zu können, die nicht in so engem Kontakt zu den Freunden standen, die uns bekannt waren.

**Sie wickeln seit 25 Jahren Testamente für gemeinnützige Organisationen ab.**

**Was hat sich in dieser Zeit verändert?**

Als wir anfangen, wusste kaum jemand, dass man auch über den Tod hinaus eine Organisation unterstützen kann. Heute ist das anders. Es wird offen kommuniziert, dass man auch nach seinem Tod Gutes tun und so seinem Leben noch mal auf einer anderen Ebene einen Sinn geben kann, indem man sein Testament zugunsten einer Organisation macht – ob mit einem kleinen Vermächtnis oder einer großen Erbschaft.

**Warum sollte man Amnesty International im Testament bedenken?**

Wer sich für Amnesty entscheidet, dem sind die Werte wichtig, die Amnesty vertritt: Es ist die Entscheidung, die Welt mit dem Erbe ein bisschen freier und besser zu machen. Jemand hat seine Motivation, Amnesty als Erben einzusetzen, einmal mit dem Satz beschrieben: »Nach mir die Freiheit«. Das trifft es auf den Punkt. ♦

»Nach mir die Freiheit« – Bedenken auch Sie Amnesty in Ihrem Testament. Für die erste Orientierung bieten wir ein kostenfreies juristisches Gespräch per Telefon mit unserer Fachanwältin an. Das Gespräch vermitteln wir gern, rufen Sie uns an unter: 030-420 24 83 54. Bei Amnesty Deutschland ist Sandra Lüderitz-Korte Ansprechpartnerin für Testamentsspenden. Sie erreichen sie unter 0170-889 89 65 oder per E-Mail: [sluederitz@amnesty.de](mailto:sluederitz@amnesty.de). Mehr erfahren Sie auch unter [www.amnesty.de/testament](http://www.amnesty.de/testament).

# DIE SEITE DER MENSCHENRECHTE

Von Julia Duchrow

Auf welcher Seite stehst Du? Diese Frage schwingt stets mit, wenn über die Eskalation der Gewalt in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten gesprochen wird. Ein Bekenntnis für die eine oder andere Seite ersetzt Empathie und Verstehen. Dabei blenden viele aus oder wehren ab, was die eigene Erzählung stört. »Universalistische Empathie erscheint gerade manchen so schwer wie jenes Verstehen, das Mühe macht (...), weil es genau sein will«, schreibt die Philosophin und Autorin Carolin Emcke in ihrem aktuellen Essay »Was wahr ist«.

Ich wollte es genau wissen und besuchte im Februar Israel und das Westjordanland. Ich traf freigelassene Geiseln, die die Hamas am 7. Oktober verschleppt hatte. Ich sprach mit Angehörigen von Entführten, die in Geiselhaft ausharren. Ich hörte Mitgliedern der israelischen Zivilgesellschaft und Menschenrechtsaktivist\*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu. Vielleicht ist das nicht repräsentativ, aber die allermeisten kritisierten die israelische Regierung und forderten einen Waffenstillstand.

Palästinenser\*innen aus dem Westjordanland berichteten, an den Checkpoints noch stärker als früher Einschüchterungen und Gewalt ausgesetzt zu sein. Handys würden überprüft, häufig komme es zu willkürlichen Festnahmen, weil jemand sich auf Social Media kritisch zu den militärischen Angriffen Israels im Gazastreifen geäußert habe. Tatsächlich

ist die Zahl der palästinensischen Gefangenen, die ohne Anklage in Administrativhaft sitzen, stark gestiegen. Die Menschen fühlen sich von der internationalen Gemeinschaft und insbesondere von Deutschland allein gelassen.

Das äußerten auch Aktivist\*innen israelischer Menschenrechtsorganisationen. Sie berichteten von verschärfter Difamierung und Repression, die ihre Arbeit unmöglich machten. Betroffen sind auch palästinensische Organisationen, vor allem jene sechs, die die israelische Regierung seit einigen Jahren als terroristisch einstuft. An dieser Einstufung gibt es große Zweifel, bislang auch vonseiten der Bundesregierung. Doch seit dem 7. Oktober scheint die Förderung wichtiger humanitärer und menschenrechtlicher Projekte dieser NGOs in weite Ferne gerückt.

All diese Realitäten spielen im politischen Diskurs in Deutschland, wenn überhaupt, eine kleine Rolle. Warum?

Mit ihrem brutalen Überfall haben die Hamas und andere bewaffnete Gruppen beispiellose Kriegsverbrechen begangen. Das Leid der Opfer dieses Angriffs ist durch nichts zu relativieren. Doch dasselbe gilt für den Horror, den seit einem halben Jahr die mehr als zwei Millionen Bewohner\*innen des Gazastreifens erleiden. Am 26. Januar stellte der Internationale Gerichtshof fest, dass für sie eine reale und unmittelbare Gefahr des Völkermords besteht. Die Bundesregierung hält sich trotzdem mit öffentlicher Kritik an der israelischen Regierung zurück und

Foto: Silke Weinsheimer / Amnesty



unterstützt deren Vorgehen politisch und durch massiv intensivierten Waffenlieferungen auch militärisch.

Das Problem hat der deutsch-israelische Philosoph und diesjährige Leipziger Buchpreisträger Omri Boehm benannt: Politik wird heute zu oft im Namen einer Wir-Gruppe formuliert – wir Deutschen, wir Israelis, wir Palästinenser\*innen. Das macht taub und blind für die Perspektiven der anderen. Boehm spricht sich für einen Universalismus aus, der sich dem Menschen an sich und damit der gesamten Menschheit verpflichtet fühlt.

Eine solche Haltung widersetzt sich Opferkonkurrenz und Identitätspolitik. Solidarität mit Israel darf nicht blind machen für Kriegsverbrechen der israelischen Armee. Für die Gewalt von Siedler\*innen im Westjordanland. Für die Hasspropaganda, die Teile der israelischen Regierung verbreiten. Und für das Sterben und Leid Zehntausender Zivilist\*innen in Gaza.

Wenn mich jemand fragt, auf welcher Seite ich stehe, dann antworte ich: auf der Seite der Menschenrechte. ♦

**Julia Duchrow** ist Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland.

## IMPRESSUM

**Amnesty International Deutschland e.V.**

Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin

Tel.: 030-420248-0

E-Mail: info@amnesty.de

Internet: www.amnesty.de

**Redaktionsanschrift:** Amnesty International,

Redaktion Amnesty Journal

Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin

E-Mail: journal@amnesty.de

Adressänderungen bitte an: info@amnesty.de

**Redaktion:** Maik Söhler (V.i.S.d.P.), Uta von Schrenk, Nina Apin, Tobias Oellig, Pascal Eichhorn, Florian Oswald

**Mitarbeit an dieser Ausgabe:** Birgit Albrecht, Anna-Lisa Apprecht, Agnès Callamard, Julia Duchrow, Hannah Sophie Droste, Tanja Dückers, Hannah El-Hitami, Lina

Ebbecke, David Fischer, Niklas Franzen, Oliver Grajewski, Rouven Harms, Knut Henkel, Bernhard Hertlein, Annette Jensen, Marianne Kersten, Lena Khalifa, Jürgen Kiontke, Dominik Kotzur, Maja Liebing, Ute Löhning, Madeleine Londene, Sandra Lüderitz-Korte, Tigran Petrosyan, Ralf Rebmann, Lena Reich, Wera Reusch, Lena Rohrbach, Sophie Scheytt, Théophile Simon, Klaus Ungerer, Imke Vonalt, Thomas Winkler, Martin Zingg, Marlene Zöhrer

**Layout und Bildredaktion:**

Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

**Druck und Verlag:** Kolibri Druck, Nürnberg

**Spendenkonto:** Amnesty International Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00

BIC: BFSWDE33XXX

(Konto: 80 90 100, BLZ: 370 205 00)

ISSN: 2199-4587

Das Amnesty Journal ist die Zeitschrift von Amnesty International in Deutschland und erscheint sechs Mal im Jahr.

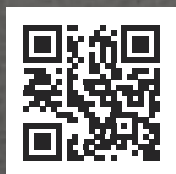
Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Artikel oder Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder. Die Urheberrechte für Artikel und Fotos liegen bei den Autor\*innen, Fotograf\*innen oder beim Herausgeber. Der Nachdruck von Artikeln aus dem Amnesty Journal ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Das gilt auch für die Aufnahme in elektro-



nische Datenbanken, Mailboxen, für die Verbreitung im Internet oder für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

# KLIMASCHUTZ STEHT DIR GUT

Mit unserem #WhyWeDontGiveUp-Shirt bekenntst du Farbe gegen Umweltzerstörung. Dein starkes Statement für Yuly Velásquez und FEDEPESAN – den Preisträger\*innen unseres diesjährigen Menschenrechtspreises.



SHOP.AMNESTY.DE